

Berlin

Die Aussiedlung als Maßnahme zur strukturellen
Anpassung der Landwirtschaft an veränderte wirt-
schaftliche Verhältnisse.
dargestellt am Beispiel der Stadt Buchen

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur
Erlangung der Doktor-Würde
bei der
Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Gerd Berberich
Diplom-Kaufmann
Gerolzahn (Baden)
1957

Dekan: Professor Dr. Hans Thieme

Referent: Professor D. Dr. Constantin von Dietze

Korreferent: Professor Dr. Friedrich Metz

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Februar 1957

Meinen lieben Eltern



Disposition

	Seite
Einleitung	1
<u>1. Teil Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Stadt Buchen</u>	
I. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im allgemeinen	7
1. Die historische Entwicklung	7
2. Die Wirtschaftsstruktur	8
3. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung	15
4. Die Verkehrs- und Marktlage	18
5. Zusammenfassung	20
II. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im besonderen	21
1. Die natürlichen Verhältnisse	21
a) geologisch-bodenkundliche Verhältnisse	21
b) klimatische Verhältnisse	23
2. Die Flurverfassung	27
3. Die Form der Vererbung	28
4. Die Grundeigentumsverhältnisse	30
5. Die Betriebsgrößenverhältnisse	35
6. Die Bodennutzung	37
a) Das Kulturarten- und Anbauverhältnis	37
b) Das Anbauverhältnis auf dem Ackerland	38
7. Die Viehwirtschaft	41
8. Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte	43
9. Zusammenfassung	45
<u>2. Teil Die strukturelle Neuordnung der Landwirtschaft der Stadt Buchen durch die Aussiedlung</u>	47
A. Zielsetzung und Organisation der Aussiedlung	49
I. Die gesetzlichen Grundlagen der Aussiedlung und ihre Entwicklung in einigen Bauernländern Europas	49
1. Dänemark	49
2. Schweden	49

	Seite
3. Schweiz	50
4. Deutschland	51
II. Die Zielsetzung der Aussiedlung in Buchen	54
III. Die Auswahl und Rechtsstellung der Siedler	58
1. Die Auswahl der Siedler	58
2. Die Rechtsstellung der Siedleranwärter	60
IV. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der auszusiedelnden Höfe	63
1. Die Grundeigentumsverhältnisse	63
2. Die Betriebsgrößen	64
3. Die Erzeugungsgrundlagen	65
a) Die landwirtschaftliche Nutzfläche	65
aa) Bodenverhältnisse	65
bb) Innere Verkehrslage	66
b) Der Wirtschaftshof	69
4. Die Betriebsorganisation	72
a) Nutzflächen- und Anbauverhältnis	73
b) Viehhaltung	76
c) Intensitätszahlen	78
d) Arbeitswirtschaft	79
5. Die Leistungen der Betriebe	84
a) Naturalleistungen	84
aa) Naturalerträge	84
bb) Naturale Gesamtleistung	86
cc) Marktleistungen	87
b) Das Betriebseinkommen	88
aa) Rohleistungen	88
bb) Rohaufwendungen	89
cc) Roheinkommen aus der Landwirtschaft	92
6. Zusammenfassung	93
B. Durchführung der Aussiedlung	95
I. Siedlungsträger	95
1. Die Rechtsform der Siedlungsgesellschaften	95
2. Die Tätigkeit der Siedlungsträger nach dem zweiten Weltkrieg	97



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545305_0009

II. Landbeschaffung	99
III. Das Siedlungsgebiet	103
1. Wahl des Siedlungsgeländes	103
2. Boden- und klimatische Verhältnisse	104
IV. Die neuen Betriebsgrößen	107
V. Die Erzeugungsgrundlagen der Siedlerbetriebe	109
1. Die landwirtschaftliche Nutzfläche	109
2. Der Wirtschaftshof	111
VI. Die Neuorganisation der Siedlerbetriebe	114
1. Das Nutzflächen- und Anbauverhältnis	114
2. Die Viehwirtschaft	116
3. Die Arbeitswirtschaft	117
C. Finanzierung der Aussiedlung	119
I. Die Finanzierungsgrundlagen der ländlichen Siedlung	119
1. Der Begriff der ländlichen Siedlung	119
2. Die Beschaffung der Finanzierungsmittel	120
II. Die Finanzierung der Aussiedlung der Stadt Buchen	124
1. Die Erschließungskosten des Siedlungsgeländes	124
2. Die Gestehtungskosten der Siedlerstellen und die Finanzierungsquellen	125
3. Die tragbare Belastung	130
Zusammenfassung	135
Literaturverzeichnis	137
Lebenslauf	141

E i n l e i t u n g

Die Aussiedlung ist ein Teilproblem der umfassenden agrarpolitischen Aufgabe, die Agrarstruktur zu verbessern und durch Erhöhung der Produktivität die Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft allmählich den Gegebenheiten in anderen Wirtschaftsbereichen anzugleichen.

Das Problem der Anpassung der Landwirtschaft ist auch in modernen Ländern aktuell. Schweden beispielsweise sucht in seinem Landwirtschafts-Programm von 1947 den Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die gleiche Stufe zu heben wie ihn andere vergleichbare Berufsgruppen haben. Das soll vor allem durch Rationalisierung und Strukturverbesserung geschehen. Ziel ist die Schaffung bäuerlicher Familienbetriebe, die der bäuerlichen Familie einen angemessenen Lebensstandard gewähren.

Für die Bundesrepublik gilt die Notwendigkeit einer Verbesserung der Agrarstruktur in verstärktem Maße. Ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern¹⁾ läßt erkennen, daß die Flurverhältnisse in Westdeutschland, und hier wiederum in Süddeutschland mit den Schwerpunkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern, besonders ungünstig sind. Bei einer vergleichenden Betrachtung wird weiter deutlich, daß die Länder mit günstigen Flur- und Besitzverhältnissen (Finnland, Schweden, Dänemark und die Zentralschweiz) eine entsprechende Siedlungsform - überwiegend Weiler- und Einzelhofesiedlung aufweisen. Im Gegensatz zu den "Versiedlungen", die bereits seit der Mitte des 16. Jahrhunderts im Hochstift Kempten durchgeführt wurden²⁾, im wesentlichen aber auf Oberschwaben beschränkt blieben und nur örtliche Bedeutung erlangten, wurden in Finnland, Schweden und Dänemark schon im 18. Jahrhundert Flurbereinigungsgesetze auf Landesebene erlassen und nament-

1) Vgl. Welling, F.: Flursplitterung und Flurbereinigung im nördlichen und westlichen Europa, Ludwigsburg 1955, S. 12 ff.

2) Vgl. Gamperl, E.: Die Flurbereinigung im westlichen Europa, München 1955, S. 55.

lich auch die Darfenauflockerung und Aussiedlung von städtischer Seite forciert. Auf diese Weise wurde in diesen Ländern das Problem der Flurbereinigung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts im wesentlichen gelöst³⁾. Die günstigen Folgen dieser frühzeitigen Regelung der landwirtschaftlichen Besitzstände wirkten sich noch heute für diese Länder vorteilhaft aus. So konnte sich beispielsweise die dänische Landwirtschaft zu einer der leistungsfähigsten in Europa entwickeln.

Wenn man heute auch in der Bundesrepublik zu der Erkenntnis gekommen ist, daß Flurbereinigung und Aussiedlung im Mittelpunkt der Maßnahmen zur Rationalisierung und Erhöhung der Produktivität in der Landwirtschaft stehen müssen, so darf man doch ihre Wirkung nicht überschätzen. Flurbereinigung und Aussiedlung sind kein Allheilmittel und mehr kostspielig. Dies trifft insbesondere für die Aussiedlung zu. Aber gerade diese Maßnahme ist für die strukturelle Neuordnung des Flurbereinigungsgebietes bedeutungsvoll.

Die Aussiedlung, die immer nur in Verbindung mit der Flurbereinigung durchgeführt werden kann, ist nicht mehr lediglich ein Problem der Vermessungstechnik mit dem Ziel einer schematischen Verlagerung der Höfe und Verminderung der Parzellen, sondern eine umfassende agrarsoziale Aufgabe. Ohne Berücksichtigung der Wirtschaftsstruktur und gründliche Kenntnis der sozialen Situation der Gemeinde kann sie nicht wirksam durchgeführt werden.

Als Beurteilungsgrundlage für die Notwendigkeit und die praktische Zielsetzung der Aussiedlung in einem suchenden Versuch der Verfasser zunächst die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Stadt zu erarbeiten. Dabei sollen nicht nur die augenblicklichen Zustände festgehalten, sondern in einem kurzen geschichtlichen Rückblick auch der Werdegang und die daraus ableitbare Entwicklungstendenz sichtbar gemacht werden.

3) Vgl. Skovgaard, K.: Consolidation of Agricultural Land in Denmark, in: The Consolidation of fragmented Agricultural Holdings, FAO Studies, No. 11, Washington 1950, S. 41 - 55.

Über die landwirtschaftlichen Gegebenheiten auf die im besonderen das Augenmerk gerichtet ist, möge die Durchsichtung einiger wesentlicher Institutionen (Eigentumsverhältnisse, Vererbungswesen, Betriebsgrößen und Arbeitsverfassung) Aufschluß geben.

Als Quellenmaterial dienten neben den statistischen Unterlagen der Stadtverwaltung Buchen vornehmlich die Ergebnisse einer Untersuchung, die vom Verfasser in Zusammenarbeit mit der Sonderplanungsstelle für die Sanierungsgebiete des Innenministeriums Stuttgart und der Stadtverwaltung Buchen für die Kreisstadt im Herbst 1955 durchgeführt wurde.

Die Siedlerhöfe, die aus dem Stadtkern herausgenommen und in das Siedlungsgebiet verlegt werden, wurden einzeln durch Hofbegehung und Befragung der Betriebsleiter untersucht. Dabei wurde besonders Gewicht auf die Erforschung des Wirtschaftshofes, der Bodennutzung und der Arbeitswirtschaft gelegt, um bei der Behandlung der Neuorganisation der Siedlerhöfe auf diese Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Herrn Professor Dr. Dr. C. von Dietze bin ich zu Dank verbunden für die Überlassung des Themas und für wertvolle Anregungen zur Arbeit selbst. Dankbar bin ich auch Herrn Bürgermeister Dr. Schmitt und den Leitern des Flurbereinigungs- und des Landwirtschaftsamtes in Buchen, die mir vorhandene Unterlagen zugänglich machten und mich in meiner Arbeit unterstützten. Nicht zuletzt aber gilt mein Dank den Siedlern, die mir durch ihre Aufgeschlossenheit und ihre Sachkenntnis die Untersuchung der auszusiedelnden Betriebe wesentlich erleichterten.

2. 1. 1921

Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen
Verhältnisse der Stadt Berlin

I. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im allgemeinen

1. Die historische Entwicklung.

Die Stadt Buchen wurde im Jahre 773 zum ersten Male in einer Lorscher Schenkungsurkunde genannt¹⁾. Unter den Dynasten von Düren bekam Buchen um 1255 die Stadtrechte und erlebte im 15. Jahrhundert unter der Oberherrschaft des Erzbischofs von Mainz eine wirtschaftliche Blütezeit. Zahlreiche heute noch erhaltene Baudenkmäler stammen aus dieser Zeit. Hauptwirtschaftszweige waren die Landwirtschaft und das aufkommende Gewerbe. In den Zünften spielten die Gerber und Tuchmacher eine führende Rolle²⁾.

Anfang des 16. Jahrhunderts erlitt die Stadt einen fühlbaren Rückschlag. Als Strafe für ihre Teilnahme am Bauernkrieg im Jahre 1525 wurde ihr ein wesentlicher Teil ihrer Regalien und Freiheiten genommen und für die Bevölkerung nahezu wieder der frühere Zustand hergestellt.

Schwere Leiden brachte für Buchen und seine Umgebung die Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Pest und Hungersnot rafften 366 Menschen hinweg³⁾. Im Jahre 1655 hatte die Stadt noch 752 Einwohner.

Nach einer wechselreichen Geschichte, die durch die Belagerung und Einnahme der Stadt durch die Soldateska Ludwigs XIV., eine große Feuersbrunst im Jahre 1717 und durch den Einfall der Franzosen während der napoleonischen Kriege angedeutet sei, kam Buchen durch die Säkularisation des Kurfürstentums Mainz im Jahre 1803 zum neugegründeten Fürstentum Leiningen, drei Jahre später durch den Reichsdeputationshauptschluß zum Großherzogtum Baden⁴⁾. Die frühere Mainzer Kellerei wurde 1807 Sitz eines Bezirksamtes des damaligen Main- und Tauberkreises, seit 1863 des Kreises Mosbach. Im Jahre 1936 wurde

1) Vgl. Breunig, A.: Kurze Geschichte der Stadt und Pfarrei Buchen, Freiburg 1880, S. 32.

2) Vgl. Breunig, A.: ebenda, S. 41.

3) Vgl. Enggram: Geschichte der Kreisstadt Buchen, Manuskript der Heimatbücherei Buchen, ohne Angabe des Erscheinungsjahres, S. 3.

4) Vgl. Enggram: a. a. O., S. 39.

Buchen zur Kreisstadt des nun selbständigen Landkreises Buchen erhöhen.

2. Die Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur als Ganze ist in dieser Untersuchung insofern von Interesse, als ihr gegenwärtiger Status und in groben Zügen ihr Entwicklungsengang und ihre Entwicklungstendenz bedeutsame Hinweise auf das Agrarwesen und die Notwendigkeit der Aussiedlung erteilen.

Die Bedeutung der Stadt Buchen etwa um 1800 war eine rein örtliche. Was den Landstädten in der damaligen Zeit ihre Sonderstellung verlieh, das war der ständige Markt für die Bauernorte, die in ihrer Bannmeile lagen. Das Recht, Wochenmärkte abzuhalten, erschien als das wertvollste der städtischen Sonderrechte⁵⁾. Die Lage der Stadt war in dieser Hinsicht günstig. Buchen liegt an der Grenze zweier Natur- und Wirtschaftsgebiete, des Odenwaldes und des Baulandes, wo ein lebhafter Güteraustausch sich entwickeln mußte. Vorherrschend war der Austausch der Erzeugnisse des städtischen Handwerks und Gewerbes und der landwirtschaftlichen Produkte der umliegenden Ortschaften.

Eine im Jahre 1803 von der Fürstlich-Leiningen'schen Verwaltung veranstaltete Umfrage "Zur Kenntnis des Landes"⁶⁾ ermöglicht einen zuverlässigen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Buchen zu jener Zeit. Danach war das Handwerk stark vertreten. Buchen zählte 328 Handwerksmeister, denen eine Einwohnerzahl von 1920 gegenüberstand. Etwa jeder sechste Einwohner war also Handwerksmeister. Am stärksten waren die Weber und Gerber vertreten. Sie bezogen ihre Rohstoffe Hanf, Flachs, Schafwolle und Häute von den umliegenden Dörfern, so der Verkauf dieser Produkte oft genug die einzigen Bareinnahmen für die Bauern bedeutete.

Noch es stand schlecht um das Handwerk im 19. Jahrhundert. Das Ringen der alten Zeit mit dem neuen, sieghaft vorwärtsschreitenden

5) Vgl. Metz, F.: Das badische Bauland, Breslau 1921, S. 45 fg.

6) Vgl. Sommerbeck, R.: Agrarverfassung und Landwirtschaft im nördlichen Odenwald in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Freiburg 1954, S. 15 ff. und Akte "Zur Kenntnis des Landes" des Fürstlich-Leiningen'schen Archivs Amorbach.

Maschinenzeitalter, das sich bereits in scharfer Form in den Städten abspielte, verschonte das Land nicht. Die Leidtragenden dieses Umschwungs waren Handwerk und Kleingewerbe. Das Sterben auf dem weiten Felde handwerklichen Wirkens begann. Die Maschine hielt langsam ihren Einzug in die Werkstätten. Von den 328 Handwerksmeistern in Buchen betrieben nicht weniger als 53 ihr Handwerk überhaupt nicht mehr und arbeiteten als Tagelöhner⁷⁾. Ende des 19. Jahrhunderts war ein Großteil der früher so mannigfaltigen Handwerksberufe verschwunden.

Diese Verhältnisse finden ihren Ausdruck in der Bevölkerungsentwicklung Buchens.

Entwicklung der Bevölkerung im 19. Jahrhundert

Tabelle 1⁺

Jahr	um 1800	1809	1825	1844	1865	1875	1885	1890	1900
Einwohner	etwa 2000	2166	2314	2437	2280	2252	2208	2137	2004

+ Quellen: Engiram, Geschichte der Kreisstadt Buchen, a.a.O., S. 3

Die Einwohnerzahl betrug um 1800 etwa 2000, stieg bis 1844 auf 2437 an, um dann bis 1900 wieder auf den Stand des Jahres 1800 abzusinken. Hauptursache dieses Niedergangs dürfte das Absterben vieler handwerklicher Existenzen, namentlich der Gerber, gewesen sein. Als Folge der mangelnden Existenzmöglichkeiten setzte eine Abwanderung der Bevölkerung in die Wirtschaftszentren, vor allem nach Mannheim ein. Im Jahre 1900 stammten 1855 Personen in Mannheim aus dem Bezirk Buchen (= 7 % der Einwohner des damaligen Bezirks). Zahlreich waren in dieser Zeit auch die Auswanderer nach Amerika⁸⁾.

Die Entwicklung der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert läßt sich mangels statistischer Unterlagen nicht genau verfolgen.

7) Vgl. Walter, M.: Odenwälder Handwerk um 1800, in: Heimatblätter des Bezirksmuseums Buchen "Zwischen Neckar und Main", Heft 6, 1923, S. 17.

8) Vgl. Schmitt, F.: Die Bevölkerungsbewegung in den badischen Amtsbezirken Adelsheim und Buchen in den Jahren 1895 - 1905 und ihre Ursache, Diss. Heidelberg 1911, S. 148.

Noch im Besonderen, daß die Landwirtschaft im Buchen eng mit Handwerk und Gewerbe verflochten war. Als ein wichtiger Hinweis hierfür mag die Tatsache gelten, daß von den rund 500 Haushalten jener Zeit 415 eine landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschafteten (siehe Tabelle 2). Dadurch kommt der hohe Grad der Bodenverbundenheit der Bevölkerung zum Ausdruck.

Die Struktur der Wirtschaft der Stadt Buchen um die Jahrhundertwende gibt die folgende Übersicht wieder⁹⁾ (siehe Tabelle 2).

Im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft ist ein Vergleich der um die Jahrhundertwende gegebenen Verhältnisse mit der heutigen landwirtschaftlichen Betriebsstruktur sehr erschwert, da die Größenklassen verschiedenartig gewählt wurden. Von den wiedergegebenen 415 Besitzern landwirtschaftlicher Nutzfläche sind lediglich 79 selbständige Landwirte ohne Nebenberuf. Die weitaus überwiegende Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe wird von Handwerkern, Gewerbetreibenden und sonstigen Berufen im Nebenerwerb bewirtschaftet.

In der gewerblichen Wirtschaft handelt es sich durchweg um kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe mit ein bis zwei beschäftigten Personen. Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten waren keine vorhanden.

Um die Jahrhundertwende begannen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt zu stabilisieren. Das Handwerk, nunmehr nur noch auf wenige Berufe beschränkt, hatte sich den neuen Gegebenheiten anzupassen vermocht und wurde durch eine allmähliche Ausweitung des Handels und des Verkehrs ergänzt. In immer stärkerem Maße schob sich in den folgenden Jahren die Berufsgruppe Öffentliche Dienste in den Vordergrund. Buchen wurde als Bezirksstadt - seit 1936 Kreisstadt - Sitz der Behörden und Schulen. Dies wiederum übte einen belebenden Einfluß auf das Geschäftsleben aus. Die Industrie konnte nur abgerundet Fuß fassen. Bis zum zweiten Weltkrieg gab es lediglich zwei Betriebe mit mehr als 20 Beschäf-

9) Vgl. Die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung und die Gewerbezählung vom 14. 6. 1895, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden, Neue Folge, 10. Heft, Seite 116 bzw. 11. Heft, Seite 372.

Land- und Forstwirtschaft

Tabelle 2⁺

Lages	Ldw. Betriebe mit Nutztviehhaltung				Hauptberuf der Inhaber landwirtsch. Betriebe			
	darunter mit				Landwirtschaft			
	Pferden	Rindvieh	Schweine	Schafs-/Ziegen	I	II	Gewerbe	Sonstige
250	31	132	206	88	100	21	131	153

- I Selbständige
- II Unselbständige
- III darunter mit Nebenberuf

Gewerbliche Wirtschaft

Zahl der Gewerbebetriebe	Zahl der Beschäftigten		Von den Hauptbetrieblern v. d. Beschäftigten entf. auf			
	Vollges.	Nebenbetriebe	darunter m. Gehelf.		Industrie u. Handwerk	
			unanges.	anges.	Beschäftigte	Beschäftigte
270	70	442	53	196	395	65

+ Quellen: Die land- und forstwirtschaftliche Betriebsverteilung und die Gewerbeverteilung von 14. 6. 1898, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden, Neue Folge, Heft 10 bzw. Heft 11, S. 177

Die Wirtschaftsstruktur der Stadt Buchen (Stand Oktober 1955)

Tabelle 3 +

Zahl der Arbeitsstätten insgesamt	Zahl der Erwerbspers. insgesamt	Von den Arbeitsstätten und den Erwerbspersonen entfallen auf												Pendler
		Land- u. Forstwirtschaft	Industrie	Handwerk u. Gewerbe	Handel, Geld u. Verkehr	Öffentl. Dienst	Freie Berufe u. Sonstige							
		I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	III	IV	
320	3 236	72*	235	10	1036	131	447	41	106	31	495	35	69	818 177
*einschl. Betrieb= mit Nebenbeschäftigung														

I Zahl der Betriebe
II Zahl der Erwerbspersonen
III Eingeordnete
IV Auspendler

Quelle: Erhebungsbegegn zur Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Stadt Buchen, die vom Verfasser in Zusammenarbeit mit der Sonderplanungsstelle für die Sanierungsgebiete des Innenministeriums Stuttgart im Oktober 1955 durchgeführt wurde.

größere Mittelbetriebe, die bis zu 500 Arbeitskräften beschäftigen. Das starke Hervorwachen der Ämter und öffentlichen Dienststellen ergibt aber aus dem Charakter auch die Kreisstadt.

Die Wirtschaftsteilungen Handwerk und Gewerbe und Handel, Geld und Verkehr umfassen zusammen 1 1/2 Betriebe, die je zwei bis drei Arbeitskräfte beschäftigen.

Die Landwirtschaft, wozu auch die Betriebe mit Nebenbeschäftigung gezählt wurden, steht gegenüber den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Hintergrund. Zahlenmäßig überwiegen die Kleinbetriebe zwischen 2 und 10 ha LM. Ihnen stehen 43 bäuerliche Mittelbetriebe in der Größenklasse 10 - 50 ha LM gegenüber. Die bäuerlichen Mittelbetriebe bilden den Kern der Landwirtschaft der Stadt Buchen.

Besonders wert ist auch die große Zahl der Pendler. Hier wirkt sich die bereits erwähnte Tatsache aus, daß Buchen Einzugsort für 13 im Umkreis von 11 km liegende Gemeinden ist und Arbeitsplätze für die dortigen Erwerbsuchenden zur Verfügung stellt. Bei den Pendlern handelt es sich fast ausschließlich um Personen, die an ihrem Arbeitsort einen zweiten Wohnsitz haben.

3. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung

Nach Hesse¹⁰⁾ gehört die Stadt Buchen zum Grundtyp A (gewerbliche Gemeinden und Verwaltungszentren) der Gemeindetypen. Die Gliederung ihrer Bevölkerung nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen (siehe Tabelle 4).

Um einen Vergleich zu ermöglichen, haben wir die Jahre 1939 und 1950 in die Betrachtung mit einbezogen. Auf die nicht-landwirtschaftlichen Berufe entfallen 1950 über 90% der Bevölkerung. An der Spitze mit knapp 10% steht die Berufsgruppe Industrie und Handwerk. Gegenüber 1939 verdoppelte sie sich nahezu und wuchs damit etwas stärker als die sprunghaft angestiegene Gesamtbevölkerung.

Bei der nächstfolgenden Wirtschaftsgruppe öffentlicher Dienst ist der absolute Zuwachs (über 120%) noch größer als bei Industrie und Handwerk. Er übersteigt den der Gesamtbevölkerung um über 50%. Damit umfasst diese Gruppe fast 28% der Einwohner. Dieser Anteil erscheint außerordentlich hoch. Es ist aber zu beachten, daß nahezu sämtliche Ämter und Behörden des Landkreises, die gerade nach dem Kriege teilweise wesentlich erweitert, z. T. auch durch neue Dienststellen und Schulen (Lastenausgleichsamt, Versorgungsamt, Kreisberufsschule) ergänzt wurden, sich in der Kreisstadt befinden.

Sehr groß ist auch die Gruppe der selbständigen Berufslösen, die seit 1939 stark angewachsen ist. Wir haben hierunter vorwiegend Sozialrentner, Pensionsempfänger und Unterstützungsbedürftige zusammengefaßt.

Die Entwicklung in der Wirtschaftsabteilung Handel, Gewerbe und Verkehr ist seit 1950 rückläufig. Es handelt sich hier um einen Bereinigungsvorgang mit dem Ziel, den infolge der Gewerbefreiheit und der Gewährung von Aufbaudarlehen für Vertriebene nach dem Kriege entstandenen Überbesatz an

10) Vgl. Hesse, V.: Grundprobleme der Agrarverfassung. Stuttgart 1949.

Die berufliche Gliederung der Bevölkerung:

Tabelle 2

Jahr	Wohnbevöl- kerung	Berufsaugehörige zu den Wirtschaftsabteilungen									
		Land- u. Forst- wirtschaft		Industrie u. Handwerk		Handel, Gewer- be u. Verkehr		Öffentlicher Dienst		Selbst. Berufslöse u. Sonst. Selbständige	
		I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1939	2 454	351	22,4	697	28,4	270	11,0	622	21,3	414	16,9
1940	4 023	463	11,5	1092	27,1	639	13,4	1141	28,4	782	19,5
1951	4 160	382	9,4	1223	29,5	335	6,4	1156	27,8	1040	25,2

I absolut

II in % der Wohnbevölkerung

+ Quelle: Erhebungsbogen 1955.

Gewerbebetrieben teilweise wieder abzubauen.

Auf die Landwirtschaft entfallen weniger als 10 % der Bevölkerung. Der prozentuale Anteil des Bereiches Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtbevölkerung ging um über die Hälfte zurück. Doch ist dieser starke Rückgang des landwirtschaftlichen Bevölkerungsteils nur relativ, bedingt durch den Zuwachs der Einwohnerzahl um 70 %, der durchweg den nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen zugute kam. Der absolute Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist geringer und beträgt knapp 30 %.

Einen weiteren Einblick in die Sozialstruktur der Stadt ergibt die Aufgliederung der einheimischen Erwerbstätigen:

Einheimische Erwerbspersonen

Tabelle 5⁺

Insgesamt		davon entfallen auf							
		Selbständige		Mithelf. Fam. Angeh.		Beamte u. Angestellte		Arbeiter	
absol.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1658	100	303	18,2	426*	25,7	434	26,2	495	29,9

* einschließlich Ehefrauen

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung (Erwerbsquote) beträgt rund 40 %. Mit knapp 30 % Erwerbspersonen stehen die Arbeiter an erster Stelle. Ihnen folgen die Beamten und Angestellten mit einem Anteil von über 26 %. Die mithelfenden Familienangehörigen in Landwirtschaft und Gewerbe umfassen ebenfalls mehr als 25 % der Erwerbstätigen. Den geringsten Anteil mit etwas über 18 % der Erwerbspersonen stellen die Selbständigen.

Zur Kennzeichnung der Sozialstruktur ist auch der Grad der Bodenverbundenheit der Bevölkerung bedeutungsvoll.

+ Quelle: Erhebungsbogen 1955.

Haushaltungen mit Grundbesitz

Tabelle 6 +

Jahr	Haushaltungen insgesamt	davon haben Grundbesitz				Haush. mit Grundbesitz insgesamt	
		ü. 0,5 ha		u. 0,5 ha		I	II
		I	II	I	II		
1950	1285	127	9,9	142	11,1	269	21,0
1955	1351	112	8,2	267	19,8	379	28,0

I Zahl der Haushaltungen
II in % aller Haushaltungen

28 % aller Haushaltungen haben Grundbesitz. Die Zahl der Grundbesitzer über 0,5 ha Grundfläche ist während der letzten fünf Jahre etwas zurückgegangen; dagegen haben die Haushaltungen mit weniger als 0,5 ha Grundbesitz beachtlich zugenommen. Eine Erklärung für diese Erscheinung liegt einerseits in der Auflösung landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe, andererseits in der regen Bautätigkeit zur Erstellung von Eigenheimen.

4. Die Verkehrs- und Marktlage

Die Erörterung der Verkehrs- und Marktlage der Stadt Buchen drängt dazu, auch das dies- umgebende Gebiet, den Landkreis Buchen, in die Betrachtung mit einzubeziehen. Der Landkreis Buchen liegt in nördlichen Teile Badens, abseits von der großen Verkehrsstraße des Rheintales und den pulsierenden Industriezonen Frankfurt, Mannheim und Stuttgart. Mit seiner 82 000 ha großen Fläche ist er einer der größten Landkreise des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg. Er ist ein reines Agrargebiet und grenzt im Südwesten an den Landkreis Mosbach, im Süden an Oehringen und Hohenlohe, im Osten an den Landkreis Tauberbischofsheim und im Nordwesten an Bayern. Seit jeher wird er "badisches Hinterland" genannt, eine Bezeichnung, die die verkehrswirtschaftliche Lage allgemein hin bereits kennzeichnet. In seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist der Landkreis stark zurückgeblieben. Es sind aber seit Ende des Krieges Bestrebungen im Gange, durch Ansiedlung von Industriebetrieben und durch die Erweiterung der bereits vorhandenen eigene Wirtschaftskraft zu stärken.

+ Quellen: Einwohnerkartei der Stadtverwaltung, Buchen und Erhebungsbogen 1955.

Die Unterstützungsbedürftigkeit des Landkreises Buchen führte dazu, daß er zusammen mit vier weiteren nordbadischen Kreisen im Jahre 1950 vom württemberg-badischen Landtag zum Förderbezirk erklärt wurde. Eine allmähliche industrielle Durchsetzung und eine sich hieraus ergebende Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie würde gerade für die Landwirtschaft vorteilhaft sein. Für die Erzeugnisse der Landwirtschaft ergäben sich günstige Absatzmöglichkeiten; andererseits könnte der in der Landwirtschaft des Realteilungsgebietes vorhandene Menschenüberschuß von der Industrie aufgesogen werden.

Im Gegensatz zu dem wirtschaftlich noch sehr entwicklungsbedürftigen Kreisgebiet ist die marktmäßige Verflechtung der Kreisstadt wesentlich intensiver. Ihre wirtschaftliche Orientierung ist auf den Großraum Mannheim ausgerichtet, da im engeren Umkreis keine nennenswerten Handelsmöglichkeiten gegeben sind. Darüber hinaus erstrecken sich die Handelsbeziehungen namhafter Industriebetriebe (Odenwälder Kunststoffwerk, Holzwarenfabrik Franz Pertig) über weite Teile des Bundesgebietes. Der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollzieht sich vorwiegend auf dem Wege genossenschaftlicher Einrichtungen: Getreide-, Molkerei- und Viehverwertungs-genossenschaft. Die Anfänge hierzu gehen in Buchen bis auf die Jahrhundertwende zurück, und die Stadt darf sich zu den Pionieren der Verwirklichung des Genossenschaftsgedankens zählen¹¹⁾.

Die verkehrstechnische Abwicklung des Handelsverkehrs erfolgt in erster Linie auf der verkehrsreichen Bundesstraße 27, die Stuttgart bzw. Mannheim mit Würzburg verbindet und die Stadt Buchen durchquert. Der Anschluß an die Bundesbahn ist durch die über Buchen führende Nebenstrecke Seckach - Miltenberg gewährleistet.

Im Personenverkehr sind neuerdings durch die Einschaltung des Autobus-Linienverkehrs Verbesserungen eingetreten.

11) Vgl. Schmitt, F.: Die Bevölkerungsbewegung
a. a. O., S. 96.

Besichtenswert sind die beiden "Frankenpost" (Heidelberg-Würzburg) und "Vom Rhein zum Main" (Karlsruhe-Wertheim).

5. Zusammenfassung

Die Stadt Buchen war bis ins 19. Jahrhundert hinein Mittelpunkt und Marktplatz für die umliegenden Laubermorte. Ihre Funktion innerhalb dieser "Stadtwirtschaft" wandelte sich mit dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. Als Sitz der Kreisbehörden blieb sie das Zentrum des Landkreises, mußte sich aber, um ihre wirtschaftliche Bedeutung zu behalten, der neuen Entwicklung anpassen. Buchen ist heute nicht mehr vornehmlich Marktplatz für die umliegenden Dörfer, sondern Einzugs- und Arbeitsort für die von dorthier kommenden Erwerbsuchenden. Die Umwandlung der Wirtschaftsstruktur wurde wesentlich beschleunigt durch den starken Zustrom von Vertriebenen nach dem Kriege und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Industrie, Gewerbe und Öffentlicher Dienst bestimmen das Bild der Wirtschaft. Buchen liegt weit abseits von den nächstgelegenen Wirtschafts- und Verkehrszentren. In ihrer wirtschaftlichen Orientierung ist die Stadt auf den Großraum Mannheim ausgerichtet. Die verkehrstechnische Erschließung ist ausreichend.

* Im Sinne von Bücher's Wirtschaftsethiken

II. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im besonderen

1. Die natürlichen Verhältnisse

a) Geologisch-bodenkundliche Verhältnisse

Das Landschaftsbild des Kreises Buchen ist durch die morphologische Struktur und die geographischen Verhältnisse in zwei gegensätzliche Teile gegliedert: den durch Buntsandstein als Untergrund gekennzeichneten hinteren Odenwald im Westen und das vom Muschelkalk beherrschte Bauland östlich davon. Die Grenze zwischen Buntsandstein und Muschelkalk, die auch die Gemarkung der Stadt Buchen durchschneidet, ist die wichtigste Landschaftsscheide. "In der Tat ist nichts augenfälliger als das Überwiegen des Waldes und der Forstwirtschaft ungefähr westlich der Linie Mosbach - Buchen - Walldürn - Hardheim und der Waldmangel und die Herrschaft reinen Ackerbaues östlich davon"¹²⁾. Die beiden Gebiete überschneiden sich mehr oder weniger, d. h. die Grenze weist größere und kleinere Einbuchtungen auf. In landschaftlicher, bodenmäßiger und klimatischer Hinsicht, aber auch in Bezug auf die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft, ist der Charakter dieser beiden Gebiete außerordentlich verschieden.

Das für den hinteren Odenwald charakteristische Landschaftsbild beherrschen die weit sich ausdehnenden, bewaldeten Hochflächen mit tief eingeschnittenen, engen Tälern. Zu diesen führen enge, steile "Klingen" hinab, die nur in den regenreichen Jahreszeiten Wasser führen.

Auf den Hochflächen des Odenwaldes, besonders wo Lehmdecken vorhanden waren, hat sich der Mensch durch Rodung Raum für Siedlungen, Acker- und Grünland geschaffen. Die Siedlungen bilden auf den Höhen meistens kleinere Dörfer und Weiler mit getrennt liegenden Hofratten. Einzelhöfe finden sich selten, dagegen kommen sie häufiger in den Tälern in Form

12) Metz, F.: Das badische Bauland, a. a. O., S. 33.

von Mühlen vor¹³⁾.

Im Bauland liegen die Verhältnisse anders. Wellige Hügelreihen durchziehen das Muschelkalkgebiet von Süden nach Norden. Sie lassen die Landschaft nach Südosten zu geneigt erscheinen und verleihen zugleich der Oberflächengestaltung den Charakter einer Stufenlandschaft. Dort, wo sich die Bäche mit scharfer Kante tief in die Gesteinsschicht eingegraben haben, ist die wellige Hochfläche von Tälern unterbrochen. Breitere Täler gibt es namentlich dort, wo lehmige, tonige und wasserreiche Mergel vorherrschen. Die Höhen der steinigen Erhebungen, die nur selten bei 400 m liegen, tragen meist Wald, während der Hauptteil des Landes der landwirtschaftlichen Nutzung dient.

Im Verlauf der Siedlung ist das Bauland ein Gebiet der Haufen- oder Gewanddörfer geworden. Weiler und Höfe dagegen treten zurück, sehr zum Schaden einer rationellen Bearbeitung der zumeist großen Gemarkungen. Die Häuser liegen dicht gedrängt auf engem Raum. Für die eigentliche "fränkische" Hofanlage war in den enggebauten Dörfern meist kein Raum; angestrebt wurde sie aber stets¹⁴⁾.

Die Dörfer liegen vielfach in Täler eingebettet oder schmiegen sich den Vertiefungen des Geländes an. Zwischen den Ortschaften finden sich vereinzelte Höfe. Der Grund dafür, daß die Höhen selten besiedelt sind, ist der charakteristische Wassermangel auf den Höhen des Baulandes.

Die Böden des Odenwaldgebietes setzen sich aus Verwitterungsbestandteilen des Buntsandsteins zusammen. Neben lehmigen Sandböden finden sich oft nasse, kalte, undurchlässige und schwer zu bearbeitende Ton- und Lettenböden. Sie sind im allgemeinen sehr dürrftig, da es ihnen an Grundnährstoffen, besonders Kalk und Phosphor fehlt.

Das Bauland ist ein Muschelkalkverwitterungsgebiet und hat wärmere Böden als der Odenwald. So einförmig die Oberflächen-

13) Vgl. Röhrer, F.: Von der Geologie und Oberflächengestaltung des badischen Frankenlandes, in: "Badische Heimat", Zeitschrift für Volkskunde, 20. Jahrg., Freiburg 1930.

14) Vgl. Metz, F.: Das badische Bauland, a.a.O., S. 42 fg.

gestaltung vielfach erscheinen mag. So groß ist doch die Mannigfaltigkeit der Bodenbeschaffenheit. Die Böden des Hauptmoschelkales, flachgründig und steinig, besitzen große Verbreitung; doch sind auch schwere, zu dauernder Nässe neigende Böden nicht selten.

Die hier dargelegten Verhältnisse, sowohl die natürlichen Gegebenheiten im hinteren Odenwald als auch die des Baulandes, treffen in gleicher Weise auch für die Stadt Buchen zu, da sich ihre Gemarkung auf beide Landschaftsgebiete erstreckt. Die Bodenbeschaffenheit des größeren landwirtschaftlich benutzten Teile der Gemarkung ähnelt den des Baulandes und ist sehr wechselreich.

In hydrographischer Hinsicht gehört Buchen zum Zuflußgebiet des Mains. Die Wasserscheide zwischen Main und Neckar verläuft südöstlich der Gemarkung von West nach Ost, ungefähr durch die Mitte des Kreisgebietes (siehe die dem Original der Dissertation auf Seite 22 beiliegende Karte⁺).

b) Klimatische Verhältnisse

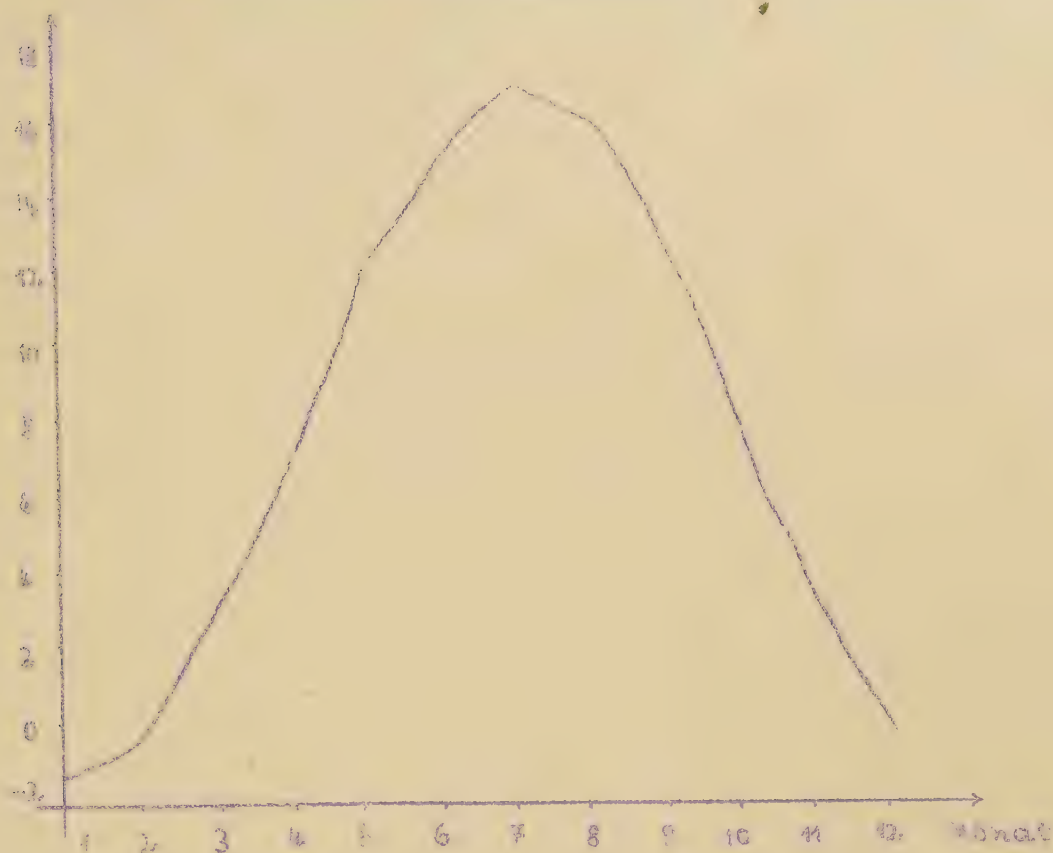
Bei einer Betrachtung der klimatischen Verhältnisse des Baulandes drängt sich ein Vergleich mit der Baar, die auf der Rückseite des Schwarzwaldes im Wind- und Regenschatten des Gebirges liegt, unmittelbar auf. Doch liegt ein wesentlicher Unterschied in der geringeren Meereshöhe des Baulandes, den weniger strengen Wintern und der weniger mächtigen Schneedecke¹⁵⁾.

Die Kreisstadt Buchen weist im langjährigen Mittel der Jahre 1881 - 1940 eine durchschnittliche Janrestemperatur von 7,7° C auf. Die Monatsmittel der Lufttemperatur sind in der Abbildung (Tabelle 7) wiedergegeben¹⁶⁾.

+ Im Einvernehmen mit der Fakultät wurde wegen der hohen Kosten von der Vervielfältigung Abstand genommen. Das Original befindet sich in der Universitätsbibliothek Freiburg.

15) Vgl. Metz, F.: Das badische Bauland, a.a.O., S.36 fg.

16) Mitteilungen des deutschen Wetterdienstes in der US-Zone, Nr. 4, Bad Kissingen, März 1950. Vgl. auch Stegmüller, W.: Die Betriebsstruktur und die ländliche Arbeitswirtschaft im Landkreis Buchen, Diplomarbeit, Hohenheim 1952, S. 3.



Der schnelle Abfall der Kurve deutet auf einen schnell einsetzenden, rauhen Herbst hin, der seinerseits darauf drängt, daß die zu dieser Zeit anfallenden Arbeiten so rasch wie möglich vor Winteranfang beendet werden. Im Winter sind in Buchen Minima von -25°C nicht selten. Von März bis September ergeben sich häufig Tagesschwankungen von 20°C , im Mai sind sie sogar noch höher. Die frostfreie Zeit ist äusserst kurz. Sie beträgt für den Zeitraum 1886 - 1930 für Buchen im Durchschnitt nur 154 Tage im Jahr. In der gleichen Zeit lag der letzte Frost nie vor dem 15. April, und der erste Frost kam nie nach dem 5. November. Das mittlere Datum des letzten Frostes ist der 7. Mai, das des ersten Frostes der 9. Oktober.

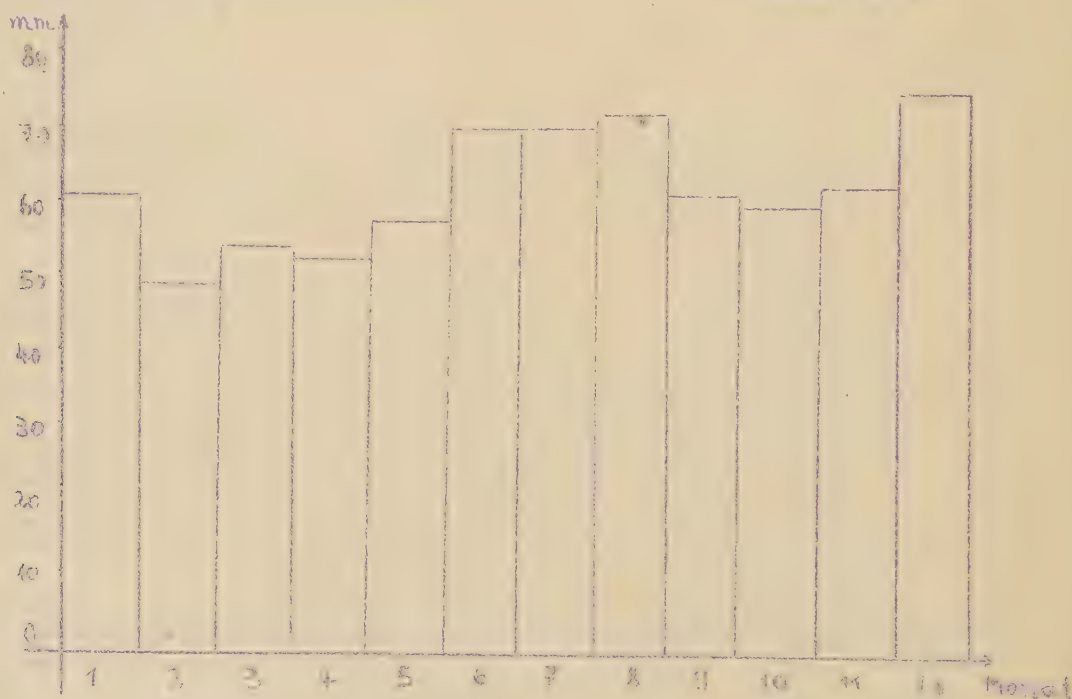
Im Odenwaldgebiet ist das Klima im großen und ganzen ausgeglichen, oft rauh und feucht, vom Westen her durch das Seeklima bestimmt. Dagegen hat das Klima im Bauland einen

kontinentalen Einschlag¹⁷⁾. Dies macht sich in einem scharfen Gegensatz zwischen Tag- und Nacht-, aber auch zwischen Sommer- und Wintertemperaturen bemerkbar. Durch seine offene Lage nach Osten hin ist das Bauland den scharfen Nord- und Ostwinden schutzlos preisgegeben, während die sonst in diesem Raum auftretenden Südwestwinde auf der Leeseite des Odenwaldes nicht zur Geltung kommen können.

Die Niederschläge sind im Bauland und am hinteren Odenwaldrande, im Wind- und Regenschatten der Bergzone, verhältnismäßig gering. Die niederschlagbringenden Westwinde verlieren den größten Teil ihrer Feuchtigkeit bereits an Westhänge des Odenwaldes. Für Buchen ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 8)¹⁸⁾.

Monatsmittel der Niederschläge

Tabelle 8



Die Hauptmenge der Niederschläge bringen die für das Bauland charakteristischen Wärmegewitter des Sommers, die in Form von heftigen Güssen niedergehen. Nicht selten sind auch Hagelschläge, die zu einer großen Gefahr für die Ernte werden können.

Eine Hilfe für die Beurteilung des örtlichen Klimas bringen auch

17) Vgl. Metz, F.: Das badische Bauland, a. a. O., S. 36.

18) Klimakunde des deutschen Reiches, Band II, Berlin 1939, bearbeitet vom Reichsamt für Wetterdienst.

die phänologischen Daten¹⁹⁾ die vermitteln einen Einblick in die Wachstumsverhältnisse. Die folgenden Daten sind Angaben ortsansässiger Landwirte.

Frühjahrsfurche	Mitte März
Frühjahrsaussaat	letztes Märdrittel
Kartoffelaussaat	letztes Aprilrittel
Grünfutterschnitt	ab 10. Mai
Heuernte	Mitte Juni
Roggenernte	Ende Juli - Anfang August
Kartoffelernte	Ende September
Rübenernte	erste Oktoberwoche
Roggenaussaat	Ende September - Anfang Oktober.

Aus den Darlegungen geht hervor, daß die klimatischen Bedingungen für die Landwirtschaft der Stadt Buchen nur mäßig günstig sind.

2. Die Flurverfassung

Wichtige Hinweise für die landwirtschaftlichen Verhältnisse ergeben sich aus der Kenntnis der Grundzüge der früheren Agrarverfassung. Die Stadt Buchen gehörte wie der Südwesten zu dem "Gebiet der Landesherrschaft mit den sich durchkreuzenden Institutionen der Grundherrschaft, Gerichtsherrschaft und Leiherrschaft"²⁰⁾ und unterstand vom frühen Mittelalter bis zum Beginn der Oberherrschaft des Kurfürstentums Mainz im 15. Jahrhundert den Grafen von Lören. Die Gemarkung hat die Form einer Gewinnflur. Der Grundbesitz ist stark zersplittert. Zwar wurden in den Jahren 1928 und 1937 zwei Feldbereinigungs- bzw. Umlegungsverfahren durchgeführt, die Bereinigungsflächen mit zusammen 157 ha waren aber gering. Auch wurde damals vornehmlich auf eine Verbesserung des Wegenetzes Wert gelegt. Der Zusammenlegungsgrad war unbedeutend. Eine Veränderung der Flurverfassung, insbesondere

19) Vgl. Henrichs, A.: Die Vorplanung für die Flurbereinigung, Stuttgart 1954, S. 78.

20) Dietze v. B. Boffes, Weippert: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, in: Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 158, Hamburg und Berlin 1953.

eine wesentliche Verringerung der Parzellenzahl und eine Verkürzung der Hof-Weid-Entfernung, wurden damit nicht erreicht.

Die Parzellierung ist gemeinhin durch drei Begriffe gekennzeichnet, nämlich Besitzersplitterung, Besitzstreunung und Gemengelage²¹⁾. Diese überschneiden sich weitgehend. Zu unterscheiden ist aber vor allem zwischen Parzellen und Teilstücken. Ein Teilstück kann aus mehreren Parzellen bestehen. Die Katasterparzellen sind also kein absolutes Kriterium für das Ausmaß der Flurzersplitterung, denn mehrere solcher Parzellen, die von demselben Betrieb bewirtschaftet werden, können nebeneinander liegen und so bei der Bewirtschaftung als eine Einheit gelten. Doch vermag die Zahl der Parzellen immerhin einen Eindruck vom Ausmaß der Flurzersplitterung zu vermitteln. Wenn die 5020 Parzellen, die das Kataster der Stadt Fuhlen aufweist, nicht auch überschaubare Teilstücke darstellen, so lassen sie doch den Schluss zu, daß die Bewirtschaftung der Felder durch die Zersplitterung stark beeinträchtigt wird. Einige Betriebe griffen schon zur Selbsthilfe und versuchten durch privaten Landtausch eine Arrondierung ihrer Nutzfläche zu erreichen.

3. Die Form der Vererbung

Die Flurverfassung wird wesentlich mitbestimmt durch die Erbsitten. Die Verhältnisse im Odenwald und im Bauland lassen dies deutlich erkennen: Ausgesprochene Gewinnflur mit starker Grundstückszersplitterung - zwei Gemeinden besitzen je über 12 000 Parzellen - in den von der Erbfolge der Teilteilung beherrschten Bauland; in unterschiedlicher Verteilung Gewinnfluren, Weidenfluren und Waldhofenfluren, bei denen heute noch teilweise die Grenzen der alten "Hutgüter" zu erkennen sind, im benachbarten Odenwald, wo die geschlossene Hofübergabe die Regel ist, im Gegensatz zu dem gestückelten Anerbenrecht im Schwarzwald, herrscht im Odenwaldgebiet die Anerbensitte auf freiwilliger Grundlage. Diese Anerbensitte hat sich ohne ein kodifiziertes Anerbenrecht herausgebildet und erhalten. Fällt man die Tatsache ins Auge, daß auf den klimatischen benachteiligten und verkehrsentlegenen Mittelgebirgen des Schwarzwaldes und des Odenwaldes der Güter-

21) Vgl. Gamperl, H.: Die Flurbereinigung im westlichen Europa, a. a. O., S. 33.

schluß verbreitet ist, in den klimatisch und vornehmlich günstig gelegenen Gegenden des Oberrheingebietes und besonders der Rheinebene dagegen die Realteilung, so darf man annehmen, daß auch die Anerbensitte des Oberrheingebietes auf die natürlichen Boden- und Klimabedingungen zurückgeht. Die Waldhufen des Oberrheingebietes, wie sie beispielsweise in Neusaß und Hollerbach bei Buchen zum Teil noch heute zu erkennen sind, bilden mit Wiesen, Ackergerölde und ansonsten dem Wald einen zusammenhängenden Grundbesitz, der mit der eingebauten Hofstelle ein natürliches Ganzes bildet und eine volle Ackernahrung darstellt²²⁾.

In der Stadt Buchen selbst, die am Rande der beiden Vererbungsgebiete liegt, ist zunächst kein einheitliches Vererbungsprinzip festzustellen. Bei den Kleinbetrieben ist die Realteilung mit allen betriebswirtschaftlichen Folgeerscheinungen häufig. In einem Falle ist bekannt, daß die Scheune, unterteilt in Kellerraum, Tanne und Heuboden, drei verschiedenen Eigentümern gehört. Bei den größeren Betrieben über 10 ha ist die Anerbensitte die Regel. Ihre Inhaber neigen fast durchweg zu aktiver Vererbungspolitik; der Hof wird bereits zu Lebzeiten des Erblassers übergeben. Die im nordbadischen Anerbengebiet anzutreffende Überlieferung des Majorats, den Betrieb dem Ältesten zu übergeben, wird heute häufiger durchbrochen, sei es, weil der älteste Sohn gefallen ist, sei es, daß er an der Landwirtschaft wenig Interesse zeigt und einen anderen Beruf erlernt hat. Der Hof wird demjenigen Erben übertragen, der am geeignetsten erscheint, ihn zu erhalten und die Versorgung der Eltern und Geschwister zu gewährleisten. Hin und wieder ist dabei in Buchen die Übung anzutreffen, den Hof zunächst nur zur Hälfte dem Jungbauer zu überschreiben; den realistischen Teil behält sich der Inhaber bis zu seinem Ableben vor. Der Betrieb wird in der Regel gemeinschaftlich weitergeführt. Als Rechtfertigung für diese Maßnahme, die in mancher Hinsicht Kritik hervorrufen vermag, wurden steuerliche Gründe angeführt. Doch mögen auch psychologische Momente, das Nicht-

22) Vgl. Brinkmann, C.: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Baden nach dem Kriege, in: M. Sering und C. v. Dietze, die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, Staden und Leipzig 1930, I. Teil, S. 407 ff.

Loskommen vom eigenen Besitz, dessen nicht abhängig bleiben wollen" von den Jungen mit zu dieser Regelung beigetragen haben. Die durch den doppelten Übergabeakt steigenden Übergabekosten nimmt man dabei in Kauf. Besonders geeignet als "Restbehalter" dieser Art ist der hiesige Wald, da er nur extensive Bewirtschaftung erfordert.

Der Übergabepreis richtet sich im allgemeinen nach dem Einheitswert und beläuft sich ungefähr auf das 1 2/3-fache davon. Er wird so festgelegt, daß die Belastung für den Betrieb tragbar ist. Der Grundsatz der tragbaren Belastung gilt auch für die Festlegung der Höhe der Altenteillasten. Diese setzen sich in der Regel aus Naturalleistungen zusammen und einem zu gewährenden Taschengeld von 20 - 25 M im Monat. Häufig stehen diese Leistungen jedoch nur auf dem Papier.

Der Unternehmer erhält gemeinhin kein Voraus, sondern lediglich eine Vergütung für die auf dem Hofe geleistete Arbeit. Die Gleichstellungsgelder werden häufig gesammelt und sind in Form von "Zielgeldern" zu entrichten. Finanzielle Schwierigkeiten infolge der Übernahmekosten sind in Buchen nur in einigen wenigen Sonderfällen eingetreten⁺.

Das Übergabalter liegt bei 65 Jahren. Der Grund für die späte Übergabe ist häufig darin zu suchen, daß der Jungbauer aus räumlichen Gründen nicht früher heiraten kann als bis seine Geschwister untergekommen sind. Gerade auch hierin liegt ein schwerwiegender Nachteil besugter Hofverhältnisse, wie sie bei den in Städten von Buchen ansässigen Betrieben anzutreffen sind.

4. Grundeigentumsverhältnisse

Am Grund und Boden der Stadt Buchen sind die verschiedenen Eigentümergruppen sehr unterschiedlich beteiligt (siehe Tabelle 9).

Die Gemeinde bzw. Stadt ist mit nahezu 30 % der Gesamtfläche der größte Grundeigentümer in Buchen. Ihre Besitzungen fallen fast ausschließlich auf Wald: nur 4 % ha. Überwiegend Allmendland, werden landwirtschaftlich benutzt. Die "sonstige Fläche" setzt sich aus Parkanlagen, Wegen und Gewässern zusammen.

⁺ Nach Unterlagen und Auskünften des Notariats in Buchen

Grundeigentumsverhältnisse
1955

Tabelle 9⁺

Eigentümergruppen	Land in ha der verschiedenen Eigentümergruppen			
	Gesamtfläche	ldw. benutzte Fläche	forstw. benutzte Fläche	Sonst. Fläche
Bund, Land, Kreis-	72	39	—	33
Gemeinde	1 154	43	1 027	77
Kirche u. kirchl. Anstalten	44	39	2	3
Körperschaften (Genossen-	150	150	—	—
schaften u. Gesellschaften)				
Privateigentum	908	837	25	46
Insgesamt	2 391	1 108	1 054	109

+Quelle: Unterlagen des Grundbuchamtes der Stadt Buchen.

Der nächsthöchste Anteil an der Gesamtfläche mit knapp 40 % entfällt auf das Privateigentum. Dieses wird größtenteils landwirtschaftlich benutzt; die mit Privatwald bewachsene Fläche ist gering.

Körperschaften bzw. Gesellschaften weisen 150 ha landwirtschaftlich benutzte Fläche (6,5 % der Gesamtfläche) aus. Sie gehören vollständig der badischen Landesleitung, ObdL. Im Zuge des im Gange befindlichen Aussiedlungsverfahrens übernahm diese Siedlungsgesellschaft die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der Siedlerbetriebe, um sie ihnen nach Abschluß des Verfahrens neu zuteilen. Nur einen geringen Teil erwarb sie durch freien Erwerb. Die badische Landesleitung ist nur vorübergehend im Besitz dieser Flächen.

Die restlichen 3,5 % der Gesamtfläche verteilen sich auf die Landkreisselbstverwaltung, die ein Landgut (Jungviehweide) mit rund 39 ha besitzt, auf Land- und Bundesstraßen, auf die Bundesbahn und die Kirche. Das Grundeigentum der Kirche wird fast ausschließlich landwirtschaftlich benutzt. Die 2 ha Wald erwarb sie erst vor kurzem auf Grund eines Vermächtnisses.

Sehr aufschlußreich über die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft ist die Form der Verfügungserechtigung der landwirtschaftlichen Betriebe über Grund und Boden, hier im besonderen das "Besitzmittlungsverhältnis"²³⁾ der Pacht. Die Verteilung des Pachtlandes auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen ergibt folgendes Bild:

Tabelle 10 *

Größenklassen in LN	Anteil an Pachtland in ha		Ø Größe der ungenutzten Fläche in ha
	absolut	in %	
0,5 - 2	4,94	1,6	0,22
2 - 5	9,06	3,3	0,65
5 - 10	34,55	12,8	1,61
10 - 20	134,10	49,5 (23,3 *)	5,58 (2,74*)
20 - 50	88,32	32,5 (18,3 *)	8,85 (5,55*)
Insgesamt	270,99	100,0	3,42

* ohne reine Pachtbetriebe

+ Tabelle 10, Quelle: Erhebungsbogen 1955

23) siehe Seite 31.

Über 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Duchen bewirtschaften neben ihrem eigenen Grundbesitz noch zusätzlich Pachtland. Der Anteil des Pachtlandes in den beiden Größenklassen unter 5 ha ist unbedeutend. Das Pachtland setzt sich in den kleineren Betrieben überwiegend aus den Allmendanteilen der nutzungsberechtigten Bürger zusammen. In den letzten Jahren sind gerade in den Größenklassen bis 5 ha starke Veränderungen eingetreten, da eine Reihe von Betrieben ihre gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche verpachtet hat.

Aufschlußreich ist eine Aufstellung des von den Inhabern dieser aufgelösten Betriebe verpachteten Landes, gegliedert nach Größenklassen:

Verpachtete Fläche seit 1949 aufgelöster ländl. Kleinbetriebe
Tabelle 11 +

Größen- klasse ha	Anteil des verpachteten Landes in ha	
	Absolut	in % der Gesamtfl. dieser Größekl. 1949
0,5 - 2	22,20	53,6
2 - 5	23,95	40,3
Insgesamt	46,15	46,9

Danach ist in der Größenklasse 0,5 - 2 ha seit 1949 mehr als die Hälfte der auf sie entfallenden landwirtschaftlichen Nutzfläche verpachtet worden, in der Größenklasse 2 - 5 ha rund 40 %.

Das Pachtland insgesamt setzt sich vornehmlich aus verpachteten Flächen privater Eigentümer zusammen (erbschaftsfundene Erben, Grundbesitzer nichtlandwirtschaftlicher Berufe). Kreis, Gemeinde und Kirche vertreten zusammen bei nahezu gleichen Anteilen 121 ha. In der Größenklasse

23) (siehe Seite 30)

Seiterich, O.: Bauerliche Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verflechtung und der Verbundung der bäuerlichen Grundbesitzer in sieben Gemeinden Südbadens. Dorfuntersuchung, Bonn 1953, S. 26

- Quellen: Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Erhebungsbogen 1955.

10 - 20 ha sind vier auslaufende Betriebe in Betracht übernommen worden. Auch in der nächsthöheren Größenklasse ist ein reiner Pachtbetrieb vorhanden. Läßt man die reinen Pachtbetriebe außer Betracht, so beträgt sich der Pachtlandanteil in diesen beiden oberen Größenklassen auf 23,3 bzw. 18,1 % des gesamten Pachtlandes. Die Nutzfläche der Aussiedler erscheint hierbei als Eigenland.

Die durchschnittliche Größe der zugepachteten Fläche steigt parallel mit der Betriebsgröße. Sie ist in der Klasse über 20 ha deshalb besonders hoch, weil bei diesen Betrieben in mehreren Fällen die landwirtschaftliche Nutzfläche zu über 50 % aus Pachtland besteht.

- An der Erscheinung des Pachtlandes wird zweierlei deutlich:
- a) die Betriebe unter 5 ha lösen sich in beträchtlichem Umfange auf oder beschränken sich auf echte Nebenerwerbsbetriebe;
 - b) die Betriebe mit mehr als 5 ha, insbesondere diejenigen der Größenklasse 10 - 20 ha, suchen ihren Betrieb durch Zupacht einzelner Parzellen aufzustocken oder die vorhandenen Betriebsmittel besser auszulasten; in vielen Fällen macht man auch von der Zupacht Gebrauch, um die innere Verkehrslage zu entspannen.

Während nun die durchschnittlich zugepachtete Fläche bei den Betrieben mit 10 - 20 ha (ohne reine Pachtbetriebe) 2,74 ha beträgt, beläuft sich die durchschnittliche Pachtfläche der Kleiderbetriebe, die überwiegend dieser Größenklasse angehören, auf 1,25 ha, wenn man zwei fast ausschließlich Pachtland bewirtschaftende Betriebe außer Betracht läßt. Diese Erscheinung erklärt sich aus den besonders ungünstigen bebauten Gelände- und Hofverhältnissen der ausmündelnden Betriebe, die eine Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht zulassen.

5. Die Betriebsgrößenverhältnisse

Fassen wir wieder vergleichsweise die beiden in Buchen aneinandergrenzenden Gebiete Odenwald und Saurland ins Auge, so erkennen wir im Odenwald ein Vorherrschen der mittelständlichen Familienwirtschaften, im Saurland ein Überwiegen der Kleinbetriebe. Die Betriebsgrößenstruktur der Stadt Mümmen gleicht der des Odenwaldes. Den Kern der Landwirtschaft bilden die Betriebe über 10 ha, die über 78 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften (siehe Tabelle 12).

Zahl und Fläche (in ha und in %) der ldw. Betriebe
nach Größenklassen
1955

Tabelle 12 +

Größenkl. ha LN	Zahl d. Betriebe		ha LN		% LN	
	I	II	I	II	I	II
0,5 - 2	17	15	18,80	16,62	1,9	1,7
2 - 5	9	9	33,05	33,05	3,5	3,5
5 - 10	21	9	152,06	54,13	15,9	5,6
10 - 20	32	-	483,97	-	50,4	-
20 - 50	11	-	272,58	-	28,3	-
Insgesamt	90	33	960,46	103,80	100,0	10,8

I insgesamt

II davon Nebenerwerbsbetriebe

+ Quelle: Erhebungsbogen 1955

Die Summe der LN erscheint hier geringer als beim Kulturartenverhältnis. Die Differenz entfällt auf den Landbesitz unter 0,5 ha und auf Einmäckerland.

Interessant ist eine Untersuchung, welche Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet werden. Bei den Betrieben unter 2 ha ist dies fast ausschließlich der Fall; lediglich zwei Betriebsleiter betreiben hauptberuflich eine Gärtnerei. Ebenso sind die Betriebe mit 2 - 5 ha durchweg Nebenerwerbswirtschaften. Ihre Inhaber sind hauptberuflich Arbeiter oder Handwerker; die landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten ihre Familienangehörigen. Die in der Betriebsgrößenklasse 5 - 10 ha festgestellten Nebenerwerbsbetriebe gehören

Gewerbetreibenden und Handwerkern.

Gegenüber 1949 hat sich in der Betriebsgrößenstruktur eine markante Verschiebung ergeben mit der Tendenz einer Verringerung der Kleinen und einer Aufkonzentration der größeren Betriebe über 10 ha, wie an der Tabelle erkennbar wird (siehe Tabelle 13).

Verschiebung der Betriebsgrößenstruktur von 1949 - 1955

Tabelle 13 +

Betriebsgr. in ha	Zahl d. Betr.		LM		% der LM		±
	1949	1955	1949	1955	1949	1955	
0,5 - 2	57	21	11,02	18,80	4,1	1,9	- 2,2
2 - 5	20	9	56,87	33,05	5,7	3,5	- 2,2
5 - 10	28	21	190,95	152,05	18,0	15,9	- 2,1
10 - 20	35	32	473,01	485,97	47,3	50,4	+ 3,1
20 - 50	10	11	238,98	272,58	23,3	28,3	+ 5,0
Insgesamt	127	90	1000,83	960,45	100,0	100,0	-

1. Veränderungen in % der LM 1955 gegenüber 1949

Die Differenz von rund 40 ha zwischen der LM von 1949 und der LM von 1955 konnte nicht völlig geklärt werden, hängt aber wohl mit der starken Bauaktivität und der Zunahme des Grundbesitzes unter 0,5 ha zusammen (siehe Seite 13).

Die aufgezeigte Entwicklung der Betriebsgrößenverhältnisse mit der Tendenz zum kleineren Mittelbetrieb läßt das Streben der lebensfähigen Betriebe nach einer Konsolidierung ihrer Produktionsbasis erkennen und zeigt, daß trotz des Vordringens der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbszweige der Kern der Landwirtschaft der Stadt auch heute einen gesunden Lebenswillen besitzt.

Quellen: Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Erhebungsbogen 1955.

6. Die Bodennutzung

a) Das Kulturarten- und Nutzflächenverhältnis.

Die hauptsächlichsten Nutzungsarten sind aus der Übersicht zu ersehen.

Kulturarten- und Nutzflächenverhältnis 1955

Tabelle 14 +

Kulturarten	Fläche in ha		in % der LN
	I	II	
Ackerland	752	32,3	67,8
Gartenland (einschl. Obstani.)	56	1,5	3,3
Wiesen	275	11,8	24,8
Weiden	45	1,9	4,1
LN	1108	47,5	100,0
Wald	1054	45,2	
Ödland	13	0,5	
Gebäude, Hoffläche Straßen, Wege, Gewässer	156	6,8	
Sonstige Fläche	169	7,3	
Wirtschaftsfläche	2331	100,0	

I absolut
II in % der Wirtschaftsfläche

Der Wald steht mit über 45 % der Wirtschaftsfläche stark im Vordergrund. Er bedeckt nahezu die gesamte westliche Hälfte der Gemarkung Buchen, die sich in das Odenwaldgebiet hinein erstreckt. Flächenmäßig wird der Wald nur von der LN, die vorwiegend als Ackerland benutzt wird, um wenigstens übertroffen.

+ Quelle: Bodennutzungserhebung 1955.

Bestimmend für allem für den Charakter der Landwirtschaft und die Betriebsart ist das Verhältnis von Ackerland und Wiese. Das Ackerland-Wiesenverhältnis beträgt 2,31 : 1. Das Grünland ist weitgehend mähwüchsig und befindet sich an Hängen und in Tallagen. Es wird zweifach abgemäht, im Juni und im August, teilweise ist auch noch ein dritter Schnitt im Herbst möglich.

2) Das Anbauverhältnis auf dem Ackerland.

Das Anbauverhältnis zeigt Tabelle 15. Die hohe Getreidefläche erhöht die Kulturlandungen betr.²⁴⁾, daß das Ackerland vorwiegend Getreideland ist. Sommergerste, Weizen, Hafer und in geringem Umfang Roggen sind die hauptsächlichsten Getreidearten. Gegenüber dem Getreide treten die Hackfrüchte weit zurück. Vorwiegend werden Spätkartoffeln und Futterrüben angebaut, neuerdings in geringem Umfang auch Zuckerrüben als Verkaufsfrüchte. Bei dem gegebenen Getreide-Hackfruchtverhältnis von 51 : 13,9 ist der Getreideanteil an der ackerflächennutzen vielmals so groß wie der der Hackfrüchte.

Während das Getreide vorwiegend zum Verkauf gelangt, werden die Hackfrüchte, mit Ausnahme der Zuckerrüben, weitgehend im eigenen Betrieb verwendet.

Der Umfang des Ackerfütterbaus wird in erster Linie bestimmt durch die Höhe des Viehbestandes und die Ausdehnung des Deengrünlandes. Der hohe Anteil der Luzerne an den Futterpflanzen zeigt, daß der Futterbau intensiv betrieben wird, weist aber auch auf die Tatsache hin, daß die Kalkböden für den Lössbau besonders geeignet sind.

24) Vgl. Metz, F., Das badische Ackerland, a. a. O. S. 48.

Anbauverhältnis auf dem Ackerland
1955

Tabelle 15⁺

Fruchtart	Ackerfläche in ha		Ackerfläche in % der LN
	absolut	in %	
Roggen	10,86	5,4	3,7
Weizen	107,20	14,3	9,7
Gerste	11,62	14,8	10,1
Hafer	81,07	11,6	7,8
Sonst. Getreide	35,42	4,9	3,3
Getreide insgesamt	383,27	51,0	34,6
Kartoffeln	55,49	7,4	5,0
Futterrüben	40,53	5,4	3,7
Zuckerrüben	9,31	1,1	0,8
Hackfrüchte insgesamt	105,33	13,9	9,5
Klee und Klee gras	50,90	6,8	4,6
Luzerne	147,24	19,6	13,3
Sonst. Futterpflanzen	23,64	3,2	2,1
Futterpflanzen insgesamt	221,78	29,6	20,0
Sonstige Ackerfrüchte	3,37	0,4	0,3
Schwarzbrache	37,77	5,1	3,4
Ackerland insgesamt	751,42	100,0	67,8

+ Quelle: Bodennutzungserhebung 1955.

Von dem Bodennutzungssystem ergibt sich auch Busch²⁵⁾ das Bild für den Bereich der Getreide-Hackfruchtbauwirtschaft. Das eigentliche Ackerwirtschaftsgebiet ist gewöhnlich dem Dauergrünland und dem Futterbau. Getreide ist Getreide, Hackfrucht und Luzerne Futter sind die wichtigsten Begleitkulturen. Neben dem Einfluß des Klimas bedingt vor allem die Natur des Bodens diese Form der Bodennutzung.

Verwenden wir die von Busch²⁶⁾ entwickelten Intensitätszahlen, so ergeben sich für Baden jedoch andere Relationen als für die dem Bauland kennzeichnenden Getreide-Hackfruchtbauwirtschaften. Das Bodennutzungssystem der Stadt Baden ($G : H : E = 1 : 0,85 : 0,56$) ist das der Getreide-Futterbauwirtschaften, genauer, Baden liegt an der Grenze dieses Nutzungssystems zur intensiven Getreide-Hackfruchtbauwirtschaft. Die Gründe für die Verhältnisse für dieses Gebiet schwachen Hackfruchtbaus sind vornehmlich arbeitswirtschaftlicher Art. Andererseits führt aber auch das durch natürliche Verhältnisse bedingte Dauergrünland und der ausgedehnte Futterbau zu dem starken Futterbauanteil an der LM. Der Futterbau beansprucht beinahe 20 % des Ackerlandes.

Das vorherrschende Fruchtfolge-System ist das der verbesserten Dreifelderwirtschaft. Im ausgedehnten, gemäßigten Luzerneschlag sind auch die beiden höchsten Stufen der Intensivierung vorhanden, erreicht das Getreide jedoch nicht die zu erwartende Fläche von 2/3 des Ackerlandes. In einigen Bezirken ist auf guten Böden auch die Fruchtwechselwirtschaft anzutreffen.

25) Vgl. Busch, W.: Landbaunutzen im deutschen Lebensraum, Stuttgart 1936, S. 10.

26) Vgl. Busch, W.: ebenda, S. 9.

1. Die Viehwirtschaft

Der Viehbesatz in den einzelnen Größenklassen

Tabelle 16

Größenklassen ha LN	GVE je 100 ha LN	Zahl der			
		Pferde	Kühe	Jungvieh	Schweine
0,5 - 2	56,5	—	4	3	24
2 - 5	69,7	—	16	4	27
5 - 10	84,4	11	70	56	80
10 - 20	71,3	45	157	175	211
20 - 50	64,8	21	78	99	106
Insgesamt	69,3	77	325	337	448

* Quelle: Ldw. Viehzählung, Dezember 1954.

Weitaus am stärksten ist die Viehhaltung in den Betrieben der Größenklasse 5 - 10 ha LN. In der Klasse 0,5 - 2 ha treffen wir nur vier Betriebe mit Rindviehhaltung an, in der Größenklasse 2 - 5 ha acht Betriebe.

Während die Betriebe in den kleineren Größenklassen fast ausschließlich Nebenerwerbswirtschaften sind, gibt es in der Klasse 5 - 10 ha LN eine Reihe von gut fundierten und mit entsprechendem Viehbesatz ausgestatteten Betrieben. Diese Betriebe, deren Produktionsbasis in der Feldwirtschaft durch die geringe landwirtschaftliche Nutzfläche eingeeengt ist, können nur dann einen zufriedenstellenden Wirtschaftserfolg erzielen, wenn sie sich über eine Intensivierung des Futterbaus auf eine verstärkte Viehhaltung einstellen.

Einen tieferen Einblick in die Betriebsorganisation bietet die Aufgliederung des Gesamtviehbestandes in die einzelnen Tierarten. Das Rindvieh steht im Mittelpunkt der Viehwirtschaft. Der vorherrschende Organisationstypus ist der "Ergänzungsbetrieb"²⁷⁾. Der am Zähltag niedrige Besatz an Jungvieh läßt Auswirkungen der damals verbreiteten Trichomonadenseuche erkennen. Durch die

Einführung künstlicher Bessung konnten inzwischen die Folgen wieder behoben werden.

Schwerer als die Rindviehhaltung ist der Schweinebesatz. Die Zucht der Schweine erfolgt überwiegend zur Verwertung im eigenen Betrieb. Auf den Markt ausgerichtete Schweinemast kann nur innerhalb der durch die besagten Stallverhältnisse gegebenen Grenzen betrieben werden. Ausgesprochene Schweinezuchtbetriebe sind nicht vorhanden.

Die Pferdehaltung ist mit insgesamt 77 Pferden bereits stark eingeschränkt. Es ist hier das Streben nach einer Rationalisierung des "Kraftwageneinsatzes" zu erkennen, in der Weise, daß ein möglicher geringer Anteil der Nutzfläche für die Pferdehaltung beansprucht und damit eine höhere Erzeugungsleistung ermöglicht wird. Selbstverständlich findet dieses Streben seine sinnvolle Begrenzung in den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen und in den Preisverhältnissen der übrigen Energiequellen²⁸⁾.

Der vorherrschende Viehschlag ist das Höhenfleckvieh. Nur in wenigen Stellen ist auch das schwarzbunte Niederungsvieh anzutreffen. Eine eingetragene Herdbuchzucht wird von Buchener Bauern trotz der Nähe des Zuchtviehmarktes in Mosbach nicht betrieben. Sie stehen in der Regel lediglich ihren eigenen Bedarf selber nach.

Besonders wert für die Beurteilung der Viehwirtschaft ist auch der qualitative Zustand der Viehbestände. In der Tbc-Bekämpfung sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Bis Ende 1954 waren 33 Rindviehstallungen frei, elf weitere kamen im Laufe des Jahres 1955 hinzu, so daß sich am 1. September 1955 ein Stand von 44 tbc-freien Stallungen ergab. Die Anstrengungen in dieser Hinsicht, die bisher vorwiegend von den größeren Betrieben in den Größenklassen über 10 ha unternommen wurden und zum Erfolge führten, stoßen bei den kleineren Betrieben in den vielfach engen, dunklen und feuchten Ställen auf große Schwierigkeiten.

27) Weismann, E.: Organisationsformen der Nutztviehhaltung, in: Handbuch der Ldw., 5. Band, a. a. O., S. 409.

28) Vgl. Kelsch, E.: Organisation und Wirtschaftserfolg, a. a. O., S. 58.

B. Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

Die landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Dachen werden überwiegend von familieeigenen Arbeitskräften bewirtschaftet, wie in Tabelle 17 zum Ausdruck kommt.

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1949 und 1955

Tabelle 17⁺

Größenklassen ha LN	Arbeitskräfte je 100 ha LN		I	
	1949	1955	1949	1955
2 - 5	85,9	66,7	-	-
5 - 10	57,5	37,5	2,6	0,6
10 - 20	30,6	20,2	5,9	0,6
20 - 50	25,1	16,3	4,5	2,2
Im ϕ	49,8	35,2	4,3	1,2

I davon Fremdarbeitskräfte

Wir wollen die Betriebe unter 2 ha nicht in die Betrachtung mit einbeziehen, denn bei diesen ist die landwirtschaftliche Arbeit Nebenbeschäftigung, die immer mehr in den Hintergrund tritt. Die Jungen gehen in der Regel ganz einem gewerblichen oder industriellen Berufe nach, während lediglich die Alten, mehr aus innerer Neigung zur landwirtschaftlichen Tätigkeit als aus wirtschaftlichen Gründen, noch ein Stück Land bearbeiten. Großvieh haben diese Betriebe nicht.

Der Arbeitskräftebesatz der Betriebe über 2 ha ist sehr unterschiedlich und schwankt zwischen 66,7 und 16,3 AK je 100 ha LN. Bei den hohen Arbeitskräfteziffern in der Größenklasse 2 - 5 ha und teilweise auch 5 - 10 ha ist zu beachten, daß es sich hier um Nebenerwerbswirtschaften handelt, deren Arbeitskräfte hauptberuflich eine handwerkliche oder gewerbliche Tätigkeit ausüben.

⁺ Quellen: Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Erhebungsbogen 1955.

Im Gegensatz zu den unteren Größenklassen zeigen die Betriebe über 10 ha einen förmlichen Arbeitskräftemangel, insbesondere die Betriebe über 20 ha. Ein Vergleich mit 1949 läßt klar die Begwirkung der Industrie erkennen. Nicht nur die familienfremden Arbeitskräfte streben den besser bezahlten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu, sondern auch die Kinder der Betriebsinhaber wenden sich schon frühzeitig vom elterlichen Hofe ab. Da die Arbeitskapazität der Dauernfamilie in entscheidendem Maße davon abhängt, wie lange die abwandierenden Kinder auf dem Hofe bleiben²⁹⁾, schwächt die in Buchen bemerkbare Tendenz der frühzeitigen Abwanderung diese erheblich.

Während noch 1949 fast 9 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Betrieben über 5 ha aus familienfremden Landarbeitern bestanden, sind es heute kaum noch 4 %, d. h. weniger als die Hälfte. Am stärksten ist hier die Veränderung in der Größenklasse 10 - 20 ha. Lediglich neun Betriebe beschäftigen je eine fremde Arbeitskraft, fast durchweg Jugendliche. Die kleineren Mittelbetriebe sind auf ledige Arbeitskräfte angewiesen, deren Entgelt neben einem Barentlohn in freier Kost und Wohnung besteht. Gerade aber die Jungarbeiter wenden sich von der Landwirtschaft ab und einer mit geregelter Freizeit und größeren Barbezügen verbundenen Beschäftigung zu. Die noch in der Landwirtschaft verbliebenen sind hant zusammengewürfelt und neigen zu starker Fluktuation. Auch die Heranziehung von Tagelöhnern und Aushilfskräften ist schwierig und nur zur Bewältigung der Arbeitspitzen möglich. In den Betrieben über 10 ha sind daher die Familienmitglieder stark mit Arbeit belastet. Die Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte ist eines der schwierigsten Probleme, das die Landwirtschaft der Stadt Buchen zu bewältigen hat.

29) Vgl. Blohm, G.: Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre, 2. Auflage, Stuttgart 1950, S. 245

9. Zusammenfassung

Nichtlandwirtschaftlich bestimmte Wirtschaftsstruktur, nur mäßige Boden- und klimatische Verhältnisse und starke Grundstückszersplitterung drängen zu einer Konsolidierung der Landwirtschaft der Stadt Buchen. Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch die Auflösung nichtlebensfähiger Kleinbetriebe und die Aufstockung lebenswilliger bäuerlicher Mittelbetriebe. Der Kern der Landwirtschaft ist von einem gesunden Lebenswillen erfüllt, leidet aber unter der durch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt bedingten zunehmenden betrieblichen Beengtheit, der ungünstigen äußeren und inneren Verkehrslage und der sozialen Eingengung.

In starkem Maße macht sich der Arbeitskräftemangel bemerkbar. Zusammen mit den mangelhaften Grundbesitz- und räumlichen Verhältnissen verhindert er eine stärkere Intensität der Bewirtschaftung.

Die herrschenden Erbsitten stehen einer Konsolidierung der Landwirtschaft nicht im Wege. Von ihrer Seite droht auch den zu schaffenden Siedlerhöfen nicht die Gefahr einer späteren Teilung. Die Erhaltung der Siedlerbetriebe, die mit erheblichen öffentlichen Mitteln erstellt werden, ist von besonderer Bedeutung und liegt im Interesse der Gesamtwirtschaft.

Zweiter Teil

Die strukturelle Neuordnung der Landwirtschaft
der Stadt Buchen durch die Aussiedlung

A. Zielsetzung und Organisation der Aussiedlung

1. Die gesetzlichen Grundlagen der Aussiedlung und ihre Entwicklung in einigen Bauernländern Europas

Die Aussiedlung in Verbindung mit einer Neuordnung der Flurverhältnisse ist keineswegs eine Errungenschaft unserer Zeit. Aussiedlungen wurden schon vor Jahrhunderten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Bauernländern Europas, insbesondere den nordischen, durchgeführt.

1. Dänemark

Dänemark erließ bereits 1781 ein umfassendes Gesetz zur Verbesserung des Landwesens (Consolidation Act)¹⁾, das eine rasche und durchgreifende Neugestaltung der Flurverhältnisse des Landes ermöglichte. Insbesondere wurde dabei die Aussiedlung von staatlicher Seite forciert. Das Gesetz konnte in seinen Bestimmungen weitgehend zurückgreifen auf die praktischen Erfahrungen, die von den Grafen von Bernstorff bei der Umlegung und Aussiedlung der Bauernhöfe innerhalb ihrer Besitzungen gesammelt wurden. Die Unternehmungen der Grafen von Bernstorff waren von hohen sozialen Ideen getragen. Auf diese Weise wurde das Problem der Flurbereinigung in Dänemark trotz erheblichen Widerstands der betroffenen Bevölkerung vielerorts bis zum Jahre 1835 im wesentlichen gelöst²⁾.

2. Schweden

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Schweden. Die Pläne zur Reform der Flurverfassung fanden seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in mehreren Gesetzen ihren Niederschlag. Insbesondere führten die Gesetze von 1803 und 1827 zu einer starken Grundstückszusammenlegung und durch die Aussiedlung zahlreicher Gehöfte gleichzeitig zu einer

1) Vgl. Skovgaard, K.: Consolidation of Agricultural Land in Denmark, a. a. O., S. 43.

2) Vgl. Skovgaard, K.: ebenda, S. 48.

weitgehenden Auflockerung der Dörfer³⁾.

Der durchgreifende Erfolg der Flurbereinigung in Dänemark und Schweden beruhte vor allem auf der Tatsache, daß in diesen beiden Ländern die Bauern noch keine volle Verfügungsfreiheit über ihr Land erhalten hatten⁴⁾. In Dänemark gehörte im 18. Jahrhundert nahezu der gesamte Boden feudalen Grundherren. Nur ein geringer Teil der Grundstücke wurde von freien Bauern bewirtschaftet. Die kurz aufgesetzten Gesetze konnten daher einfach durch Anordnung die notwendige Neugestaltung der Flurverhältnisse erreichen.

Anders lagen die Verhältnisse in der Schweiz und in Deutschland. Hier war der Boden infolge der Bauernbefreiung bereits im Besitze des Bauernstandes, und die Flurbereinigung mußte zu einer "selbständigen agrarpolitischen Maßnahme werden"⁵⁾.

3. Schweiz

Die Siedlungsformen in weiten Landstrichen der Schweiz, keltischen und germanischen Ursprungs, sind denen Süd- und Westdeutschlands ähnlich⁶⁾. Die alten Bauerndörfer sind oft sehr groß und verfügen meist über ausgedehnte Feldgemarkungen mit Gemeindefluren. Erbteilung und Grundstücksverkehr haben ein Uswiges und führten im Laufe der Jahrhunderte allmählich zu einer starken Parzellierung des ländlichen Grundbesitzes. Im Gegensatz hierzu sind vor allem in den Bergkantonen die Hof-siedlungen mit geschlossen um den Hof liegenden Feldern verbreitet. Sie bedürfen selbstverständlich keiner Flurbereinigung.

Der Notwendigkeit, durch Bereinigung der ländlichen Fluren eine bessere landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen, haben mehrere Kantone im 19. Jahrhundert durch entsprechende Gesetzesrechnung zu tragen versucht. In Zwangsvorschriften gegenüber

3) Vgl. Heckenbach, A.: Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur und Flurverfassung in Schweden, in: Zeitschrift für das gesamte Siedlungswesen, 1955, Heft 9, S. 201.

4) Vgl. Dietze v. D.: Flurbereinigung in internationaler Sicht, in: ZfdgS., 1953, Heft 2, S. 51.

5) Dietze v. D.: ebenda, S. 51.

6) Vgl. Gasperi, H.: Die Flurbereinigung in westlichen Europa, a. a. O., S. 100 fg.

der abstimmanden Minderheit fehlten, war auch der praktische Erfolg dieser Bestimmungen bescheiden. Einen Wandel brachten die für die Flurbereinigung und Aussiedlung geltenden Bestimmungen des "Schweizerischen Zivilgesetzbuches" von 1907 in Verbindung mit dem eidgenössischen Gesetz von 1893, in dem sich der Bund zur finanziellen Unterstützung verpflichtete. Erst jetzt war auch der finanzielle Rückhalt gegeben, die durch die natürlichen Verhältnisse sehr erschwerten und kostspieligen Zusammenlegungen in größerem Umfange zu ermöglichen. Auf Grund der Bundesgesetzgebung haben sich die einzelnen Kantone ihre eigenen Verordnungen über die Güterzusammenlegung gegeben, die in Einzelbestimmungen zum Teil voneinander abweichen, sich aber alle in dem Grundsatz gleichen, daß die Flurbereinigung stets das gesamte Gebiet eines Wirtschaftsbezirks zu erfassen hat, und daß die Minderheit der beteiligten Grundeigentümer dem Willen der Mehrheit unterliegt.

In neuerer Zeit ist in der Schweiz die Aussiedlung zum wesentlichen Bestandteil der Flurbereinigung geworden. Besonders in den Kantonen der deutschsprachigen Schweiz ist die Umlage stets mit mehreren Aussiedlungen verbunden⁷⁾. Bei der Errichtung der neuen Höfe wird mit großer Sorgfalt zu Werke gegangen, wobei die hohen Kapitalinvestitionen durch großzügige Unterstützung von Seiten des Bundes und der Kantone ermöglicht werden.

4. Deutschland

In Deutschland fällt der Beginn der Entwicklung des Flurbereinigungsrechts in eine Zeit, in der die deutschen Länder selbständige Staaten waren⁸⁾. Die Gesetzgebung über die Verbesserung des ländlichen Grundbesitzes war den einzelnen Ländern überlassen. Ihre Anfänge gehen in Preußen auf Friedrich II. zurück. Die ersten Aussiedlungen in Deutschland lassen sich jedoch bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts nachweisen. Seit dieser Zeit wurden im Hochstift Kempten die sogenannten "Vereinödungen"

7) Vgl. Gamperl, H.: Die Flurbereinigung im westlichen Europa, a. a. O., S. 228.

8) Vgl. Gamperl, H.: ebenda, S. 53.

zunächst nach freiem Übereinkommen der Bauern selbst, sodann auf der Grundlage der "Fürstlich-komptabilen Vereinigungsordnung" von 1791 durchgeführt. Sie blieben im wesentlichen jedoch auf Oberachswägen und hier insbesondere auf die Gemarken beschränkt, wo Lehens- und Grundherrschaft in einer Hand vereinigt waren.^{8a)}

In Preußen wurde die Umlage, wie man die Flurbereinigung und Aussiedlung auch bezeichnete, zunächst mit der Gemeinheitsteilung verbunden. Das Gesetz von 1850 erhob sodann die Beseitigung der Namengelege zu "einem wesentlichen Bestandteil der Regulierung gutsherrlich-bäuerlicher Verhältnisse"^{8b)}. Die ersten Erlasse, speziell zu Umlagen, erfolgten in Deutschland in den Herzogtümern Schleswig und Holstein durch die Einkoppelungsverordnungen von 1766, 1770 und 1771.^{8c)} In den übrigen deutschen Ländern wurden erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entsprechende Gesetze erlassen.

Die einzelnen Gesetze beruhten weitgehend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, verlangten zu ihrer Anwendung aber mindestens die Zustimmung der qualifizierten Mehrheit der betroffenen Grundeigentümer. Die Erfolge der Flurbereinigung waren dementsprechend gering und beschränkten sich im wesentlichen auf die Neuanlage und die Verbesserung von Feldwegen. Erst die Reichsumlegungsordnung von 1936 faßte erstmalig die Bestimmungen der einzelnen Länder in einem für das gesamte Deutschland geltenden Gesetz zusammen und ermöglichte die Anordnung eines Flurbereinigungsverfahrens von Amts wegen. Die klare Tendenz der Gesetzgebung von der ursprünglich geforderten Zustimmung von zwei Dritteln der Beteiligten über die einfache Mehrheit bis zum Zwangsprinzip der Reichsumlegungsordnung läßt die wachsende Bedeutung erkennen, die man einer erfolgreichen Flurbereinigung beimieß. Das Amtsprinzip für die Einleitung von Flurbereinigungsverfahren wurde auch in das neue Flurbereinigungsgesetz von 1953 aufgenommen.

8a) Vgl. Miller, Max: Die Vereinigung im ehemaligen Kreis Waldsee, Diss. Freiburg 1954, S. 47.

8b) O. v. Dietze: Flurbereinigung in internationaler Sicht, in Z.f.d.g.B., 1953, H. 2.

8c) Vgl. Miller, Max: ebenda, S. 2.

Während in den älteren Gesetzen, im Gegensatz zu den nordischen Ländern, in Deutschland der Ausweisung landwirtschaftlicher Betriebe keine Bedeutung zugemessen wurde, erhebt das neue Flurneureinigungsgezet die Auflockerung der Dörfer durch die Ausweisung zum landwirtschaftlichen Betrieb als einen der wesentlichen Bestandteile der Neugestaltung des Flurneureinigungsgebietes.

Besondere Bedeutung kommt künftig der Vorplanung zu. Hier erwächst der landwirtschaftlichen Berufsvertretung die wichtige Aufgabe, das Ziel für die zu vereinigende Gemeinde herauszustellen, wobei vor allem die Bestrebungen nach einer besseren Ausgewogenheit der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch allgemeine wirtschaftliche und soziologische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden müssen. Die Vorplanung soll bei der Aufstellung der Grundsätze für die Neugestaltung erörtert und soweit sie möglich berücksichtigt werden.

II. Die Zielsetzung der Aussiedlung in Buchen

Die Aussiedlung von Bauernhöfen kann immer nur in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren durchgeführt werden. Die Notwendigkeit einer Arrondierung der vom Siedlerhof zu bewirtschaftenden Fläche und die Vielfalt der zur Durchführung der Aussiedlung erforderlichen Maßnahmen, die nicht nur den Siedler selbst, sondern weitgehend die Interessen der gesamten Landwirtschaft betreffen, lassen ein isoliertes Aussiedlungsverfahren nicht zu. Das verbundene Flurbereinigungs- und Aussiedlungsverfahren erfordert einen tiefen Eingriff in die Struktur einer Gemeinde. Es bietet aber dadurch die Möglichkeit, Strukturwandlungen zu bewirken und die Landwirtschaft strukturellen Veränderungen in der Gesamtwirtschaft einer Gemeinde anzupassen.

Dabei geht es in Buchen

1. um die Herausnahme der landwirtschaftlichen Betriebe aus dem Stadtkern,
2. um das Auffangen des überflüssigen Landes von Eigentümern landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, die in nichtlandwirtschaftliche Berufe abwandern,
3. um die Bereitstellung von Land für eine geplante Umgehungsstraße.

Die Wirtschaft der Stadt ist gekennzeichnet durch ihren Charakter als Kreis- und Schulstadt und die fortschreitende industrielle Durchsetzung. Die annähernde Verdoppelung der Bevölkerung kam ausschliesslich der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsgruppen zugute. Diese Entwicklung führte zu einer Zurückdrängung des landwirtschaftlichen Bevölkerungsteils und zu dem Zustand, daß die im Stadtkern ansässigen Bauernbetriebe als Fremdkörper angesehen werden. Da die Höfe durchweg in schlechtem baulichen Zustand sind und sich Ställe und Dunglagerstätten in unmittelbarer Nähe von städtischen Wohnsiedlungen befinden, bedeuten sie ein dauerndes Ärgernis für die Nachbarschaft. Die bäuerlichen Mittelbetriebe, die den Kern der Landwirtschaft bilden und in der Bewirtschaftung ihres Hofes eine Lebensaufgabe sehen,

leiden darunter. Neben diesen erogenen Einflüssen leiden sie ebenso unter der starken Grundstückszersplitterung. Fassen wir die für die Notwendigkeit der Flurbereinigung wesentlichen Merkmale⁹⁾ zusammen, so ergibt sich für Buchen die höchste Dringlichkeitsstufe (Dringlichkeitsstufe I).

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist besonders auch in psychologischer Hinsicht für die Landwirtschaft bedeutungsvoll. Das neu geschaffene soziale Klima ist dem Bäuerlichen abträglich. Je stärker die nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten anwachsen, um so isolierter fühlt sich der einzelne Bauer. Er vergleicht seine Lage mit der der anderen und wird meist resigniert feststellen, daß er mit ihren Lebensgewohnheiten nicht Schritt halten kann. Er wird kaum mehr beachtet oder gar bemitleidet.

Die Lösung dieses Problems, die Herausnahme des Bauern aus der Vereinsamung der wachsenden Industrieorte, erfordert eine strukturelle Neugestaltung der Siedlungsform: die Bildung von neuen Weilern in den Außenbezirken der Gemarkung. Hier können rationell gebaute Höfe mit optimaler Betriebsgröße entstehen, können neue Nachbarschaften und ein dem Bäuerlichen angepaßtes soziales Klima heranwachsen.¹⁰⁾

Doch so günstig auch die Verhältnisse sein mögen, die der Siedler auf seinem neuen Hof antrifft, sie können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Aussiedlung eine tief in die Lebensführung der Siedlerfamilie einschneidende Maßnahme bedeutet. Die Aussiedlung kann deshalb nur auf freiwilliger Grundlage durchgeführt werden.

Man darf die Aussiedlung aber nicht nur aus dem Blickwinkel der Aussiedler beurteilen, sondern muß auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen. Sie bestehen vornehmlich in der Schaffung gesunder Verhältnisse in dem

9) Vgl. Sahn u. F.: Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Flurbereinigung, Stuttgart 1950, S. 65 fg.

10) Vgl. Freundorfer, L.: Um die Zukunft der Bauern, in: ZfdgS., Heft 2, S. 26, 1955.

bisher bedingten Stadtgebiet, in der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und in der Möglichkeit wirksamer Arrondierung und Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Nutzfläche der im Stadtgebiet noch verbleibenden Betriebe in Stadtnähe. Durch die gemeinsam durchgeführten Maßnahmen der Flurbereinigung und Aussiedlung läßt sich eine solche Neuordnung des Raumes erreichen, daß er auf die Dauer volkswirtschaftlich am besten genutzt wird.

Sehr nachteilig wirkt sich beim Siedlungsverfahren Buchen die Tatsache aus, daß die Flurbereinigung wegen Personalmangel des Flurbereinigungsausschusses nicht gleichzeitig mit der Aussiedlung durchgeführt werden kann. Doch können die damit verbundenen Nachteile durch freiwilliger Landnutzungswechsel wesentlich vermindert werden. Buchen besitzt die für ein Tauschverfahren erforderliche Reife.

Neben der bereits in Durchführung begriffenen Herausnahme von 10 Bauernhöfen aus der Stadt besteht in Buchen die Neigung, das Aussiedlungsverfahren weiterzuführen mit dem Ziel, die restlichen in der Stadt befindlichen Betriebe zu verlagern und letztlich einen Kranz von Aussiedlerhöfen um Buchen zu bilden. Die Neigung zur Aussiedlung bleibt nicht allein auf Buchen beschränkt. Sie erstreckt sich auch auf die Nachbargemeinden, von Seesach über Walldürn bis Hardheim.

Gleichzeitig mit dem Siedlungs- bzw. Flurbereinigungsverfahren in Buchen soll auch der langgehegte Plan des Baus einer Umgehungsstraße verwirklicht werden. Mit Recht wird immer wieder die Forderung erhoben, bei der Planung des Wegennetzes bei einer Flurbereinigung eine möglichst weitgehende Trennung des Durchgangsverkehrs vom Ortsverkehr anzustreben. Damit ergibt sich die Frage, ob eine Verlegung der Hauptverkehrsstraße zweckmäßig ist. Dies besonders in den Fällen, wo es sich um eine eigentliche Durchgangsstraße mit hoher Frequenz handelt, und wo es gilt, diesen Verkehr aus einer enggebauten Ortschaft herauszunehmen. In Buchen ist die Bundesstraße 27, die in drei unüberwindlichen Kurven durch die Stadt führt, infolge des ständig wachsenden Verkehrs zu einem nicht mehr zu verantwortenden Gefahrenherd geworden.

- 17 -

Für den Bau einer Umgehungsstraße ist eine völlig neue
Lassenführung erforderlich, die in bestmöglicher Richtung die
Stadt in einem Bogen umfährt. Sie stellt nicht nur
verkehrstechnisch, sondern auch in ökonomischer Hinsicht
die beste Lösung dar. Die Herstellung des der eidgenössischen
Landesverwaltung keine besonderen Schwierigkeiten, wenn sie
im Rahmen eines Flurberaumungsverfahrens erfolgen kann.¹¹⁾

Die Umgehungsstraße wird etwa 6 - 10 ha Gelände in Anspruch
nehmen, also nicht mehr 1 % der Flurberaumungsfläche.
Ihr Verlauf ist in der Karte 1 : 5000 eingezeichnet
(siehe Anhang⁺).

11) Vgl. Tanner, H. : Güterauslagerung und Durchgangss-
traße, in: "Ersatz und Verkehr", Sonderdruck, Band 30,
Heft 4, Zürich 1949.

+ Siehe Anmerkung Seite 23.

III. Die Auswahl und Rechtsstellung der Siedler

1. Die Auswahl der Siedler

Die Auswahl der Siedler erfolgt vom Siedlungsträger in Einklang mit dem zuständigen Bundes- und Kreisbauernrat, der sich aus Vertretern des Landwirtschafts-, des landwirtschaftlichen Berufsverbands, der Siedler und der örtlichen Bauernschaft zusammensetzt. Die Siedlungsbewerber haben beim Ortsbauernrat einen Antrag auf Anstellung eines Siedlerbewerbers für Vollbauernstellen einzureichen. Der Ortsbauernrat gibt den Antrag mit einer Stellungnahme an den Kreisbauernrat, der ihn seinerseits mit einer Stellungnahme der oberen Siedlungsbehörde zur Entscheidung zusendet. Der Siedlungsträger darf nur solche Siedlungsbewerber berücksichtigen, die in Besitz eines Siedlerwohnheims sind. Gegen die vom Siedlungsträger getroffene Auswahl steht dem Siedlerbewerber ein Beschwerderecht bei der oberen Siedlungsbehörde zu¹²⁾.

Die Auswahl der Siedler wird vorwiegend nach drei Gesichtspunkten vorgenommen:

- a) **Fachliche Eignung.** Der Siedlerbewerber muß die Gewähr bieten, den weitgehend mit hohen öffentlichen Mitteln errichteten neuen Hof tüchtig und mit Freude am Beruf zu bewirtschaften. Nur so kann das mit der Ausweisung erstrebte volkswirtschaftliche Ziel der Schaffung gerundeten Bauerntums erreicht werden.

Neben der fachlichen Eignung des Bewerbers wird auch seine Familie und der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte Beachtung geschenkt. Zum einen soll ein Erbe vorhanden sein, der den Betrieb weiterzuführen in der Lage ist; zum anderen soll das Problem der Versorgung mit Arbeitskräften, das gerade auch in hohen Schwierigkeiten besteht, durch die Bereitstellung ausreichender eigener Arbeitskräfte innerhalb der Familie gelöst werden können.

- b) **Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche,** die den Siedlerbewerbern zur Verfügung steht. Eine schwierige Aufgabe

¹²⁾ Vgl. Das Verfahren in der ländlichen Siedlung in der Bundesrepublik, in: Schriften der GfK, 1955, Heft 1, S. 8.

bildet in einem Siedlungsverfahren stets die Basisierung des zur Errichtung der Vollerwerbsstellen erforderlichen Landes. Grund und Boden sind unverwundbar und im Siedlungsgebiet im wesentlichen nur durch Landeinzufuhr der Siedler, in geringem Maße auch durch Landankauf oder durch Landanfall aus der Bodenreform hergestellt. Je weniger Land aus Ankaufen oder aus der Bodenreform zur Verfügung steht, um so größere Bedeutung kommt dem Umfang des Grundeigentums zu.

- c) Öffentliches Bedürfnis. Im Rahmen einer Neuordnung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse rückt die Aussiedlung der im Dorfe eingezogenen Betriebe und damit die Dorfauflockerung immer mehr in den Vordergrund. Die zehn im Stadtkern in Buchen ansässigen und in Aussiedlung begriffenen Betriebe müssen unter unwahrscheinlich schlechten innerbetrieblichen Verhältnissen wirtschaften. Dabei bilden sie in zunehmendem Maße ein Hindernis für den öffentlichen Verkehr und erregen durch die unumgänglichen Arbeiten, wie Dunglagerung, Dungfahren und durch die Düstungen aus den Viehställen allgemeines Ärgernis. Das sich hieraus ergebende öffentliche Bedürfnis der Aussiedlung spielt eine wichtige Rolle bei der Siedlerauswahl.

Neben den zehn einheimischen Landwirten, die nach den aufgezeigten Gesichtspunkten ausgewählt wurden, erhalten im Siedlungsverfahren Buchen auch zwei Flüchtlingsiedler neue Höfe.

2. Die Rechtsstellung der Siedlerstelle¹³⁾

Ziel der Siedlung ist, daß der Siedler einmal das Eigentum an seiner Siedlerstelle erhält. Der Grundsatz, nur der gewöhnliche, wirtschaftlich tätige Siedler anzusetzen zu machen, bedingt die Einbehaltung einer Probezeit, die im Bereich der Reichsland-siedlung drei Jahre beträgt. Nach dieser Zeit erfolgt die Übergabe des Hofes, und damit zieht sich der Siedlungsträger aus dem Verfahren zurück. Während der Probezeit kommt dem Siedler eine gesicherte Rechtsstellung zu, die "Anwartschaft". Das Anwartschaftsrecht darf dem Siedler nicht bestritten werden, wenn er seine Pflichten nicht verletzt. Der Anspruch auf Übertragung des Eigentums ist zwar an die Bewährung während der Probezeit und die Voraussetzung geknüpft, daß er die behördliche Zulassung erhält, darf aber nicht durch einseitige Verfügung seitens des Siedlungsträgers beeinträchtigt werden.

Der Siedler wird zunächst bis zur Übertragung des Hofes geschützt. Erfüllt er die gestellten Bedingungen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung während der drei Probejahre, so verleiht sich die Anwartschaft zu einem mehr vermögensrechtlichen Anspruch auf Übertragung des Eigentums.

Doch auch nach der Übergabe der Siedlerstelle ist die Verfügungsbefugnis des Siedlers durch das Wiederkaufsrecht des Siedlungsunternehmens eingeschränkt. Das im Reichslandungsgesetz formulierte Wiederkaufsrecht hat in der Hauptsache den Zweck, die Siedlerstelle auf die Dauer ungeschmälert als lebensfähige Wirtschaftseinheit in der Hand eines selbstwirtschaftenden Eigentümers zu erhalten und daher zu sichern, Spekulationsobjekt zu werden.¹⁴⁾ Es liegt im öffentlichen Interesse, daß neuangelegte Siedlungen auf die Dauer erhalten bleiben. Aus diesem Grunde hat der Staat seit Beginn der neuzeitlichen Siedlungspolitik in Deutschland, das Landungsgesetz von 1886, den Siedlern die Siedlerstelle nicht an unbefugten Eigentümern übertragen,

13) Vgl. im folgenden, o. V.: Die Rechtsstellung des Siedleranwärters in: Z.f.d.g.S., 1954, S. 14.

14) Vgl. Heckenbach, A.: Zur Geschichte der siedlungsrechtlichen Eigentumsbindungen, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 6, S. 121 fg.

sondern das Siedlereigentum immer gewissen gesetzlichen Beschränkungen unterworfen, um zu verhindern, daß der Erfolg nachträglich vereitelt oder rückgängig gemacht werden könnte.

Das Wiederkaufrecht des Reichscolonialgesetzgebers hat seinen Vorläufer im preussischen Rentengüterrecht. Nach § 20 RRG kann das gemeinnützige Siedlungsunternehmen das Wiederkaufrecht für eine von ihm begründete Siedlerstelle ausüben, wenn der Ansiedler als ganz oder teilweise in Familienufrente veräußert, oder wenn er sie nicht dauernd bewohnt oder herrschaftet. Das Wiederkaufrecht des Reichscolonialgesetzgebers ist im Gegensatz zum preussischen Wiederkaufrecht bei Rentengütern ein gesetzliches Wiederkaufrecht, das in Grundbuch eingetragen werden muß.

Neben diesem gesetzlichen Wiederkaufrecht kann zwischen Siedlungsträger und Siedler ein vertragliches Wiederkaufrecht vereinbart werden, das bei Teilung der Siedlerhöfe bzw. bei Abtrennung von Grundstücken in Kraft tritt.

Die Dauer des Wiederkaufrechtes muß im Ansiedlungsvertrag vereinbart werden. Eine zeitlich unbegrenzte Festlegung ist nach einem Beschluß des Oberlandensgerichtes Stuttgart vom 29. 1. 1934 unzulässig. Das Landessort für Flurbereinigung und Wiedlung set auf Grund dieses Beschlusses das Wiederkaufrecht der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen nach § 20 RRG für vollbäuerliche Stellen befristet:

das gesetzliche Wiederkaufsrecht auf 90 Jahre,

das vertragliche Wiederkaufsrecht auf 60 Jahre.

Die maximale Wiederkaufssumme beträgt 90 % der Gestehungskosten, zuzüglich Wertsteigerungen, abzüglich Wertminderungen. Neben dem Wiederkaufsrecht wirkt auch die Belastung durch Renten einer Teilung der Siedlerhöfe entgegen. Der gewährte Kredit kann zurückgefordert werden, wenn die Siedlerstelle ohne Genehmigung der Siedlerbehörde gewillt, veräußert, aufgegeben oder verpachtet wird.

Stirbt der Siedler, nachdem ihm die Siedlerstelle übertragen wurde, so geht diese als Vermögensbestandteil auf den Erben über.

Die Beteiligungsunternehmen sind jedoch der Übergang des Eigentums
an einem zur Geschäftsführung und Verwaltung des Vermögens

Die aufgewiesenen Verfügungsrechte über die Beteiligungen
wirken dahin, das Eigentum in Bausachen nicht eine Grille
durchzuführen, sondern durch einen planmäßigen Übergang
unabhängig eingetragener Personen wieder zu einem
Kontinuum. Die einschlägigen Bausachen unterliegen nicht
der Erkenntnis, das Eigentum ist ein Recht, das
nach dem Inhalt des Gesetzes, das Eigentum ist ein
nachfolgendes Geschäft, das eine gewisse Anerkennung
sein wird. Wer seine Familie möglichst auf Generationen hinaus
mit einem lebendigen Geist verbinden will, kann in Bausachen
Verhinderung einer Teilung seiner Bausachen eine gewisse
sehen.

IV. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Auszubildendenhöfe

1. Die Grundeigentumsverhältnisse

Die Grundeigentumsverhältnisse der Siedlerhöfe unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der übrigen landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt. Abgesehen von zwei Betrieben, die ausschließlich Pachtland bewirtschaften, ist das Eigentümerland jedoch stärker vorherrschend als im Mittel der gesamten Betriebe der gleichen Größendklasse Buchens. Diese Erscheinung erklärt sich aus der Tatsache, daß sich die Siedlerhöfe in besonders ungünstigen innerbetrieblichen Verhältnissen befinden. Ihre beengte Lage gestattet nicht eine nennenswerte weitere Vergrößerung der Nutzflächen durch Pachtland. Dies brachten die Betriebsleiter immer wieder zum Ausdruck. Im einzelnen sind Eigen- und Pachtlandanteil der zehn Siedlerbetriebe aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich.

Anteil des Pachtlandes an der LM

Tabelle 18 +

Betrieb Nr.	LM ha	davon Pachtland	
		in ha	in % der LM
1	9,55	2,66	27,9
2	9,96	1,45	14,6
3	10,21	1,52	14,9
4	10,96	0,85	7,8
5	11,19	1,55	13,9
6	12,87	1,23	9,6
7	12,97	1,01	7,8
8	14,53	0,06	0,4
9	15,93	15,73	99,8
10	19,02	19,02	100,0

+ Quelle: Unterlagen des Grundbuchamtes der Stadt Buchen.

Sehen wir von den beiden Pachtbetrieben ab, so stellen wir fest, daß die Siedlerhöfe im Mittel 12 % ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche zugepachtet haben. Der Pachtland-

Anteil für die gesamten Betriebe der Stadt (ohne reine Pachtbetriebe) in der Größenklasse 10 - 20 ha beträgt dagegen über 10 %. Wie bereits erwähnt, lassen die besagten Hofverhältnisse eine weitere Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, wie sie von den Betriebsleitern angestrebt wird, nicht zu. Eine Ausnahme stellt Betrieb Nr. 1 dar, der fast 28 % seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche zugepachtet hat. Bei ihm sind auch tatsächlich die Wirtschaftsgebäude ausreichend und die räumlichen Verhältnisse günstiger. Der Ausschluss der Aussiedlung gab bei ihm die Lage des Hofes an einer äußerst belebten Hauptverkehrsstraßenseite, die den innerbetrieblichen Hof - Feldverkehr nahezu unmöglich machte.

Das Pachtland besteht zum großen Teil aus Einzelparzellen, die von den sich auflösenden Betrieben, häufig als Anliegergrundstücke, oder von sonstigen Grundbesitzern hinzu erworben wurden. Die beiden Pachtbetriebe Nr. 9 und 10 wurden geschlossen in Pacht genommen. Während die zugepachteten Ackerparzellen, die die zugepachteten Wiesengrundstücke weit übersteigen, vor allem der Vergrößerung und Abrundung der eigenen Teilstücke dienen, sollte durch die Zupacht von Wiesenparzellen der Anteil des Grünlandes an der LM erhöht werden. Die Pachtpreise liegen zwischen 80 und 100 M/ha, je nach dem, ob es sich um ortsnahe oder ortsferne Grundstücke handelt.

2. Die Betriebsgrößen

Die Untersuchungsbetriebe wurden nach steigender Wirtschafts- bzw. landwirtschaftlicher Nutzfläche geordnet. Da auch der kleinste Betrieb nahe der 10 ha-Grenze liegt, können wir die Siedlerhöfe durchweg als Mittelbetriebe bezeichnen. Ein besonderes Augenmerk sei deshalb noch einmal auf die Betriebsgröße geworfen, weil diese direkt und indirekt Organisation und Wirtschaftsergebnis landwirtschaftlicher Betriebe zu beeinflussen vermag.

Die Flächengröße der Untersuchungsbetriebe

Tabelle 19+

Betrieb Nr.	Wirtschafts- fläche in ha	ldw. Nutz- fläche in ha
1	9,60	9,55
2	10,07	9,98
3	10,51	10,2
4	11,03	10,96
5	11,63	11,13
6	13,42	12,87
7	13,09	12,97
8	14,53	14,53
9	16,02	15,93
10	19,45	19,02
im Ø	12,95	12,72

Wirtschaftsfläche und landwirtschaftliche Nutzfläche der einzelnen Betriebe differieren nur um wenige ar. Lediglich bei den Betrieben Nr. 3, 5 und 10 ist die Differenz etwas größer. Es sind dies die Betriebe mit Waldbesitz zwischen 20 und 37 a.

3. Die Erzeugungsgrundlagen

a) Die landwirtschaftliche Nutzfläche

aa) Bodenverhältnisse

Einen Eindruck von Boden- und natürlichen Verhältnissen der Untersuchungsbetriebe mögen die Einreihungswerte vermitteln.

Einreihungswerte der Untersuchungsbetriebe
Tabelle 20+

Betrieb Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Einreihungs- wert	1081	1177	1134	1095	1134	1391	1172	1391		1133

Die Werte zeigen im ganzen keine großen Schwankungen und bringen eine mittlere Ertragsfähigkeit des Bodens zum Ausdruck. Innerhalb der einzelnen Betriebe dagegen sind die Böden sehr wechselreich. Es gibt Teilstücke, die dreierlei Bodenwerte

+ Quelle: Unterlagen des Grundbuchamtes der Stadt Erlangen.

zwischen 45 und 70 aufweisen. Neben mittleren Güteklassen, die vorherrschend, sind hochverfüllt, aber auch sehr schwere, nasse und arme Böden anzutreffen. Im Durchschnitt liegen die Bodenzustandzahlen bei 45.

bb) Innere Verkehrslage

Eine Darstellung der inneren Verkehrslage der einzelnen Betriebe hat für die Begründung der Notwendigkeit der Ausweisung besonderer Aussagewert. Die schlechte innere Verkehrslage ist einer der Faktoren, die den Siedlerhöfen am meisten zu schaffen machen. Einige wichtiger Merkmale der inneren Verkehrslage sind in Tabelle 21 dargestellt.

Die Anzahl der Teilstücke der einzelnen Betriebe schwankt zwischen 32 und 62. Dabei wurden zusammenhängende Grundstücke mit mehreren Grundstücksnummern als ein Teilstück gerechnet. Die durch Befragung der Betriebsleiter festgestellte und in Tabelle 21 dargestellte Zahl der Teilstücke ist dadurch geringer als die im Grundbuch ersichtliche Zahl der Grundstücke. Bemerkend ist, daß nicht ein einziger der befragten Betriebsleiter die Zahl seiner Teilstücke sofort aus dem Gedächtnis angeben konnte, sondern sie erst mühen und unter Mithilfe der Bauersfrau auszurechnen mußte.

Eine Erklärung für die starke Parzellierung ergibt sich nur zum Teil aus den Erbsitten. Vielmehr trägt der zu Buchen unmittelbare rege Grundstücksverkehr wesentlich zur heutigen Zusammensetzung der Grundflächen bei. Mehrere Betriebe begannen aus kleinen Anfängen und wuchsen erst im Laufe des Jahre durch fortgesetzten Landwerb ihre Fläche auf den heutigen Umfang auszuweiten. Bei Gesprächen mit Eigentümern kam das sehr häufig zum Ausdruck. Die Aufsteckung zu selbständigen Bauernwirtschaften stand im Zusammenhang mit dem Übergang der in der Stadt so zahlreichen Handwerke- und Lehnerwirtschaften in reine Gewerbebetriebe.

Aus der in der Gegenüberstellung zu den Wiesengrundstücken wird

Merkmale der inneren Verkehrsverläge der Stadlerhöfe

Tab. 11. 21 +

Strich	Zahl der Teilnehmer Lokale	davon		Fische der Stadlerhöfe		Zahl der Stadlerhöfe	Zahl der Stadlerhöfe
		Ackerfeldstücke	Wasserteilstücke	Wasserteilstücke	Wasserteilstücke		
1	68	58	10	23	53	9	3,3
2	32	32	12	25	64	10	2,8
3	42	31	11	22	104	4	2,6
4	38	25	12	30	55	10	3,0
5	33	27	6	25	44	11	2,0
6	42	34	8	31	52	10	2,7
7	38	38	10	25	80	15	2,0
8	40	35	5	35	144	9	3,5
9	52	45	9	20	51	7	1,5
10	38	35	5	40	185	11	1,5
Summe	419	352	8,1	27,8	68,5	9,7	3,6

Tab. 11. 21. Aufgaben der Stadlerhöfe bei inneren Verkehrsverlägen.

größeren Zahl von Ackerparzellen darf ohne weiteres der Schluss gezogen werden, daß das Ackerland weit mehr zersplittert sei als das Dauergrünland. Tatsächlich besteht kein wesentlicher Unterschied in der Größe der Acker- und Wiesenparzellen. In der geringeren Zahl der Wiesenparzellen kommt vielmehr zum Ausdruck, daß das Dauergrünland flächenmäßig absolut geringer ist als das Ackerland.

Die Flächenstücke der einzelnen Betriebe liegen ausnahmslos auf der ganzen Gemarkung verteilt. Ein Betriebsleiter errechnete, daß er eine Wegstrecke von über 150 km zurücklegen müßte, um vom Hof aus zu jeder seiner Parzellen zu kommen. Der durch die starke Zersplitterung herbeigeführte Zustand wird dadurch noch verschlechtert, daß mehrere Gewanne nur auf der sehr verkehrsreichen Bundesstraße 27 zu erreichen sind. Der weiter anwachsende Verkehr, vor allem der Lastwagenverkehr, bildet für diese landwirtschaftlichen Betriebe in zunehmendem Maße ein Hindernis, wie umgekehrt die landwirtschaftlichen Fuhrwerke für den Straßenverkehr ein ständiges Hindernis bedeuten.

Die Hof - Feldentfernung beträgt bis zu 4 km. Zwar konnten einige Betriebe durch die Anschaffung eines Schleppers die Anfahrzeit wesentlich verkürzen, doch sind die Nachteile der weiten Entfernungen immer noch groß. Vor allem ist dabei zu beachten, daß wegen der geringen Durchschnittsgröße der Parzellen ein mehrmaliger Ortswechsel im Laufe des Arbeitstages erforderlich ist, nicht selten in entfernt liegende Gewanne. Dabei sind oft starke Höhenunterschiede zu überwinden, die bei den unmotorisierten Betrieben sehr ins Gewicht fallen.

Neben diesen sich vorwiegend auf die Außen- und Feldarbeiten auswirkenden Faktoren der inneren Verkehrslage kommt bei den Siedlerhöfen noch die Ungunst ihrer Lage im Stadtkern hinzu. Mit einer Ausnahme (Betrieb Nr. 1) liegen sie alle in engen oder winkligen Gassen. Bei den notwendigen Arbeiten wie Düngeladen u. s. ist stets die ganze Gasse blockiert. Eine Ausweichmöglichkeit für die Fuhrwerke gibt es nicht. Bezeichnend

darüber, wie man die unübersierigen Verkehrsverhältnisse zu überwinden mußte, war das Beispiel der Hausnummeren 6 und 8 sein, die für die Bruteninfuhr, um nicht in dauernde Kollision zu geraten, die Regelung trafen, daß jeder immer von einer bestimmten Seite her durch die Gasse zu seinem Hof einfahren dürfe. Das bedeutet, daß jeder, falls er aus einer seiner ausgewiesenen Einfuhrrichte entgegengesetzten Richtung vom Feld in die Stadt einführt, stets den halben Stadtkern umfahren muß, um richtig einbiegen zu können. Eine andere Möglichkeit, um Störungen bei der Bruteninfuhr zu vermeiden, gibt es nicht. Ebenso muß Betrieb Nr. 4, wenn er mit einem beladenen Kntewagen aus westlicher Richtung in die Stadt kommt, den Stadtkern umfahren, um aus Ostüber Richtung in die Gasse einbiegen zu können, da der Eingang auf der westlichen Seite für einen Kntewagen zu eng ist.

Weitere direkt mit dem Wirtschaftshof zusammenhängende Beziehungen zur inneren Verkehrslage werden im nächsten Abschnitt dargelegt.

b) Der Wirtschaftshof

Rund 70 % der Arbeitskräftebedarfe entfallen auf die Innenwirtschaft. Der Arbeitskräftebedarf ist um so größer, je ungünstiger die Verhältnisse des Wirtschaftshofes sind. Alte, unrationelle Wirtschaftsgebäude bedeuten deshalb eine starke Belastung für den Betrieb.

Die bei allen Stadlerbetrieben anstehende unrationelle Gestaltung des Wirtschaftshofes erklärt sich aus der besengten räumlichen Lage innerhalb des Stadtkernes; die Stadlerbetriebe sind ausnahmslos alleingekammerte Betriebe. Nicht einer der zehn Untersuchungsbetriebe verfügt über einen ausreichenden Hofraum, mehreren Betrieben steht überhaupt keiner zur Verfügung, einige andere müssen ihn mit Nachbarn teilen. Lärm und Streit sind dadurch oft unvermeidlich. Die Betriebsgebäude sind einerseits mit Nachbarhäusern geradezu verschachtelt und stehen zum Teil auch im Miteigentum von Angrenzern, andererseits sind sie unausgesprochen

und liegen in räumlich großer Entfernung voneinander. Die Betriebe, deren ursprünglicher Gebäuderaum nicht mehr ausreichte, mußten in ihrer eigenen oder weiteren Nachbargemeinschaft Wirtschaftsgebäude mieten oder zukaufen. Zwei Betriebe bauten sich nach dem Kriege am Stadtrand eine Scheune, gleichzeitig in der Absicht, später ihren gesamten Wirtschaftshof dorthin zu verlegen. Die notwendige Ergänzung des Gebäuderaumes führte dazu, daß

Betrieb Nr. 2	zwei	Scheunen,	deren	eine	in	700 m	Entfernung,
"	"	3 "	"	"	"	30 m	"
"	"	4 "	"	"	"	40 m	"
"	"	5 "	"	"	"	100 m	"
"	"	6 "	"	"	"	900 m	"
"	"	7 drei	"	"	zwei	100 m	"
"	"	9 zwei	"	"	eine	300 m	"

von Wirtschaftshof benötigt werden, um die Vorräte unterzubringen. Daraus ergibt sich eine große Arbeitsbelastung. In der Regel kann in der beim Wirtschaftshof liegenden Scheune nur das Bau-
futter untergebracht werden; Stroh, Hüben und Futterkartoffeln müssen in den Zweitscheunen gelagert und von dort jeweils zum Hof transportiert werden.

Die Wirtschaftsgebäude sind durchweg eng, winklig, hochgebaut und daher unrationell. Zum Abladen der Entwagen sind stets drei bis vier Arbeitskräfte erforderlich. Um das Entgut überhaupt unterbringen zu können, ist Betrieb Nr. 8 gezwungen, das Getreide sofort vom Wagen zu dreschen und das Stroh auf Feld zu setzen. Einige Betriebe versuchten durch Inbetriebnahme einer Hackselmaschine, sofern die Aufstellung räumlich möglich war, die Baumenge zu überwinden.

Für die Unterbringung der Feldmaschinen ist in der Regel in den eigenen Gebäuden kein Raum. Die Maschinen bleiben zunächst im Freien stehen; im Winter versucht man dann, sie bei Nachbarn oder Bekannten unterzustellen. Einige Betriebsleiter nehmen ihre Maschinen wie Bindermäher, Grasmäher und Drillmaschine nach Gebrauch auseinander und bewahren sie in Einzelteilen auf, um Raum zu sparen. Die damit verbundene starke Arbeitsbelastung muß in Kauf genommen werden.

Die ungünstigen Hofverhältnisse treten bei der Betrachtung der Viehställe besonders in Erscheinung. Mit einer Ausnahme (Betrieb Nr. 1) sind diese, eng, dunkel und feucht. Meistens befinden sie sich unter einem Dach mit dem Wohnhaus. Ein als Kude angebrachtes Fenster der oft langen und schmalen Ställe kann nicht für ausreichende Lüftung und Belichtung sorgen. Betrieb Nr. 2 kommt auch am Tage nicht ohne elektrisches Licht aus. Die überall anzutreffende Unsauberkeit ergibt sich aus der Anlage der Ställe. So musste beispielsweise Betrieb Nr. 2 zur Erweiterung des Viehstalles einen Teil des früheren Kellers hinzunehmen. Bei Betrieb Nr. 6 war noch bis vor wenigen Jahren der Zugang zum Stall nur durch den Hausflur möglich. Futtergang und Selbstfütteranlage sind nur in Ausnahmefällen anzutreffen. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse bei Betrieb Nr. 4, der zur Unterbringung seines Viehbestandes einen zweiten Stall mieten und in Betrieb nehmen musste. Die Arbeitskräfte, die durch die Viehwirtschaft ohnehin stark in Anspruch genommen werden, sind dadurch doppelt belastet. In anderen Betrieben wiederum ist der Viehstall so stark besetzt, daß sich die Tiere gegenseitig drängen und die Pflegearbeiten zur Plage werden.

In den Schweineställen sind die Verhältnisse kaum noch tragbar. Die Ställe sind dunkle, feuchte Löcher, ohne jegliche Lichtzufuhr; für die Tiere ein Kerkar. Dadurch, daß sie sich in mehreren Fällen direkt unter dem Wohnteil befinden, wird die Wohnung von einem penetranten Geruch durchzogen.

Die Dungstätten befinden sich vor dem Wohnhaus und bilden für die umliegenden Wohnhäuser immer wieder Anlaß zu Ärger. Keller- und Speicherräume sind unzureichend. Die Rüben lagern teilweise über den Kartoffeln, so daß sie immer erst entfernt werden müssen, um an die Kartoffeln gelangen zu können. Häufig müssen zu ihrer Unterbringung auch noch Mieten angelegt werden. Der Speicher befindet sich in der Regel im Dachgeschoß des Wohnhauses. Der Transport des Getreides auf dem Rücken nach oben bedeutet eine starke Belastung. Reicht in guten Jahren der Speicherraum nicht aus, so wird die eine oder andere leer stehende Stube als Getreidelagerplatz benutzt.

Es mag bei diesen Verhältnissen kaum noch vermieden, wenn mehrere Betriebsleiter aus Mangel an Arbeitskräften, daß ihre Betriebe ohne Möglichkeit zur Ausdehnung ausbleiben würde. Sie könnten es trotzdem Ertrag bringen, unter den gegebenen Umständen weiterzuentwickeln. Hier erscheint also die Ausdehnung als letzte Maßnahme, um lebenswillige Betriebe vor Auflösung zu bewahren.

4. Die Betriebsorganisation

Die Organisationsform eines landwirtschaftlichen Betriebes ist von zwei Kräftegruppen abhängig: Einerseits von den natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines Betriebes. Da diese an einem bestimmten Standort immer nur einem Produktionszweig günstigste Erzeugungsbedingungen gewähren, bewirken sie eine gewisse Tendenz zur einseitigen Ausrichtung der Betriebsorganisation. Andererseits ist sie abhängig von den Verhältnissen, die sich aus dem Streben nach einem harmonischen landwirtschaftlichen Betrieb ergeben.

Um nachhaltig eine hohe Ertragsfähigkeit des Hofes zu erhalten, wird ein möglichst harmonischer Ausgleich angestrebt. Er findet seinen Ausdruck in der Organisation eines Betriebes¹⁵⁾.

15) Vgl. Gaeding, B.: Grundlagen und Methodik des ländl. Betriebsvergleichs. Schriftreihe des LFV, Bd. 8, S. 17, 1954.

a) Nutzflächen- und Anbauverhältnisse

Zur Kennzeichnung der Bodennutzung der Untersuchungsbetriebe dienen die Zahlenwerte der folgenden Tabellen:

Das Nutzflächen- und Anbauverhältnis der Untersuchungsbetriebe in ha LN 1955

Tabelle 22a⁺

Betrieb Nr.	LN	Ankerland insgesamt	davon			Dauer- grünland	Brache
			I	II	III		
1	9,55	8,70	3,32	1,23	2,15	2,66	0,19
2	9,96	5,82	3,10	1,00	1,72	3,66	0,48
3	10,21	7,56	4,18	2,20	2,18	2,65	—
4	10,96	7,80	4,20	1,40	2,20	2,83	0,33
5	11,19	9,25	4,95	1,15	3,15	1,14	0,80
6	12,87	9,90	5,25	2,20	2,45	2,27	0,70
7	12,97	10,72	5,10	1,70	3,92	2,25	—
8	14,53	10,96	6,77	1,86	2,33	2,93	0,64
9	15,93	12,58	6,00	3,75	2,75	3,43	—
10	19,02	14,74	6,81	1,85	6,08	2,34	2,94
Insges.	127,19	95,05	49,68	17,34	28,93	26,16	5,08

Das Nutzflächen- und Anbauverhältnis der Untersuchungsbetriebe in % der LN 1955

Tabelle 22 b⁺

Betrieb Nr.	LN	Ankerland insgesamt	davon			Dauer- grünland	Brache
			I	II	III		
1	100,0	70,2	34,8	12,9	22,5	27,8	2,0
2	100,0	58,5	31,2	10,0	17,3	36,7	4,8
3	100,0	74,1	40,9	11,8	21,4	25,9	—
4	100,0	71,2	38,3	12,7	20,2	25,8	3,0
5	100,0	82,7	44,2	10,3	28,2	10,2	7,1
6	100,0	77,0	40,8	17,2	19,0	17,8	5,4
7	100,0	82,7	39,3	13,2	30,2	17,3	—
8	100,0	75,4	46,6	12,8	16,0	20,2	4,4
9	100,0	78,5	37,8	23,5	17,2	21,5	—
10	100,0	77,5	35,7	9,8	32,0	12,3	10,2
insges.	100,0	75,4	39,1	13,6	22,7	20,6	4,0

I Getreide
II Hackfrüchte
III Ankerfutter

+ Quelle: Bodennutzungserhebung 1955.

Der Schwerpunkt der Bodennutzung liegt beim Ackerbau; das Ackerland umfaßt über 75 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Es tritt bei den Siedlerbetrieben noch stärker hervor als in der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Buchen.

Das Nutzflächen- und Anbauverhältnis in % LN 1955

- a) der Untersuchungsbetriebe
b) der gesamten ldw. Betriebe Buchens

Tabelle 23+

Betriebe	LN	Ackerland Insgesamt	Jahron			Dauer- grünland	Wiese
			I	II	III		
a	100,0	75,4	59,2	13,6	22,7	20,6	4,0
b	100,0	67,8	54,8	9,8	20,0	28,2	5,4

- Quelle: Bodennutzungserhebung 1955

- I Getreide
II Hackfrüchte
III Ackerfutter

Der um ca. 8 % höhere Ackerlandanteil der Siedlerbetriebe kommt vorwiegend einem stärkeren Getreide- und Hackfruchtbaue zugute. Im Bodennutzungssystem ergibt sich dadurch eine geringe Verschiebung zur intensiveren Getreide-Hackfruchtbauwirtschaft. Diese ist bei den Betrieben Nr. 9 und 6 bereits stark ausgeprägt. Die vorherrschenden Getreidearten sind, wie bei der Gesamtlandwirtschaft Buchens, Gerste und Weizen; die Gerste wird weitgehend als Braugerste abgesetzt.

An der Hackfruchtfläche, die etwas über 13 % der LN ausmacht, haben Spätkartoffeln und Futterrüben je einen Anteil von ungefähr 40 %, Zuckerrüben von rund 20 %. Zuckerrüben werden erst seit wenigen Jahren angebaut. Da sie eine gute Einnahmequelle bilden, sind die Betriebe fortwährend an eine Ausdehnung der Anbaufläche bemüht. Mit Ausnahme der Betriebe Nr. 2, 3 und 4 haben alle Siedler Zuckerrüben an. Die Anbauflächen schwanken zwischen 20 und 90 a und liegen im Mittel bei 30 a.

Der Kartoffelanbau ist fast bei allen Betrieben marktorientiert. Der Marktanteil (Mkt) bei Betrieb Nr. 2 besonders ins Gewicht.

Die Fruchtfolgen entsprechen meist der verbesserten Dreifelderwirtschaft, nur ausnahmsweise der Fruchtwechselwirtschaft (Betrieb Nr. 9). Die verbesserte Dreifelderwirtschaft ist bei den Untersuchungsbetrieben weitgehend naturbedingt (geringe Böden) und lässt sich nicht einfach durch eine intensivere Fruchtwechselwirtschaft ersetzen.

Der Futterbau wird in starkem Maße betrieben. Er stellt das verbindende Glied zwischen Bodennutzung und Viehhaltung dar. Die Hauptfruchtfutterfläche je RGV ist eine der wichtigsten Kennzahlen für die Beurteilung eines landwirtschaftlichen Betriebes¹⁶⁾. Wie Tabelle 24 zeigt, weisen die einzelnen Betriebe große Unterschiede auf.

Hauptfruchtfutterfläche je RGV
1955

Tabelle 24+

Betrieb Nr.	RGV	BF in ha	HF je RGV in a
1	8,9	5,10	57
2	6,6	5,88	89
3	7,3	5,33	73
4	10,2	5,53	54
5	6,2	4,89	79
6	10,3	5,67	55
7	8,6	6,87	80
8	7,6	6,06	79
9	14,3	6,98	49
10	11,2	9,12	81
Im Ø	9,1	6,1	70

- Quellen: Bodennutzungserhebung 1955 und Betriebsaufnahmen, die vom Verfasser im Oktober 1955 durchgeführt wurden.

Die Hauptfruchtfutterfläche je RGV liegt zwischen 49 und 89 a. Im Mittel entfällt auf eine RGV eine Hauptfruchtfutterfläche von 70 a. In der großen Hauptfruchtfutterfläche je RGV bei Betrieb Nr. 2 spiegelt sich die durch den hohen Dauergrünlandanteil an der LW bedingte ungünstige Betriebsorganisation

16) Vgl. Blohm, G.: Angewandte ldw. Betriebslehre, a.a.O., S.103

wieder. Einer Korrektur durch höheren Viehbestand stehen die beengten Raumverhältnisse entgegen.

Der breite Raum, den die Siedlerbetriebe dem Futterbau gewähren, zeigt auf eine starke Bedienung der Viehwirtschaft hin.

b) Viehhaltung

Die Viehhaltung ist der wichtigste Verwertungszweig. Ihr Umfang wird bestimmt durch Futtergrundlage, Preise und Kosten¹⁷⁾, bei den Untersuchungsbetrieben aber auch durch die beengten räumlichen Verhältnissen.

Der Viehbesatz der Untersuchungsbetriebe 1955

Tabelle 25:

Betrieb Nr.	GVZ je 100 ha LN	Zahl des Rindviehs	davon		Zahl der	
			Kühe	Jungvieh	Pferde	Schweine
1	105,2	12	6	6	-	7
2	71,4	7	3	4	1	3
3	84,5	10	5	5	-	6
4	100,4	12	6	6	2	5
5	79,6	8	3	5	2	8
6	86,6	11	5	6	2	7
7	80,2	10	4	6	2	20
8	56,8	10	4	6	1	6
9	101,7	17	6	11	2	8
10	66,3	12	5	7	2	7
Im $\bar{x}$	83,3	10,9	4,7	6,2	1,4	7,7

+ Quelle: Betriebsaufnahmen des Verfassers

Die Durchschnittswerte für den Viehbesatz der Untersuchungsbetriebe liegen weit höher als die entsprechenden Zahlen für die gesamten Betriebe der Stadt Buchen in der Größenklasse 10 - 20 ha. Diese Tatsache läßt sich durch betriebswirtschaftliche Erwägungen nur zum Teil erklären und zwar durch das Bestreben der Siedlerbetriebe, ihren Viehbestand bereits entsprechend dem Bedarf auf den neuen Höfen aufzustocken. Die Gründe für die starke Abweichung der Werte sind daneben aber wohl in der unterschiedlichen Erbs-

17) Vgl. Genting, E.: Grundlagen und Methodik des ländl. Betriebsvergleichs, a. a. O., S. 29.

zungsmethode zu suchen. Der Viehbestand, der Untersuchungsbetriebe wurde durch selbst durchgeführte Betriebsaufnahme ermittelt, während zur Ermittlung der Werte für die Gesamtbetriebe auf statistische Unterlagen zurückgegriffen werden mußte. Die Fehlerquellen der Agrarstatistik sind bekannt.¹⁸⁾

Die in der Tabelle 25 vorgenommene Aufgliederung des Gesamtviehbestandes in die einzelnen Tierarten zeigt die hervorragende Stellung des Rindviehs und der Milcherzeugung. Eine von den Betriebsleitern angestrebte weitere Erhöhung des Viehbesitzes und damit eine bessere Ausnutzung der breiten Futterbasis scheitert an der Beengtheit der Viehställe, die bei dem jetzigen Bestand schon weitgehend überfüllt sind. Betrieb Nr. 4 mußte eine Erhöhung seines Viehbestandes mit schwerer arbeitswirtschaftlicher Belastung erkaufen, da er gezwungen war, sich einen zweiten Viehstall zu mieten und in Betrieb zu nehmen.

In noch stärkerem Maße als die Rindviehhaltung wird die Schweinehaltung durch die schlechten Stallverhältnisse beeinflusst. Der aufgezogene Schweinebestand der einzelnen Betriebe setzt sich vorwiegend aus eingelegten Jungschweinen zusammen. Schweinemast kann aus Raummangel nur spärlich betrieben werden und muß sich in erster Linie nach den Unterbringungsmöglichkeiten für die Tiere richten.

Der vorherrschende Viehschlag beim Rindvieh ist, wie bei den übrigen Betrieben der Stadt, das Simmentaler Höhenfleckvieh. Herdbuchzucht ist bei keinem der Untersuchungsbetriebe möglich; die Zucht erstreckt sich lediglich auf die Nachzucht des Eigenviehs. Die Qualität des Viehs ist gut; zwei Betriebe haben Herdbuchkühe. Von den 10 untersuchten Betrieben sind 7 tbv-frei. Die verbleibenden drei Betriebe vermochten aus Kapitalmangel eine Bereinigung ihres Viehbestandes vor Reziehung der neuen Böfe nicht durchzuführen.

18) Vgl. Dietke v., Rolfs, Weippert: Lebensverhältnisse in kleinstädtlichen Dörfern, a. a. O., S. 23.

Außer den Betrieben Nr. 1 und 3 werden von allen anderen Pferde gehalten. Die Betriebsleiter sind der Meinung, daß auch neben einem Schlepper mindestens ein Pferd notwendig sei.

c) Intensitätszahlen

Die Intensität der Betriebsorganisation wird vor allem gekennzeichnet durch das Nutzflächenverhältnis und den Viehbesatz. Verwenden wir die von Blohm¹⁹⁾ aufgestellten Intensitätskategorien, so ergibt sich für die Untersuchungsbetriebe folgendes Bild:

Intensitätskategorien der Untersuchungsbetriebe 1955

Tabelle 26 "

Betrieb Nr.	Größe ha	GVF je 100 ha	Anbau in % der LN					Intensitätszahlen
			I	II	III	IV	V	
1	9,55	105,2	34,8	5,7	7,2	22,5	27,8	78,5
2	9,96	71,4	31,2	5,0	5,0	17,2	36,7	59,2
3	10,21	84,5	40,9	6,8	5,0	21,4	25,9	70,1
4	10,96	100,4	38,3	4,9	7,8	20,1	25,8	76,9
5	11,19	79,6	44,2	4,9	5,4	28,2	10,2	67,6
6	12,81	86,6	40,8	7,7	9,4	19,0	17,9	76,2
7	12,97	80,2	39,3	6,2	6,9	30,2	17,4	71,2
8	14,53	56,8	46,6	4,9	7,9	16,1	20,2	60,3
9	15,93	101,7	39,8	11,7	11,8	17,2	21,5	88,7
10	19,02	66,3	35,7	3,9	5,8	32,0	12,4	60,7
Im Ø	12,72	83,3	39,2	6,2	7,2	22,7	20,6	70,9

I Getreide
II Kartoffeln
III Rüben

IV Ackerfutter
V Dauergrünland

* Quelle: Bodennutzungs-
erhebung 1955.

Bei der im Durchschnitt guten Intensität ergeben sich Extremwerte von 59,2 bzw. 88,7. Ausschlaggebend für die großen Unterschiede sind der Umfang des Hackfruchtbaues und des Dauergrünlandes und die Höhe des Viehbesatzes. Betrieb Nr. 9 hat eine fast 2,5 mal so große Hackfruchtanbaufläche wie Betrieb Nr. 2, einen wesentlich höheren Viehbesatz und weit weniger Dauergrünland. Die Tabelle läßt deutlich erkennen, daß die Intensität der Betriebsorganisation um so größer ist, je stärker der Vieh-

19) Vgl. Blohm, G.: Angewandte landw. Betriebslehre, a.a.O., S. 89.

besetzt und je umfangreicher die Hausfruchtsernte ist.

Die Betriebsorganisation, welche die Intensitätsstufen zum Ausdruck bringen, kommt erst dann zur vollen Entfaltung, wenn sie von einer entsprechenden Wirtschaftsweise begleitet ist. Ein guter Maßstab für die Bewirtschaftungsintensität sollte der durchschnittliche Düngemittelverbrauch in kg/ha sein.

Durchschnittlicher Düngemittelverbrauch in kg/ha
1955

Tabelle 27+

Betrieb Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
kg/ha	120	60	88	77	80	116	115	103	150	57

+ Quelle: Betriebsaufnahmen des Verfassers.

Eine gewisse Korrelation zwischen Intensitätsstufe und Düngemittelverbrauch, der durchschnittlich bei $96 \text{ kg}/\text{ha}$ liegt, ist zu erkennen. Sie zeigt das Streben der einzelnen Siedler, ihre Betriebe der Intensität ihrer Betriebsorganisation entsprechend zu bewirtschaften.

d) Arbeitswirtschaft

Wir wollen nicht nur auf Umfang und Einsatz der im Betrieb tätigen Menschen, sondern auch auf die Arbeitshilfsmittel und den Technisierungsgrad achten. Die Bereitstellung und Verwendung von Arbeitshilfsmitteln gewinnt mit dem Streben nach Rationalisierung der Arbeitsvorgänge und dem zunehmenden Mangel an menschlichen Arbeitskräften steigende Bedeutung.

In der bäuerlichen Familienwirtschaft steht der Betrieb in enger Wechselbeziehung mit der Familie des Inhabers, insbesondere was die Arbeitskapazität angeht. Diese wird in hohem Maße bestimmt von der Kindervahl, aber auch von der Alters- und Entwicklungsstufe der Familie²⁰⁾. Verfolgt man die Entwicklung einer Bauernfamilie von der Übernahme des Hofes bis zur Abgabe an die Erben, so ergeben sich folgende vier Stufen:

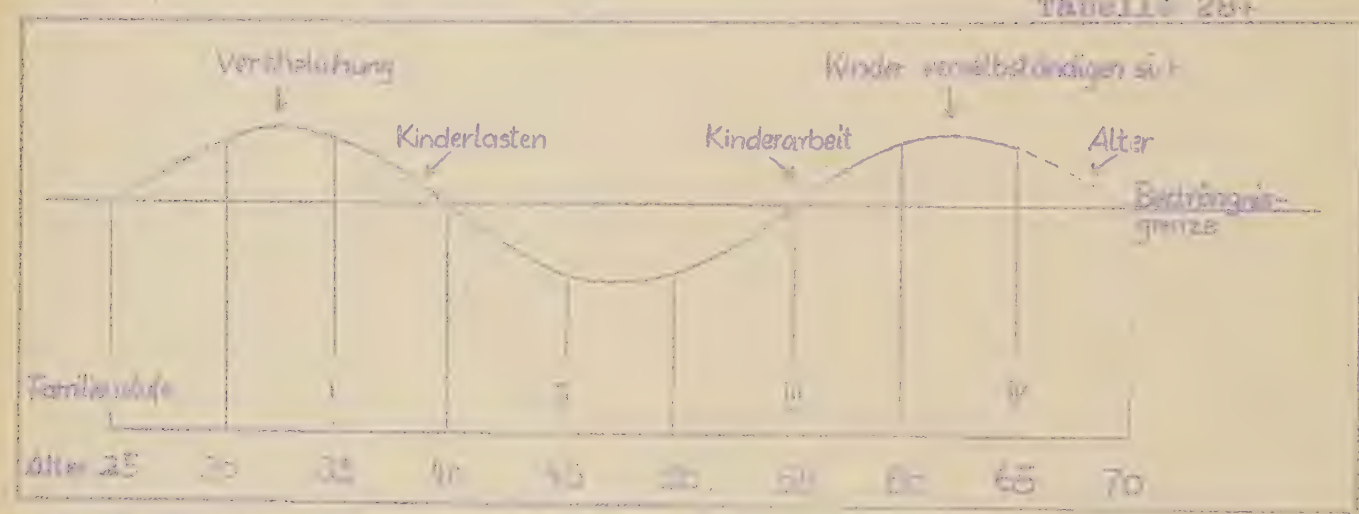
20) Vgl. im folg. Reisch, E.: Organisation und Wirtschaftserfolg oberschwäbischer Bauernbetriebe, a.a.O., S. 91.

- I. Bauernleute noch verheiratet, kleine Kinder verschiedener Zahl;
- II. Bauernleute in mittleren Jahren, Kinder beginnen mithelfen;
- III. Bauernleute noch tätig, Kinder erwachsen und Hauptarbeitskräfte;
- IV. Bauernleute alt, Kinder heiraten, weniger Arbeitskräfte und starke finanzielle Belastung durch Aussteuerung der heiratenden Erben.

Trägt man diese Altersstufen der Familie in eine Kurve ein, so ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 28):

Altersstufen der Familie

Tabelle 28+



Diese Darstellung trifft jedoch nur für "zweischichtige" Familien zu. Bei geschlossener Hofübergabe, wie wir sie im Anbaugebiet antreffen, ist die Bedrängungsgrenze verwischt. Der kontinuierliche Betriebsübergang von einer Generation auf die andere ermöglicht es, daß Übergabe und Übernehmer die Arbeitslast gemeinsam tragen.

Die Familienstufe als Merkmal des Entwicklungsstandes der Unternehmungsbetriebe wurde in Tabelle 29, welche die Höhe des Arbeitskräftebesetzes zum Ausdruck bringt, mit eingeführt.

+ Nach Howald, O.: Die sozialen Probleme der bäuerlichen Wirtschaft und ihre Bedeutung für die westliche Zivilisation, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, 1951, Heft 16.

Arbeitskräfte der Untersuchungsbetriebe 1955

Tabelle 29⁺

Betriebs- Nr.	Arbeits- kräfte	Arbeitskräftebesatz			GVE je AK	Familien- stufe
		AK je 100 ha LN	ha LN je AK	ha Ackerfl. je AK		
1	2,7	28,8	3,47	2,44	3,6	III
2	2,7	27,0	3,68	2,15	2,5	III
3	2,4	23,5	4,25	3,15	3,3	III
4	2,6	23,7	4,21	3,00	4,3	III
5	1,7	15,2	6,58	5,44	4,2	II
6	3,1	24,1	4,15	3,20	3,6	III
7	3,6	27,7	3,60	2,98	3,1	III
8	1,7	11,7	8,55	6,45	5,0	III
9	1,7	10,7	9,37	7,35	9,4	I
10	1,7	8,9	11,19	8,67	6,8	I
Im Ø	2,4	20,1	5,90	4,48	4,6	-

- Quellen: Erhebungsbogen 1955; Berechnung der AK nach
Blohm, G.: Angewandte ländw. Betriebslehre, a. a. O., S. 76.

Um ein genaueres Bild von der Organisation der Arbeitswirtschaft zu erhalten, haben wir die Daten über den Arbeitskräftebesatz ergänzt durch Angaben über die auf eine Arbeitskraft entfallende Ackerfläche und Großvieheinheit. Die Arbeitslast der Siedlerbetriebe wird fast ausschließlich von der bäuerlichen Familie getragen. In keinem der Betriebe sind ständig beschäftigte Fremdarbeitskräfte anzutreffen. Lediglich Tagelöhner - es handelt sich dabei vornehmlich um Frauen - werden zur Bewältigung der Arbeitsspitzen während der Erntezeit herangezogen.

Die Arbeitsbelastung der Familien ist zum Teil sehr hoch. Besonders ist beim Arbeitskräftebesatz je 100 ha LN zu beachten, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche stark zersplittert ist und die ungünstigen innerbetrieblichen Verhältnisse eine zusätzliche Arbeitsbelastung mit sich bringen. Stark beansprucht sind dabei die Arbeitskräfte durch die großen Hof - Feldentfernungen und die unrationelle Gestaltung des Wirtschaftshofes. Auffallend schwach ist das Arbeitskräftepotential

der Betriebe Nr. 8, 9 und 10. Während die übrigen Betriebe der Familienstufe III angehören, und deren Inhaber schon weitgehende Unterstützung durch die benachbarten Kinder erfahren, zählen die Betriebe Nr. 9 und 10 zur Familienstufe I. Den Bauerneltern erwachsen aus der Familienstufe zusätzliche Lasten. Die Arbeitslast wird weitgehend noch mitgetragen von den Anteilern. Mehrere Betriebsleiter heben die Entlastung hervor, die für die Bauernfrauen durch die Verrichtung der Haushaltsarbeit und die Versorgung der Kinder durch die Anteiler erreicht wird.

Die Arbeitsmethoden der Untersuchungsbetriebe dürfen als fortschrittlich bezeichnet werden. Die Betriebsleiter machen durchweg einen guten Eindruck, sind aufgeschlossen und für Neuerungen zugänglich. Fast alle haben eine landwirtschaftliche Fachschul- ausbildung erfahren. An der Ungunst der Betriebsverhältnisse scheitert jedoch eine weitgehende Rationalisierung der Arbeitsvorgänge. Der eingesenkte Wirtschaftshof und die unrationellen Betriebsgebäude lassen insbesondere eine Mechanisierung der Innenarbeiten nicht zu.

Die Arbeitsbereiche für Mann und Frau sind im allgemeinen abgegrenzt. Die Männer besorgen in erster Linie die Fütterung des Rindviehs und der Pferde und die damit zusammenhängenden Stallarbeiten, die Gespinnnarbeiten auf dem Felde und im Sommer das tägliche Futterholen. Den Frauen obliegen neben allen Hausarbeiten die Aufzucht und Fütterung der Schweine und der Geflügel, das Melken und auf dem Felde das Kartoffellegen, Rübenpflanzen sowie die Hack- und Pflugarbeiten. Gelegentlich kommt es auch vor, daß Frauen "Männerarbeit" verrichten; andererseits besorgen auch in einigen Betrieben die Männer das Melken. Die gesamten Erntearbeiten sind dagegen Gemeinschaftsarbeiten der gesamten Familie, zu denen in der Regel auch Tagelöhner, Kinder oder Verwandte aus der Stadt herangezogen werden.

In engem Zusammenhang mit dem Arbeitskräftebesatz steht die Frage der technischen Ausrüstung der Betriebe. Es ist jedoch schwierig, den Mechanisierungsgrad eindeutig zum Ausdruck zu

bringen. Da die Arbeitswirtschaft eines Betriebes in besonderem Maße durch die Verwendung hochwertiger und moderner landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte beeinflusst wird, seien vor allem die im ange gefaßt (siehe Tabelle 10).

Die Tabelle weist Unterschiede auf. Ausreichend mechanisiert ist nur ungefähr die Hälfte der Betriebe. Davon be- stehen drei einen Schlepper. Die allgemeine Beobachtung bei der Mechanisierung der Landwirtschaft trifft auch für die Untersuchungsbetriebe zu. Die Mechanisierung begann in der Landwirtschaft mit der Anschaffung der Motorschne- den und eventuell eines Schleppers, erstreckte sich weiter auf den Wirtschaftshof und griff erst dann auf den Haushalt über. Der Haushalt, das kommt in der Tabelle zum Ausdruck, wurde sehr stichwärtlich behandelt, auf Kosten der Bauern- frau. Nur zwei Betriebe besitzen einen Elektroherd und eben- soviele eine Waschmaschine.

In der Mechanisierung des Wirtschaftshofes finden wiederum die beengten Verhältnisse ihren Niederschlag. Insbesondere lassen sie eine Erleichterung der Stallarbeiten nicht zu. Lediglich Betrieb Nr. 9 hat eine Selbstfütteranlage, welche gerade bei dem Fehlen eines Futterganges eine große Arbeits- erleichterung bedeutet. Melkmaschinen sind bei den Unter- suchungsbetrieben überhaupt nicht anzutreffen. Das Vorhanden- sein von acht Häckslern läßt das Streben nach Raumersparnis erkennen. Mehreren Betrieben ist es so erst möglich, ihr ge- samtes Winterfutter in der beim Hof gelegenen Scheune unter- zubringen. Betriebe Nr. 3 und 6 sind auf Lohndrusch ange- wiesen. Der herrschende Platzmangel verhindert das aufstellen einer Dreschmaschine. Die bei der Mehrzahl der Betriebe anzu- treffenden Beweisaufzüge erleichtern zwar den Hochtransport des Erntegutes, können aber infolge der Bauart der Gebäude nicht voll zur Geltung kommen.

Auf dem Felde können wegen der herrschenden Parzellierung die Erntemaschinen häufig nicht voll wirksam eingesetzt werden. Betrieb Nr. 6 gab die Grundstückeszerpflückung als Grund für seinen schwachen Mechanisierungsgrad an.

- 12 -
Damit ist die Mechanisierung der Feldwirtschaft eine Frage der Flurgestaltung geworden.

5. Die Leistungen der Betriebe

Vorbemerkung

Ausführungsergebnisse liegen bei den Untersuchungsbetrieben nicht vor. Es waren deshalb Betriebsaufnahmen nötig. Neben den vorhandenen Aufzeichnungen und Belegen über Verkäufe und Zukäufe, Betriebsaufwendungen und -einnahmen bildeten hauptsächlich die mündlichen Angaben bei Befragungen der Betriebsleiter das Quellenmaterial der Untersuchungen. Eine Überprüfung dieser Angaben wurde durch eigene Betriebsbesichtigungen und durch Unterredungen mit Nachbarn und sachkundigen Personen erreicht, so daß die getroffenen Feststellungen einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit erreichen. Bei der Verwendung der Begriffe zur Ermittlung des Reineinkommens lehnen wir uns an die in der Untersuchung "Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern"²¹⁾ gegebenen Definitionen an. Dabei erstreben wir hier nicht in erster Linie eine qualitativ-vergleichende Analyse der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse, der Kosten- und Ertragslage der auszusiedelnden Höfe, sondern lediglich eine Herausarbeitung und Durchleuchtung gemeinsamer im Zusammenhang mit der Aussiedlung interessierender Merkmale der Betriebsabgarung.

a) Die Naturalleistungen

aa) Naturalerträge

Die "technische" Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe findet in den Naturalerträgen und Erntemengen ihren Niederschlag. Der Absicht, die wirtschaftliche Leistung der Untersuchungsbetriebe zunächst mit Hilfe naturalwirtschaftlicher Daten zum Ausdruck zu bringen, liegt die Erkenntnis zu Grunde, daß sich die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe noch im "Bereich ungeauteter Intensität"²²⁾ (im Rahmen des Ertragsgesetzes) befinden. produktionswirtschaftlicher Erfolg,

21) Vgl. Dietze v., Rolles, Weippert: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, a. a. O., S. 53/54.

22) Vgl. Geuting, H.: Grundlagen und Methodik des landwirtschaftlichen Betriebsvergleichs, a. a. O., S. 123.

Technische Ausrüstung der Untersuchungsbetriebe

Tabelle 30

Betrieb Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Maschinen										
<u>Feldwirtschaft</u>										
1. Schlepper	+		+					+		
2. Gummiwagen	+		+				+		+	
3. Grassäuber	-	+	+	+	+	+	+		+	+
4. Bindermäher		+		+	+	+	+	+	+	+
5. Kartoffelroder	+		+	+		+	+			+
6. Mehrscharpfing	+		+	+			+	+	+	
7. Düngerstreuer										
8. Heuwender Heurechen				+			+	+	+	+
9. Drillmaschine	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
<u>Hofwirtschaft</u>										
1. Häcksler	+	+		+		+	+	+	+	+
2. Dreschmaschine	+	+		+	+		+	+	+	
3. Binderpresse	+	+		+	+		+		+	
4. Schrotmühle	+		+	+	+		+	+	+	+
5. Selbsttränkanlage									+	
6. Melkmaschine										
7. Rübenmüser	+						+		+	
8. Heuaufzug				+	+	+	+	+		+
<u>Haushalt</u>										
1. Elektroherd	+			+						
2. Waschmaschine				+						+

+Quelle: Betriebsaufnahmen des Verfassers

Aufwand und Ertrag also noch gleichverrichtet verlaufen.
Über die Untersuchungsbetriebe mögen die Erträge einiger
Schlüsselprodukte Aufschluss geben (siehe Tabelle 31).

Erträge in dz/ha einiger Schlüsselprodukte

Tabelle 31+

	bis 20	20-25	25-30	30-35	35-40	Ges.	I
Roggen							Getreide
Zahl d. Betriebe	1	5	2	2	-	10	27,6
Weizen							
Zahl d. Betriebe	-	1	5	3	1	10	
Gerste							
Zahl d. Betriebe	-	3	5	2	-	10	
Kartoffeln							
	bis 150	150 200	200 250	250 300	300 350	Ges.	I
Zahl d. Betriebe	1	1	7	1	-	10	211
Milch, kg je Kuh und Jahr							
	1500 2000	2000 2500	2500 3000	3000 3500	3500 4000	Ges.	I
Zahl d. Betriebe	-	1	3	6	-	10	2673

I Durchschnitt der Buchführungsbetriebe des Wirtschaftsgebietes
Hohenlohe - Bauland 1953/1954 (siehe: Ministerium f. Ernährung,
Ldw. und Forsten, Betriebsverhältnisse und Betriebsergebnisse
von Buchführungsbetrieben 1953/54, Heft 3, Stuttgart 1955.)

Die Ertragswerte schwanken beim Getreide zwischen 15 und
36 dz/ha, zeigen aber eine starke Verdichtung zwischen 20
und 30 dz/ha. Dabei sind die Erträge bei Weizen und Gerste
höher als beim Roggen. Die Extremwerte von knapp 15 bzw.
36 dz/ha entfallen auf die Betriebe Nr. 10 bzw. 9 und
finden ihre Ursache in der Art der Wirtschaftsführung.
Enge Wechselwirkungen zwischen Bodenwerten und Erträgen
sind nicht festzustellen. Betriebe mit geringwertigen
Böden erzielten teilweise bessere Ernten als solche höherer
Bodenwertklassen. Auf Grund der Ernteergebnisse eines Jahres
läßt sich jedoch hier kein eindeutiges Urteil fällen.

+ Quelle: Die Tabellen 31 bis 36 wurden auf Grund der vom
Verfasser durchgeführten Betriebsaufnahmen aufgestellt.

Bei den Kartoffeln konzentrierten sich die Ertragswerte auf die Klassen 200 bis 750 dz/ha. Der Kartoffelbau steht nach wie vor im Mittelpunkt der Hackfruchtwirtschaft und nimmt knapp die Hälfte der gesamten Hackfruchterträge ein. Die guten Ernteergebnisse lassen die Sorgfalt erkennen, die ihm entgegengebracht wird.

Die Milchleistungen der Untersuchungsbetriebe sind gut. Über die Hälfte weist Erträge von mehr als 3000 kg je Kuh und Jahr auf, nur ein Betrieb erzeugt weniger als 2500 kg je Kuh und Jahr. Die Gesamtleistung ist beachtenswert, insbesondere wenn man die ungünstigen Stall- und räumlichen Verhältnisse in Betracht zieht. Sie unterstreicht die Bedeutung, die die Siedlerbetriebe der Viehwirtschaft beimessen.

Ein Vergleich der Ertragswerte der Untersuchungsbetriebe mit den durchschnittlichen Ernteergebnissen von Buchführungsbetrieben des naturräumlich ähnlichen Wirtschaftsgebietes Hohenlohe - Bauland zeigt, daß beim Getreide und bei den Kartoffeln fast alle Betriebe die Durchschnittswerte erreichen und zum Teil wesentlich höher liegen. Auch bei der Milch liegt die Leistung der meisten Betriebe über dem Durchschnitt.

bb) Naturale Gesamtleistungen

Um ein vergleichbares Bild über die Gesamtnaturalleistung der Untersuchungsbetriebe zu erhalten, haben wir eine Umrechnung der Gesamtproduktion auf Getreidewerteinheiten vorgenommen. Die gefundenen Werte bedürfen jedoch einer Korrektur, da Bestandveränderungen nicht berücksichtigt und zugekaufte Futtermittel und Saatgut nicht in Abzug gebracht werden konnten.

Die Gesamtnaturalleistung der Siedlerbetriebe schwankt zwischen 242 und 642 dz GW. Rechnet man die Werte auf dz GW je ha um, so ergibt sich folgende Tabelle:

Naturalleistungen in dz GW/ha LN

Tabelle 32

Zahl der Betriebe	unter 20	20-25	25-30	30-35	über 35
10	1	2	1	4	2

Sie sehen, daß 70 % der Betriebe mehr als 25 da GW je ha produzieren, wobei die beiden Spitzenbetriebe Nr. 3 und 9 eine Leistung von 44 bzw. 40 da GW je ha aufweisen. Ihre ernährungswirtschaftliche Leistung ist gut. Lediglich Betrieb Nr. 10 bleibt unter 20 da GW je ha und erreicht kaum 15 da GW je ha. Bei fast allen Betrieben entfällt der Hauptleistungsanteil auf die Viehwirtschaft.

c.) Marktleistungen

Die Marktleistungen, insbesondere ihr Anteil an der Gesamtproduktion, lassen den Grad der Marktverbundenheit erkennen.

Marktleistungen in da GW/ha

Tabelle 33a

Zahl der Betriebe	unter 15	15-20	20-25	25-30	über 30
10	1	2	1	3	3

Marktleistungen in % der Gesamtleistungen

Tabelle 33b

Zahl der Betriebe	bis 80	80-85	85-90	über 90
10	3	2	4	1

Zu den Marktleistungen rechnen wir auch die Naturalleistungen an Verwandte und andere. Die Werte in da GW/ha streuen zwischen 10 und 37, wobei wiederum den Betrieben Nr. 10 bzw. 1 die Extremwerte zufallen. Die Hälfte der Betriebe hat eine Marktleistung von mehr als 85 % der Gesamtnaturalleistung. Es ist die Tendenz zu erkennen, daß die Marktverflechtung mit steigender Betriebsgröße wächst. Hiervon macht lediglich Betrieb Nr. 10 eine Ausnahme. Er weist, mit über 19 ha LA der größte der Untersuchungsbetriebe, die geringste Marktleistung auf. Untersucht man nun noch den Anteil der Viehwirtschaft an der Marktleistung, so ergibt sich, daß er mit einer Ausnahme über 50 % beträgt, wobei neben der Milch hauptsächlich die Viehverkäufe ins Gewicht fallen.

3. Das Betriebseinkommen

aa) Rohleistungen

Unter den Rohleistungen der Betriebe fassen wir alle baren und unbaren Leistungen außer der Vermehrung von Inventar und Vorräten zusammen²⁵⁾. Die baren Leistungen sind die Wirtschaftseinnahmen. Zu ihnen zählen wir hier nur die vereinnahmten Mittel für Verkäufe, Lohnfuhren und sonstige Betriebsarbeiten, sofern es sich um Leistungen innerhalb des Betriebsgeschehens handelt. Werden solche Leistungen (Lohnfuhren, Hausschlichterei usw.) regelmäßig vollbracht, und bilden sie eine bedeutende Einkommensquelle, so werden sie als Zuerwerb behandelt und später bei der Ermittlung des Roheinkommens aus der Landwirtschaft nicht berücksichtigt. Dem Nebenerwerb kommt jedoch nur in einem Betrieb einiges Gewicht bei.

Rohleistungen in M/ha

Tabelle 34

Zahl der Betriebe	unter 800	800 1000	1000 1200	1200 1400	1400 1600	über 1600
10	1	3	3	1	1	2

Das Schwergewicht innerhalb der Rohleistungen liegt bei den Wirtschaftseinnahmen. Fassen wir wiederum die Landwirtschaft besonders ins Auge, so ergibt sich, daß sie, mit Ausnahme von Betrieb Nr. 9, der in starkem Maße Hackfruchtbau betreibt, die Haupteinkommensquelle der Untersuchungsbetriebe darstellt. Neben dem Milchabsatz bieten die Vieh- und Schweineverkäufe gute Einnahmen.

Die Rohleistungen in M/ha zeigen eine starke Streuung, wobei die Extremwerte bei 600 und 1700 M liegen. Nechs Betriebe leisten zwischen 800 und 1200 M/ha, die Betriebe Nr. 1 und 9 liegen noch weit höher.

25) Vgl. Dietze o., Rolfes, Weippert: Lebensverhältnisse in kleintäuerlichen Dörfern, a. a. O., S. 53.

bb) Rohaufwendungen

Unter den Rohaufwendungen verstehen wir nur die laufenden Betriebsaufwendungen. Sie enthalten nicht die Anschreibungen, die Verminderung von Inventar und Vorräten und den Lebensanspruch der Familie²⁴⁾. Die wichtigsten Aufwandsarten haben wir in Tabelle 35 zusammengestellt.²⁵⁾

Bei einem Rohaufwand im Durchschnitt der Betriebe von 459,34 M/ha streuen die laufenden Wirtschaftsausgaben der Einzelbetriebe zwischen 319,56 und 551,94 M/ha. Fassen wir die einzelnen Aufwendungen ins Auge, so treten die Ausgaben für die Gruppe der ertragssteigernden Hilfsmittel (Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmittel, Handelsdünger, Wittermittel und Kosten der Viehhaltung) hervor, wobei die Ausgaben für Düngemittel und für die Viehhaltung besonders ins Gewicht fallen. Der Düngemittelaufwand ist ein Ausdruck der intensiven Wirtschaftsweise. Die Kosten der Viehhaltung erscheinen trotz ihres relativ hohen Anteils innerhalb der Aufwendungen für ertragssteigernde Hilfsmittel niedrig. Das erklärt sich daraus, daß außer bei Betrieb Nr. 8 kein Vieh zugekauft wurde. Die Siedler hatten im Untersuchungszeitraum, kurz vor der Aussiedlung stehend, ihren Viehbestand bereits auf die auf den neuen Höfen erforderliche Höhe aufgestockt. Die Kosten der Viehhaltung setzen sich somit vorwiegend aus Ausgaben für die Viehpflege, tierärztliche Behandlung u. d. zusammen. Hervorzuheben ist die bei mehreren Betrieben gemachte Feststellung, daß Operationen beim Vieh zur Entfernung von Fremdkörpern gang und gäbe sind und jährlich beträchtliche Kosten verursachen. Die Ursache hierfür dürfte in der Grundstückzersplitterung liegen, die häufig das Angrenzen der Grünfütteranlage an Parzellen von Gewerbetreibenden, denen die Dungstätte als Müllhaufen dient, unvermeidlich macht. Auffallend gering sind die Ausgaben für Futtermittel. Doch kann man daraus nicht ohne weiteres auf einen

24) Vgl. Dietze v. Rolfes, Seippert: Lebensverhältnisse in kleinsäuerlichen Dörfern, a. a. O., S. 54.

25) Die verhältnismäßig umfangreichen Unterlagen und Aufzeichnungen der Betriebsleiter über die Wirtschaftsausgaben ermöglichen eine detaillierte Wiedergabe.

Rohaufwendungen der Untersuchungsbetriebe in DM/ha

Tabelle 35

Betrieb Nr.	Bedürfnis- und Seitenerwerb auf Vorleistung an Lohn- und Gehalts- anspruch mittel	Handelskäufer sonstige Kosten der Viehhaltung	Futtermittel	Viehkauf und sonstige Kosten der Viehhaltung	Friedr. Brenn- und S. (ander- stoffe)	Frachtkosten und Fahrtkosten	Gebäude- und Maschinen- reparaturkosten	Betriebs- kosten	sonstige Verbindungen	Verkaufserlöse aus dem Betriebs- geschäft	Allythemen aus dem Betriebs- geschäft		
1	34,52	21,41	20,42	26,37	29,50	72,98	-	31,41	33,09	19,04	120,42	34,13	403
2	15,06	21,59	60,05	10,02	98,11	9,04	-	25,06	24,21	12,69	150,07	32,25	465
3	25,15	30,19	88,14	9,78	19,57	33,31	17,77	48,97	12,94	13,85	97,81	31,35	436
4	14,59	31,87	77,29	36,39	149,95	27,29	-	45,48	11,30	22,15	109,11	32,53	551
5	14,98	21,53	60,43	17,87	17,88	4,01	-	40,21	31,73	26,03	87,58	34,94	575
6	28,36	22,53	116,39	27,19	11,66	3,88	16,65	50,50	28,90	22,15	108,77	26,11	465
7	38,16	19,28	115,43	19,28	11,00	6,18	3,82	20,27	36,97	18,16	61,56	27,51	577
8	14,19	18,23	103,23	13,76	344,12	62,35	-	-	-	13,22	58,56	33,58	511
9	46,69	53,36	150,06	-	17,26	8,41	5,02	18,21	4,08	22,04	37,66	25,42	387
10	29,04	26,02	57,86	2,03	32,59	11,50	9,76	31,60	8,18	18,79	63,12	29,07	319
der Betriebe	26,19	27,99	98,93	15,29	77,17	24,00	5,50	31,17	19,14	18,81	89,47	30,70	459
	5,7 %	6,1 %	21,1 %	3,5 %	15,9 %	5,2 %	1,2 %	6,8 %	4,2 %	4,1 %	19,5 %	5,7 %	100

ebenso geringen Futtermittelverbrauch schließen, denn den Betrieben, die Zuckerrüben ernten, stehen rübenverarbeitende Zuckerrübenlechnitzst., Melasse u. d. zur Verfügung, für die keine Ausgaben anfallen.

Die Kautengruppe der Arbeitshilffamilien (Maschinenmiete und Fuhrlohn, Treib-, Brenn- und Schmierstoffe, sowie die Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen) verursacht gegenüber der Gruppe der selbstbetriebl. Hilffamilien weit weniger laufende Betriebsaufwendungen. Ausgaben für Treib- und Brennstoffe fallen lediglich bei den mit Schleppern ausgerüsteten Betrieben (Betriebe Nr. 1, 3 und 5) ins Gewicht. Von Kosten für Maschinenmiete und Fuhrlohn wird nur die Hälfte der Betriebe belastet, und zwar vorwiegend für Lohnfrachtarbeiten. Die beschränkten räumlichen Verhältnisse lassen es den Betriebsleitern ratsam erscheinen, das Getreide im Lohnfracht zu geben. Auch die Ausgaben für die Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen sind niedrig; sie entfallen fast ausschließlich auf Maschinenreparaturen. Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden erledigten sich, da diese im Untersuchungszeitraum nur noch kurze Zeit dem Betriebszweck zu dienen hatten.

Seit größere Bedeutung kommt den allgemeinen Wirtschaftskosten einschließlich der Ausgaben für den Wirtschaftshaushalt zu. Der Wirtschaftshaushalt belastet die Gesamtaufwendungen durchschnittlich mit 19,5 %. Betriebssteuern und Sachversicherungen verursachen nahezu gleich hohe Ausgaben, haben aber am Gesamtaufwand zusammen einen Anteil von weniger als 10 %. Die Spalte "Allgemeine Wirtschaftsausgaben" umfaßt eine Reihe von Einzelaufwendungen (für Stroh, Wasser, Verbandsbeiträge, Fachzeitschriften u. d.). Durchschnittlich 6,7 % gehen zu Lasten dieses Kontos.

Die Belastung der Untersuchungsbetriebe durch Löhne und Sozialversicherungsbeiträge ist gering, da nur in Arbeitsspitzen Fremdarbeitskräfte beschäftigt werden. Dagegen werden die Beiträge für die landwirtschaftliche Berufsges.

nossenschaft, die wir in der gleichen Spalte mitgezählt haben, allgemein als hoch angesehen. Das durchschnittliche jährliche Beitragshöhe beträgt rund 150 DM je Betrieb.

2.2) Roheinkommen aus der Landwirtschaft

Das Einkommen, das im Betrieb erzielt wurde und der Familie zur Verfügung steht, errechnet sich aus der Differenz zwischen Rohleistung und Rohaufwendungen, abzüglich etwaiger Pachtzahlungen. Wir bezeichnen dieses Einkommen als das Roheinkommen aus der Landwirtschaft²⁶⁾.

Roheinkommen in DM/ha

Tabelle 38

Zahl der Betriebe	unter 300	300 400	400 500	500 600	600 700	700 800	über 800
10	1	1	1	2	2	1	2

Die Höhe des Roheinkommens streut in großer Breite zwischen 217 und 1230 DM/ha. Eine leichte Verdichtung der Werte ist zwischen 500 und 700 DM/ha zu erkennen. Im Durchschnitt aller Betriebe ergibt sich ein Roheinkommen von 541 DM/ha. Diese Summe ist jedoch nicht als freies Verbrauchseinkommen zu betrachten, denn aus ihr müssen noch die Kosten bestritten werden, die sich nicht als laufende Wirtschaftsausgaben niederschlagen (Abschreibungen, Inventarvermehrungen u. d.).

Ein Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Betriebsgröße ist nicht festzustellen. Auch zeigen Grundverhältnisse und Betriebsausgaben keine Korrelation. Wohl aber besteht eine Beziehung zwischen der Höhe des Viehbesatzes und dem Betriebserfolg. Das Roheinkommen der Betriebe mit hohem Viehbesatz (Betriebe Nr. 1 und 9) liegt über dem Durchschnitt. In der Abhängigkeit des Betriebserfolgs von der Viehhaltung, die damit zum Ausdruck kommt, liegt für die Untersuchungsbetriebe die Möglichkeit, das Roheinkommen auf den neuen, geräumigen

26) Vgl. Dietrich v. Soltes, Weippert: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, a. a. O., S. 54.

Höfen zu steigern.

6. Zusammenfassung.

Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der auszusiedelnden Betriebe sind gekennzeichnet durch die alten, eingetragten und unrationeller Wirtschaftshöfe und durch die starke Versclitterung der landwirtschaftlichen Betriebsfläche. In der Betriebsorganisation lassen die Untersuchungsbetriebe eine etwas stärkere Intensität als die übrigen Betriebe der Stadt erkennen. Eine angestrebte weitere Intensivierung der Bewirtschaftung findet jedoch ihre Begrenzung in der schlechten inneren Verkehrslogik und den ungünstigen räumlichen Verhältnissen. Der Schwerpunkt der Betriebsorganisation liegt beim Ackerbau und der Viehwirtschaft.

Die ernährungswirtschaftliche Leistung der Untersuchungsbetriebe ist gut. Das Rohseinkommen aus der Landwirtschaft ist in starkem Maße abhängig von der Höhe des Viehbestandes. In der Möglichkeit, auf den neuen Siedlerhöfen gerade die Viehwirtschaft weiter zu intensivieren, liegt für die auszusiedelnden Betriebe eine bedeutende Leistungsreserve.

B. Durchführung der Aussiedlung

I. Siedlungsträger

1. Die Rechtsform der Siedlungsgesellschaften

Die Aufgaben, die bei der Durchführung eines Siedlungsverfahrens erwachsen, sollen wirtschaftlich gelöst werden. Dazu bedarf es eines Siedlungsträgers, der eigene Initiative und eine schnell und beweglich arbeitende Organisation besitzt.

Die heute in der Bundesrepublik üblichen Siedlungsgesellschaften sind durch die Rechtsform der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH.) gekennzeichnet. Diese Rechtsform ist keineswegs selbstverständlich und hat sich erst allmählich im Laufe der Entwicklung der ländlichen Siedlung herausgebildet²⁷⁾.

In der Zeit der alten preussischen Kolonisation war der Staat, d. h. der König selbst Träger der Siedlung. Zur Bismarckzeit gründete der preussische Staat im Jahre 1886 die preussische Ansiedlungskommission. Sie war eine echte Behörde, ihre Leiter hatten gemeinsam über ein Siedlungsprojekt zu entscheiden. Trotz des Übergangs in den folgenden Jahren von der Kollegial- zur Präsidialbehörde, in der dem Präsidenten eine stärkere Entscheidungsbefugnis gegeben war, stellte sich heraus, daß die Ansiedlungskommission eine Form war, die zu bürokratisch und zu teuer arbeitete. Vor allem aber übte sie, weil jeder Landanbieter wußte, daß der Staat mit seinen Mitteln dahinter stand, eine preistreibende Wirkung auf den Grundstückenmarkt aus. Als in den folgenden Jahren die Siedlungstätigkeit ausgedehnt werden sollte, war man sich einig, daß dies nicht wieder in Gestalt von Behörden geschehen durfte. Die Form der Genossenschaft, auf die man vorübergehend zurückgegriffen hatte, war eine zu lockere Bindung für ihre Mitglieder und konnte auf die Dauer nicht befriedigen.

Nach heftigen Auseinandersetzungen, bei denen es darum ging, ob der Siedlungsträger eine Anstalt des öffentlichen Rechts oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden sollte,

27) Vgl. im folgenden Keup, E.: Der Siedlungsträger: Behörde, Anstalt des öffentlichen Rechts oder GmbH., in: Z.f.d.g.S., 1954, S. 72 fg.

und bei denen weitgehend politische Momente mit im Spiele waren, setzte sich im Jahre 1909 die Ostpreussische Landgesellschaft in der Form der gemeinnützigen GmbH durch. Die Gesellschaft wurde mit einem Stammkapital von 7,5 Millionen Mark ausgestattet und dadurch in die Lage versetzt, ihre Aufgaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfüllen. Aus der weiteren Entwicklung ergibt sich, daß mit dieser Form der gemeinnützigen GmbH in Ostpreußen das Beispiel geschaffen worden war, nach welchem, geführt von der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, ein ganzes Netz solcher Siedlungsträger über das Reichsgebiet gespannt werden konnte.

Die gemeinnützige GmbH hat gegenüber der Behörde als Träger die wirtschaftliche Beweglichkeit voraus, arbeitet billiger und ist politisch unabhängig. Allerdings ist für die Unabhängigkeit unerlässlich, daß sie mit einem starken und liquiden Eigenkapital ausgestattet wird, um es einsetzen zu können, wenn die Finanzierungsmittel des Staates nicht schnell genug fließen.

Die politische Unabhängigkeit der Siedlungsträger schließt nicht aus, daß der Staat ein Aufsichtsrecht hat. Die Rechtsgrundlage hierfür ist das Reichssiedlungsgesetz. Der Staat muß durch seine Aufsichtsbehörde, das Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung, dafür Sorge tragen, daß die Siedlungsträger von den ihnen verliehenen öffentlich-rechtlichen Befugnissen rechten Gebrauch machen und ihre Maßnahmen in Einklang mit der staatlichen Agrarpolitik treffen.

Daneben bedürfen die Siedlungsunternehmen zur Durchführung ihrer Projekte weitgehend der finanziellen Unterstützung des Staates. Vor 1914 ließen sich die notwendigen Kapitalinvestitionen reibungslos auf dem Kreditwege finanzieren, weil die Siedler viel kapitalkräftiger waren. Beihilfen, Zuschüsse und Darlehen des Bundes und der Länder machen heute überhaupt erst die Siedlung möglich, gestalten das Siedlungsverfahren aber gleichzeitig sehr kompliziert.

gegenwärtig besitzen wir in allen Ländern des Bundesgebietes gewinnutützende Siedlungsgesellschaften. Für Nord- und Mittelbaden und damit auch für das Auswanderungsprojekt der Reichsbank ist die Badische Landesbank als Siedlungsträger zuständig. Sie ist mit einem Stammkapital von 1,7 Milliarden Reichsmark ausgestattet. Gesellschafter sind das Land, die Landkreise und Städte ihres Zuständigkeitsbereichs, der Verband badischer Gemeinden, landwirtschaftliche Kreditanstalten und ähnliche Körperschaften. Die Geschäftsführung erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung der öffentlichen Interessen.

2. Die Tätigkeit der Siedlungsträger nach dem zweiten Weltkrieg

Das Tätigkeitsgebiet der Siedlungsgesellschaften umfaßt die Durchführung der Aufgaben, die den Siedlungsträgern nach den

- a) Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 1919,
- b) Gesetz Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 30. 10. 1946,
- c) Agrarreformgesetz vom 27. 2. 1948,
- d) Siedlungsförderungsgesetz vom 15. 5. 1953,
- e) Bundesvertriebengesetz vom 19. 5. 1955

gesetzt sind.

Die Siedlungstätigkeit nach 1945 war getragen von dem Streben, die aus der Landwirtschaft kommenden Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Osten schnell zu neuen, das Gesetz Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform von 1946 und das Bundesvertriebengesetz von 1953 dienen diesem Ziele. Von der Tätigkeit der Siedlungsträger interessiert hier in erster Linie eine Übersicht über die Schaffung bäuerlicher Siedlerstellen (Tabelle 37).

Von der Gesamtzahl der neugeschaffenen Siedlerstellen in Höhe von 54 734 entfallen 6 899 auf bäuerliche, die verhältnismäßig weit größere Zahl auf Habenerwerbs- und Wohnsiedlerstellen. Läßt man die bäuerliche Vollerwerbsstelle bei 3 ha beginnen, was ungefähr auch der Wirklichkeit entsprechen dürfte, so zeigt die angeführte Statistik, daß 6 213 neue Bauernbetriebe die sich überwiegend auf Norddeutschland verteilen, mit einer Gesamtfläche von 104 819 ha erstellt wurden.

Städlungsstätigkeit in der Bundesrepublik 1945 bis 1954 28)

Tabelle 37

Land	Neustädungs- fläche in ha insgesamt	Neustädler- stellen insgesamt	Bäuerliche Siedlerstellen und deren Siedlerfläche in ha									
			unter 5 ha		5 ha bis 15 ha	15 ha u. darüber	III insges.	IV insges.				
			I	II	I	II			I	II		
Schleswig-Holstein	30 779	7 062	52	106	304	3 810	908	23 684	1 382	27 681		
Niederrhein	99	94	-	-	3	52	-	-	3	38		
Niederrhein	48 911	11 024	417	1 118	1 079	12 201	1 016	24 922	2 512	38 241		
Franken	90	28	-	-	-	-	-	-	-	-		
Niederrhein-Westfalen	16 676	7 439	62	217	489	5 509	309	6 715	856	12 439		
Bayern	8 163	9 614	29	65	299	5 232	115	2 847	441	6 144		
Niederrhein-Westfalen	5 690	554	42	108	163	1 685	192	3 531	391	5 424		
Niederrhein-Westfalen	5 908	7 712	14	30	228	2 389	143	2 809	385	5 228		
Bayern	13 975	11 307	70	245	632	7 034	221	4 325	923	11 604		
insgesamt	150 289	54 734	686	1 949	3 253	39 886	4 460	68 933	6 899	106 768		

I Zahl der Siedlerstellen
II Siedlerfläche
III bäuerliche Siedlerstellen
IV bäuerliche Siedlerfläche

28) Vgl. Ergebnis der ländlichen Siedlung 1945 bis 1954, in 3. Aufl. G. S. 1955, S. 161 fg.

II. Landbeschaffung

Im Gegensatz zur Grundbesitzbildung, so wie dieser nach Vorarbeiten der Grundbesitzbildung landwirtschaftlich nutzbar zu machen, stellt die Landbeschaffung im Ausleihungsverfahren in der Regel ein Problem dar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bereitstellung einer möglichst arrondierten Grundfläche für die Siedlerhöfe. In Gebieten mit Gewässerflurverfassung und starker Flurverteilung ist die Arrondierung aus ganz anderen Gründen, wenn die Ausleihung mit einem Flurverordnungsverfahren verbunden ist. Neben der Zusammenlegung bedürfen die ausleihenden Betriebe häufig einer Ergänzung ihrer Grundfläche, so wie zu Vollbauanteilen aufstocken zu können. Das hierfür nötige Land muß als Landeigentum oder als Landeigentum in Anspruch genommen werden.

Für die im Ausleihungsverfahren ^{Buchen} anfallenden Höfe ergibt sich ein Landbedarf von 180 ha LH. Das eingeworfene Land der Siedler beträgt 127 ha. Die noch erforderlichen 53 ha werden aus dem Eigentum der Badischen Landsiedlung und durch freien Ankauf aufgebracht. Das Landeigentum ist ausreichend.

Damit ergibt sich folgende Bodenbilanz:

Einwurfland der Siedler	127 ha
Eigentum der Badischen Landsiedlung	23 ha
Freihändiger Ankauf	<u>30 ha</u>
	180 ha

Das von den Siedlern eingeworfene Land setzt sich aus 419 Grundstücken zusammen, die auf der ganzen Gemarkung zerstreut liegen. Die im Eigentum der Badischen Landsiedlung befindlichen Grundflächen stammen aus Privatbesitz und sind in der Regel durch die Bodenreform erworben worden. Das frei angekaufte Land wurde in der Regel von Kleinbetriebern, von Gewerbetreibenden und in geringem Umfang auch von Einkäufern erworben.

Von den erforderlichen 180 ha LH liegen rund 2/3 im Siedlungs-

schien, der verbleibende Rest auf der Gemarkung verstreut. Es ist ein großer Nachteil, daß das Flurbereinigungsamt nicht in der Lage ist, die Flurbereinigung gleichzeitig mit dem Umsiedlungsverfahren abzuwickeln. Eine Gleichschaltung beider Verfahren würde für die Umsiedlung eine Verzögerung von mehreren Jahren bedeuten, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht hingenommen werden kann. Insbesondere lassen dringende bauliche Maßnahmen an den alten Gebäuden eine Hinausschiebung nicht zu. Um aber trotzdem eine Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Siedler innerhalb des Siedlungsgebietes zu ermöglichen, wurde die Flurbereinigung bereits zu Beginn des Umsiedlungsverfahrens angeordnet und damit § 36 des Flurbereinigungsgesetzes in Kraft gesetzt, der es der Flurbereinigungsbehörde ermöglicht, die im Siedlungsgebiet liegenden Grundstücke ihren Besitzern zu entziehen und der Badischen Landesiedlung zuzuweisen. Die Entschädigung der Grundeigentümer für die entzogenen Grundstücke werde durch das Siedlungsunternehmen im Austauschwege geregelt. Die Bewertung der Grundstücke beim Tausch mit dem Siedlungsträger erfolgt auf der Grundlage der Reichsbodenschätzung und unter Berücksichtigung der Entfernung vom Wirtschaftshof. Der Flächengewinn für die Badische Landesiedlung beträgt, da das Siedlungsgebiet an der Gemarkungsgrenze in weiter Entfernung vom Hof der Tauschpartner liegt, durchschnittlich 5 bis 10 %. Die Grundeigentümer, insbesondere Handwerker und Gewerbetreibende, nehmen den Flächenverlust in Kauf, wenn sie ihr Land in Stadtnähe bekommen. Da mit dem Abzug von Betrieben aus der Stadt auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme fremder Spann- und Fuhrdienste geringer wird, sind sie auf nahe gelegene Grundstücke angewiesen.

Daneben wird weitgehend vom freiwilligen Landtausch Gebrauch gemacht. Die grundbuchmäßige Eintragung und Abwicklung, die, weil innerhalb des Flurbereinigungsverfahrens, kostenlos ist, wird sofort vorgenommen und damit eine Verminderung der Teilnehmerzahl im Flurbereinigungsverfahren erreicht. Bereits jetzt konnte eine weitgehende Zusammenfassung des Landes im Siedlungsgebiet ermöglicht werden. Dies gelang vor allem durch die Bildung von

Tauschvereinigungen und den Austausch der Grundstücke im Ringtauschverfahren. In einem Falle wurde von der Badischen Landesleitung ein Ringtauschvertrag mit 27 Grundeigentümern, 130 Grundstücke umfassend, abgeschlossen. Durch die Tauschringe ist einmal ein Austausch der Grundstücke des Siedlungsträgers mit den Tauschpartnern innerhalb der Siedlungsgebiete möglich, zum anderen können die Tauschpartner unter sich ihre Grundstücke austauschen und zusammenlegen und damit die spätere Flurbereinigung wesentlich erleichtern bzw. praktisch zum Teil schon vorwegnehmen. Das Tauschverfahren ist allerdings nur möglich, wenn die Besiedlung zur Flurbereinigung reif ist.

III. Das Siedlungsgebiet

1. Wahl des Siedlungsgeländes

Die Wahl des Siedlungsgebietes wird, wenn sie nicht durch besondere Gegebenheiten eingeschränkt ist, von zwei Faktoren wesentlich beeinflusst:

- a) von dem Streben nach optimalem Nutzeffekt, der sich durch die Ausweisung erreichen läßt, nicht nur für die Siedlerbetriebe selbst, sondern für die gesamte Landwirtschaft einer Gemeinde;
- b) von dem Streben nach optimaler Abstranggestaltung für die Erschließung des Geländes und die Erstellung der Höfe.

Das in Buchen zur Besiedlung ausgewählte Gelände liegt nahezu drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt und umfaßt den höchstgelegenen Teil der Gemarkung in südöstlicher Richtung. Mit der Besiedlung dieses mit am entferntesten von der Stadt liegenden Gemarkungsteils wird für die im Stadtgebiet verbleibenden Betriebe eine wesentliche Verkürzung der Hof - Feldentfernung erreicht.

Die Kosten für die Erstellung der Neubauernhöfe und die Erschließung des Geländes dürften sich hier relativ am günstigsten gestalten. Auf Grund einer Gutachten des Landesgeologen ist mit Sicherheit reichlich Wasser in unmittelbarer Nähe zu finden. Die zu errichtende Wasserversorgungsanlage kann von hier aus gleichzeitig für die geplante Ansiedlung der Nachbargemeinde Bödighelm mitverwendet werden. Auch führt unmittelbar am Siedlungsgelände eine Hochspannungsleitung vorbei, so daß die Stromversorgung keine allzu großen Investitionen erfordert.

Das Siedlungsgebiet erstreckt sich im wesentlichen von der Eberstadter bis zur Bödighelmer Straße und stößt im Norden auf die Bahnlinie Buchen - Bödighelm. Es umfaßt die Gewanne:

Im Vogelgesang
Beim Breitenbüschlein
Hinter der Wart
Kricheldorn
Auf der Rienegg
Mörschhölzlein
Mörschgrund
Kaltenberg
In den Sansenhecken
Im Gereuth
Am Bödighaimerweg
Am Gäukelsbaum
In den langen Föhren.

Die zwölf Siedlerhöfe werden zu zwei Weilern locker zusammengefaßt. Für die Errichtung der beiden Weiler bieten sich günstige Plätze, die der Einwirkung der kalten Nord- und Nordostwinde entzogen sind. Der größere Weiler mit acht Höfen wird zu beiden Seiten des "Rienegggrabens" errichtet, der kleinere mit vier Höfen in "Gäukelgraben". Die Bildung von Weilern empfiehlt sich wegen der hohen Erschließungskosten, ist aber auch notwendig, damit unter den Siedlern wieder eine echte Nachbarschaft, aus der sie durch die Aus siedlung herausgerissen wurden, heranwachsen kann.

Mit der Wahl dieses Gebietes wird erreicht, daß:

- a) das hochgelegene Gelände von den in der Stadt verbleibenden Betrieben nicht mehr befahren werden muß;
- b) das Verhältnis zwischen den betriebsnotwendigen Erfordernissen und den Erschließungskosten ein optimales ist;
- c) bei Durchführung einer Aussiedlung in der Gemarkung Bödighaim die zu schaffende Wasserversorgungsanlage mitverwendet werden kann.

2. Boden- und klimatische Verhältnisse²⁹⁾

Geologisch liegt das Siedlungsgelände an der Naht zwischen Buntsandstein und Muschelkalk. Die Bodenverhältnisse sind, gemessen

²⁹⁾ Wir folgen hier den Ergebnissen eines Gutachtens des Ldw.-Amtes, das zum Aussiedlungsprojekt ausgearbeitet wurde.

an dem relativ kleinen Gebiet, sehr mannigfaltig. Zum großen Teil sind es Lehmlage, stellenweise geringe Mengen Kalkverwitterungshorizonten, die in verschiedenen starker Mächtigkeit über dem Buntsandstein liegen. Fluviale, in Flussschotter des Ostens sich befindliche Sandlagen weisen sogar Lösslagerungen auf.

Nur im Bereich "Halsenberg" tritt der Buntsandstein auch als kornbildende Schicht auf. Die durch die Geländebeschreibung festgestellten durchschnittlichen Ackerzahlen bewegen sich um 45 bei Extremwerten von 25 und 66.

Die Höhenlage schwankt zwischen 330 NN als dem tiefsten und 401 NN als dem höchsten Punkt. Auch bietet das Gelände nirgends der Bodenbearbeitung entgegenstehende Hindernisse.

Der Wasserhaushalt des Bodens ist zufriedenstellend. Da es sich größtenteils um mittelschwere Böden handelt, ist seine wasserhaltende Kraft gut. Lediglich der Buntsandsteinboden des "Halsenbergs" ist in seiner Wasserführung mangelhaft, da die Bodendurchlässigkeit zu gering ist. Die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge beträgt 750 mm und kann für die Durchführung eines intensiven Ackerbaus als zufriedenstellend bezeichnet werden. Lediglich die Verteilung der Niederschläge läßt zu wünschen übrig. Erfahrungsgemäß fällt weltweit der größte Teil im Winterhalbjahr.

Die Vegetationszeit ist verhältnismäßig kurz. Sie liegt ungefähr zwischen 1. Mai und 20. Oktober. Damit ist die Gefahr der Spät- und Frühfröste gegeben. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 7,7° Celsius.

IV. Die neuen Betriebsgrößen

Es ist eine Grundforderung der ländlichen Siedlung, daß nur solche Betriebe geschaffen werden, die einer bäuerlichen Familie auf die Dauer eine sichere Existenz gewähren. Betriebe, die nicht über eine Eigentumsfläche in Größe einer Ackerparzelle verfügen, müssen bei der Aussiedlung auf eine Ackerparzelle aufgestockt werden. Das Problem der Größe eines Familienbetriebes ist jedoch keine Konformationsfrage, sondern muß im Zusammenhang mit der Produktionsrichtung, der Einkommens- und der arbeitswirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes gesehen werden und hat damit dynamischen Charakter.

Die überwiegend im Osten vertretene Auffassung, daß bei der Neugestaltung der Größe landwirtschaftlicher Betriebe neben der primären politischen Zielsetzung die Maschine schlechthin der dominierende Faktor sein müsse, weil sie nur in Großbetrieben rationell eingesetzt werden könne, tritt in den westeuropäischen Ländern in den Hintergrund. Hier steht der Mensch im Mittelpunkt. Diese Anschauung ergibt sich nicht allein aus der Auffassung von "Wert und Würde des Menschen"³⁰⁾, sondern auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Die bei uns angestrebte hohe Arbeitsproduktivität setzt im modernen landwirtschaftlichen Betrieb Menschen voraus, die selbständig und verantwortlich denken und handeln können. Die Anpassung der technischen Hilfsmittel an die gegebenen Betriebsverhältnisse wird durch die technische Entwicklung selbst gefördert. Dagegen ist die arbeitswirtschaftliche Struktur eines Familienbetriebes weit weniger zu beeinflussen³¹⁾. Bei der geringen Anziehungskraft, die heute die Landarbeit auf familienfremde Arbeitskräfte ausübt, ruht die Arbeitslast fast ausschließlich auf den Mitgliedern der Familie des Betriebsinhabers. Ihre Arbeitskapazität ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Festlegung der Betriebsgröße.

30) Priebe, H.: Zur Frage der zweckmäßigen Größe ldw. Familienbetriebe, in: Z.f.d.g.S., 1952, Heft 5, S. 155.

31) Vgl. Priebe, H.: ebenda, S. 156 fg.

Damit ist das Problem der Größe der zu errichtenden Siedlungsstelle begrenzt durch den Begriff der Ackerernährung nach unten und durch die Arbeitskapazität der Inhaberfamilie nach oben.

Die Ackerernährung ist in hohem Maße abhängig von den jeweiligen natürlichen Erzeugungsbedingungen, dem Kulturarten- und Anbauverhältnis und der Intensität der Bewirtschaftung. Zur loro Ermittlung ist weder der Fläcche als äußere Betriebsgröße die innere wirtschaftliche Leistungskraft entscheidend, die mit der Erweiterung der biologischen und technischen Möglichkeiten und dem Hineinwachsen der landwirtschaftlichen Betriebe in die arbeitsteilige Wirtschaft bestimmt wird von dem Zusammenwirken von Boden, Arbeit und Kapital³²⁾. Berücksichtigen wir die in München gegebenen Verhältnisse, so dürften die Siedlerhöfe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 15 ha eine ausreichende Existenzgrundlage für die Bewirtschaftersfamilien darstellen. Bei dieser Betriebsgröße kann unter Berücksichtigung eines heute notwendigen Lebensstandards von einer vollen Ackerernährung gesprochen werden. Auch kann ein 15 ha-Betrieb bei ausreichender Mechanisierung von zwei bis drei Familienarbeitskräften, wie die durchschnittlich den Siedlerbetrieben zur Verfügung stehen, mit der gewünschten Intensität bewirtschaftet werden.

32) Vgl. Friebe, S.: Gedanken zur Größenbestimmung landwirtschaftlicher Familienbetriebe, in: Z. f. d. G.S., 1955, Heft 11, S. 241 fg.

V. Die Erzeugungsgrundlagen der Siedlerbetriebe

1. Die landwirtschaftliche Nutzfläche

Die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse von Siedlerbetrieben sind um so günstiger, je rationeller die Produktion gestaltet werden kann, d. h. je günstiger die Erzeugungsgrundlagen landwirtschaftliche Nutzfläche und Wirtschaftshof sind. Wie sich im Zuteilungsentwurf zeigt, läßt sich für die Siedlerbetriebe eine weitgehende Schonung der landwirtschaftlichen Nutzfläche erreichen.

Zuteilungsentwurf für das Siedlungsgebiet Buchen

Nr. der Stelle	Größe der Grundstücke	Gesamtgröße der Stelle	Gewinn
I	8,55 ha	14,45 ha	Am Falterberg
	1,69 ha		In den Längsbäumen
	4,21 ha		" " "
II	8,86 ha	16,75 ha	Am Kaltenberg
	7,89 ha		" "
III	7,40 ha	16,55 ha	Am Gäukelnsbaum
	3,91 ha		" "
	2,29 ha		Mörschgrund
	2,95 ha		"
IV	1,95 ha	17,12 ha	Am Bödighheimerweg
	1,63 ha		" "
	2,02 ha		" "
	1,44 ha		Am Gäukelnsbaum
	6,41 ha		In den langen Feldern
	3,65 ha		Im Gereuth

2. Bauabschnitt

I	3,77 ha	14,51 ha	Mörschgrund
	5,12 ha		Im Gereuth
	3,13 ha		" "
	1,88 ha		Am Kaltenberg
	0,61 ha		Am Bödighheimerweg
II	6,00 ha	14,64 ha	Mörschhölzlein
	8,64 ha		Beim Weidenbaum
VI	1,23 ha	14,63 ha	Am Weidenbaum
	2,00 ha		Beim Mörschhölzlein
	2,62 ha		" "
	1,72 ha		Mörschhölzlein
	5,94 ha		Auf der Rienegg
	1,12 ha		Mörschgrund

Nr. der Stelle	Größe der Grundstücke	Gesamtgröße der Stelle	Gewann
VII	1,34 ha 3,00 ha 5,00 ha <u>9,34 ha</u>	15,62 ha	Am Weidenbaum Beim Mörschhölzlein Mörschhölzlein <u>Beim Freientbachlein</u>
VIII	14,72 ha	14,72 ha	Auf der Rienegg
IX	1,29 ha 4,00 ha 7,00 ha <u>2,86 ha</u>	15,15 ha	Am Weidenbaum Beim Mörschhölzlein Mörschhölzlein Kricheldorn
X	2,17 ha 5,69 ha 2,68 ha <u>4,79 ha</u>	15,33 ha	Beim Weidenbaum Kricheldorn " Im Vogelgesang
XI	1,29 ha 7,13 ha 5,19 ha <u>1,90 ha</u>	15,51 ha	Am Weidenbaum Hinter der Wart Im Vogelgesang Beim Mörschhölzlein
XII	7,00 ha 6,49 ha <u>1,44 ha</u>	14,93 ha	Beim Weidenbaum Mörschhölzlein "

Neuerdings ist geplant, einen weiteren Betrieb anzuschließen, so daß insgesamt 13 Siedlerhöfe im Siedlungsgebiet errichtet werden. Die Erweiterung des Siedlungsverfahrens ist aus vermessungstechnischen Gründen notwendig; gleichzeitig läßt sich dadurch eine günstigere Aufteilung der hohen Erschließungskosten erreichen.

Während der alte Besitzstand der Betriebe im Durchschnitt rund 42 Teilstücke aufweist, ist die Neuverteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche so geplant, daß auf jeden Siedlerhof höchstens sechs Grundstücke entfallen. Häufig sind diese lediglich durch Zufahrtswege getrennt, so daß man, wie sich aus der Karte ergibt, je Siedlerstelle mit drei Schlägen rechnen kann. Jeder Betrieb besitzt zunächst direkt beim Hof eine Grundfläche von mindestens 1,2 ha. Damit ist die Möglichkeit zur räumlichen Ausdehnung des Wirtschaftshofes und zur Anlage von Jungviehweiden gegeben. Die übrigen Grundstücke befinden sich im

+ siehe Anhang, Karte 1 : 5000 (Anmerkung Seite 21).

Höchstfälle in einer Entfernung von 700 m. Ihre Erschließung durch Wege ist sehr günstig; die meisten Teilstücke sind von mehreren Seiten zugänglich.

Um an einem Beispiel den Zusammenlagungsgrad der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu veranschaulichen, wurde auf der Karte¹ der Zuteilungsentwurf für die neuen Siedlerhöfe der parzellierte Grundbesitz der Stelle 17 (Betrieb Nr. 8) vor der Ausweisung gegenüber gestellt. Neben den aufgewiesenen 26 Grundstücken liegen 14 weitere innerhalb des Siedlungsgebietes.

2. Der Wirtschaftshof

Im Mittelpunkt der Planung bei der Errichtung der Siedlerbetriebe steht neben der Hausaufteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche die Gestaltung des Wirtschaftshofes. Der Bau einer Siedlung muß bei seiner Entstehung nicht nur weitestgehend nach den Bedürfnissen der praktischen Betriebsführung ausgerichtet werden, sondern hat auch die fast immer knappen Geldmittel zu berücksichtigen. Es ist nicht das Ziel des Siedlungsträgers, mit den staatlichen Mitteln in jeder Hinsicht vollkommene Gebäude und betriebswirtschaftlich vollendete Höfe aufzubauen. Die Gebäude sollen der Kern einer künftigen Hofanlage sein, der nach den individuellen Wünschen und Planungen der Siedler Zug um Zug ausgebaut, erweitert und vervollständigt werden kann. Gleichzeitig sollen sie aber auch den notwendigen Ansprüchen einer bäuerlichen Wirtschaft für das erste genügen. Der Karabau erhebt keineswegs den Anspruch der Vollkommenheit, sondern soll als echtes Siedlungsbau von den Besitzern selbst weiterentwickelt werden.

Bei der Erörterung der Frage, welcher Bautyp am geeignetsten erscheint, ist es interessant, auch ausländische Beispiele heranzuziehen. Die Schweiz hat bereits betriebswirtschaftlich sehr fortschrittliche Gebäudetypen errichtet, bei denen der Scheunenumraum die Form eines geräumigen Hallen besitzt. Dabei wurde hervorgehoben, daß die Wirtschaftsweise

¹ siehe Anhang, Karte 1 = 5000 (Anmerkung Seite 21).

Einige landwirtschaftlichen Betriebe Änderungen unterworfen ist, und das es möglich sein muß, dieses für andere Zwecke ohne besonderen Einspruch zu verwenden. Durch die Ausbildung des Siedlerwohnhauses als freie Halle wird der Fehler vermieden, sich eine weitere Entwicklung des Wirtschaftsgebäudes zu verweigern. Beachtungswert ist in der Schweiz weiter die Tendenz, das Wohnhaus vom Wirtschaftsteil gänzlich zu trennen, wie das insbesondere bei der englischen, neuerdings auch bei der holländischen ländlichen Siedlung immer mehr zu beobachten ist. Man sucht dabei der Forderung der Landbesitzer nach einer Wohnmöglichkeit, die den Bedürfnissen des modernen Menschen Rechnung trägt, entgegenzukommen.

Eine Trennung von Wohn- und Wirtschaftsteil ist in der Bundesrepublik aus finanziellen Gründen nicht möglich. Wohl aber wird auch bei uns der Gestaltung und Ausstattung des Wohnteils besondere Beachtung geschenkt. Die Siedlerstellen werden in der Regel mit zwei Wohnungen gebaut und bieten dadurch den drei Generationen einer gesunden Bauernfamilie ein gemeinsames Heim. Die agrarpolitisch und soziologisch vernachlässigte Aufgabe der Zweitwohnung ist es, den Übergang eines Betriebes von einer Generation auf die andere zu ermöglichen. Sie schützt die Alten vor dem Isoliersein am Ende ihres Lebens und trägt wesentlich zur Lösung des weitverbreiteten Problems bei, daß die Höfe den Jungen zu spät übergeben werden.

Der im Ausstellungsverfahren im Jahre 1934 erstellte einheitliche Bautyp ist der sogenannte Zinshof, weil er finanziell am günstigsten zu stehen kommt und den größtmöglichen ungebauten Raum bietet. Dieser Bautyp findet auch bei den Siedlern allgemeinen Anklang. Er hat eine Ausdehnung von 30 m Länge und 14 m Breite. Der Wohnteil besteht aus zwei Wohnungen, wobei die Zweitwohnung im Obergeschoß den gleichen Grundriß hat wie die Siedlerwohnung im Erdgeschoß. Beide Wohnungen bestehen aus vier Wohnräumen (einschließlich Küche und Schlafzimmer), Bad und Speisekammer; im Obergeschoß ist zusätzlich noch ein Gesinde- oder Fremdenzimmer untergebracht. Wohn- und Wirtschaftsteil sind direkt miteinander verbunden. Im von der Wohnung nach außen gerichteten Bereich des

sich anschließenden Viehstall zu veranlassen, wurde im Erdgeschoß die Futterkammer angeschlossen. Der Stall bietet Raum für 12 Stück Großvieh und den entsprechenden Schweinebestand. Die von den Siedlern geübte Kritik an der Zusammenlegung von Vieh- und Schweinestall dürfte sich als weitgehend ungerechtfertigt erweisen. Aus bereits in Betrieb genommenen Siedlerhöfen in anderen Gebieten (z. B. Siedlung Neuenburg in Südbaden) ist bekannt, daß infolge eingetretener Entlüftungsschwierigkeiten von starkem Geruch kaum etwas zu bemerken ist. Ebenso ist die Befürchtung störender Einflüsse durch die Zugwege unbegründet. Die Fütterung des Rindviehs erfolgt von einem sich dem Stall anschließenden Futterlagerraum im Scheunenraum durch Futterluken. Der Fensterboden ist ausreichend für die Unterbringung von Stroh und Raufutter, insbesondere wenn man in Betracht zieht, daß die Betriebe zur Hühnerwirtschaft übergehen werden. Zu erwähnen ist auch, daß sich alle Siedler in Erweiterung des Kernbaus auf eigene Kosten ein Futterstall anlegen ließen. Der Scheunenraum wird abgeschlossen von Jungviehstall, der mit einem Auslauf verbunden ist, und dem Maschinenunterstallraum. Der Maschinenraum reicht bei der jetzigen Maschinenausstattung gerade aus, kann aber ohne Schwierigkeiten erweitert werden, so daß auch bei einer höheren Mechanisierungsstufe die Maschinen alle untergebracht werden können.

Die einzelnen Höfe liegen so weit auseinander, daß sie sich in ihrer betriebswirtschaftlichen und häufliehen Weiterentwicklung gegenseitig nicht behindern oder stören, andererseits aber das Gefühl der Zusammengehörigkeit erhalten bleibt und im Notfalle Nachbarschaftshilfe geleistet werden kann.

Die Neuorganisation der Siedlerbetriebe

1. Das Nutzflächen- und Anbauverhältnis

Das Verhältnis der verschiedenen Kultur- und Nutzanlagen und ihre gegenseitige Ergänzung ist maßgebend für den Umfang der aufzubewerkstelligenden Arbeits- und Kapitalmenge und beeinflusst in hohem Maße den Betriebserfolg. Eine der wichtigsten betrieblichen Kennziffern ist das Ackerland - Grünlandverhältnis. Das Grünland ist im allgemeinen maßgebend für den Umfang der Viehhaltung. Es stellt jedoch keinen absoluten Faktor innerhalb der Betriebsorganisation dar, sondern kann durch den Ackerfütterbau wesentlich ergänzt werden. Der Ackerfütterbau dürfte im Siedlungsgebiet stark in den Vordergrund treten, da dieses fast ausschließlich aus Ackerland besteht und nur in beschränktem Umfang als Dauergrünland geeignet ist. Schätzungsweise läßt sich je Betrieb eine Grünlandfläche von 1,5 bis 2 ha anlegen. Die erforderliche zusätzliche Ackerfütterfläche sollte bei dem zu erwartenden guten Viehbesatz 3,5 bis 4 ha betragen.

Gegenüber dem bisherigen Bodennutzungs-system wird bei den neuen Siedlerbetrieben keine unwirksame Veränderung eintreten. Die wesentlich bessere innere Verkehrslage und die dadurch mögliche intensivere Bewirtschaftung lassen jedoch eine weitere Verschiebung zur intensiveren Getreide- Hackfruchtanbauwirtschaft zu. In einer Vorplanung des Landwirtschaftsamtes³³⁾ wird folgendes Anbauverhältnis für die Siedlerbetriebe als geeignet vorgeschlagen (siehe Tabelle 38).

Das bisher übliche Fruchtfolge-system der verbesserten Dreifelderwirtschaft wird durch die intensivere Fruchtwechselwirtschaft ersetzt werden, soweit ihr nicht schädliche Bodenverhältnisse entgegen stehen. Durch einen verstärkten Zwischenfruchtanbau läßt sich eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Nutzfläche erreichen, die vornehmlich der Viehwirtschaft zugute kommt.

33) Vgl. Unterlagen des Idw.-Amtes Buchen: Gutachten zur Aussiedlung.

Gepflanzte Nutzflächen- und Anbauverhältnisse der Neusiedlerstellen

Tabelle 38.

Fruchtart Fläche in ha	Getreide		Hackfrüchte		Futtermittel		Acker- land insges.	Grün- land	Sonst. Fläche	Gesamtfläche der Stellen
	Winter-	Sommer-	Kartoffel	Zucker- rüben	Futter- rüben	Inzerne sonstige				
	2,70	3,30	1,40	0,60	1,00	2,70	32,60	2,00	0,40	15,00

* Quelle: Vom Landwirtschaftsamte Buchen aufgestellter Anbauplan.

2. Die Viehwirtschaft

Die Viehwirtschaft ist der Betriebszweig der Siedlerhöfe, der durch die beschränkten räumlichen Verhältnisse im Stadtkern stark in seiner Entwicklung gehindert wurde. Seine angestrebte Intensivierung, bisher von vornherein aus Mangeln verurteilt, wird sich in den neuen Betrieben zunächst in einer Erhöhung des Viehbestandes bemerkbar machen. Das trifft auch für den Schweinebestand zu, dessen Unterbringung bisher die größten Schwierigkeiten bereitete. Der geplante Gesamtviehbestand eines Siedlerbetriebes beläuft sich auf insgesamt 14,3 GVE. Er setzt sich zusammen aus:

2 Pferde	2,4 GVE	
6 Kühen	6,0 "	
1 Kalbin	1,0 "	
3 Rindern über 1 Jahr	1,8 "	
3 Rindern unter 1 Jahr	1,2 "	
	12,4 GVE	
1 Mutterschwein	0,3 GVE	
4 Mastschweinen	1,0 "	
6 Läufern	0,6 "	
	1,9 GVE	
		<u>14,3 GVE</u>

Nach oben hin wird der Viehbestand begrenzt durch die zur Verfügung stehende Futterfläche und die Arbeitskräfte, nach unten durch den für den Längemittelansatz notwendigen Stallinhaltsbedarf. Bei dem vorgesehenen Viehbestand entfällt auf eine GVE eine Futterfläche von rund 65 a.

Das Streben nach Intensivierung der Viehwirtschaft wird in besonderem Maße durch die gegebene günstige Marktlage für Veredelungsprodukte bestimmt. Die guten Absatz- und Preisverhältnisse für Erzeugnisse der Viehwirtschaft dürften von den Siedlerbetrieben wahrgenommen werden und einen günstigen Einfluß auf die Betriebsgebarung ausüben.

3. Die Arbeitswirtschaft

Die Bedeutung der Arbeitswirtschaft für die Festlegung der Betriebsgröße wurde bereits hervorgehoben. Die Arbeitswirtschaft, die hier wiederum im umfassendsten Sinne, also unter Einbeziehung der Arbeitshilfsmittel und des Mechanisierungsgrades angesprochen werden soll, ist von gleicher Wichtigkeit für die Neuorganisation der Siedlerbetriebe. Dabei liegt unserer Betrachtung stets die Arbeitskapazität der Siedlerfamilie zugrunde, denn es ist ja eines der Ziele bei der Errichtung der neuen Höfe, diese unabhängig vom Lohnarbeitskräften zu machen. Den Siedlerfamilien stehen im Durchschnitt zwei bis drei Arbeitskräfte zur Verfügung. Doch ist zu beachten, daß die Bauernfrau weitgehend durch die Arbeiten in Haushalt und die Versorgung der Kinder beansprucht wird. Sie sollte im Betrieb nur zur Bewältigung der Arbeitsspitzen eingesetzt werden und kann auch nur als halbe betriebliche Arbeitskraft in Ansatz kommen. Die betriebliche Planung muß auf zwei Arbeitskräften aufbauen, sowohl in der Feld- als auch in der Viehwirtschaft.

Der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeitskräfte wird durch die fortschreitende technische Entwicklung fortwährend erweitert. Die Landmaschinen und Arbeitshilfsmittel tragen nicht nur zur Erleichterung der Landarbeit bei, sondern gestalten diese auch wesentlich produktiver. In die Betrachtungen der Arbeitswirtschaft muß deshalb der Technisierungsgrad mit einbezogen werden.

Auf den alten Höfen mit der herrschenden starken Parzellierung war der Wirkungsgrad der für die Feldwirtschaft bestimmten Maschinen gering. Auf den neuen mehrere Hektar großen Schlägen dagegen kann er voll zur Geltung kommen. Eine weitere starke Maschinisierung, wie sie für die Siedlerbetriebe wünschenswert wäre, ist wegen der dafür erforderlichen hohen Kapitalinvestitionen in Kürze jedoch nicht zu erreichen. Wenn man landwirtschaftliche Großmaschinen ins Auge faßt, so lassen sich diese im Produktionsbereich auch nur gemeinschaftlich wirtschaftlich einsetzen. Hier bleibt die Möglichkeit, durch planvolle überbetriebliche Zusammen-

arbeit in Form der verbindlichen Maschinenhaltung die arbeitswirtschaftliche Schließkraft der Siedlerfamilien zu stärken. Doch scheinen die Siedler in Bezug von derartigen Maßnahmen vorerst nur zögernd Gebrauch machen zu wollen.

Die Innenarbeiten gestalten sich auf den neuen Dörfern wesentlich rationeller und lassen sich mit einem weit geringeren Arbeitsaufwand durchführen.

Wir können feststellen, daß die neuen, 15 ha großen Siedlerbetriebe bei der vorgesehenen Betriebsorganisation von den zur Verfügung stehenden familieneigenen Arbeitskräften mit der gewünschten Intensität bewirtschaftet werden können. Ausschlaggebend für den Erfolg ist in erster Linie der Fleiß und die Thätigkeit der Betriebsinhaber.

C. Finanzierung der Aussiedlung

I. Die Finanzierungsgrundlagen der ländlichen Siedlung

1. Der Begriff der ländlichen Siedlung

Um die Mittel erfassen zu können, die von der öffentlichen Hand für die Finanzierung von Bauhausmaßnahmen bereitgestellt werden, ist es notwendig, zunächst eine Abgrenzung des Begriffs "ländliche Siedlung" zu versuchen und die Stellung der Aussiedlung innerhalb dieses Begriffes zu klären. Der Begriff der ländlichen Siedlung wurde im Reichssiedlungsgesetz eindeutig festgelegt. Hiernach wurde eine Siedlung verstanden:

- a) die Neusiedlung, d. h. die Schaffung neuer Siedler- und Handwerkerstellen;
- b) die Anliegersiedlung, d. h. die Aufstockung bestehender Kleinbetriebe bis auf die Größe einer selbstständigen Ackernehmung;
- c) die Umwandlung von Pachtstellen der sogenannten "Leispachtdörfer" in Eigentümerstellen im Lande Schleswig-Holstein in Verbindung mit siedlungspolitischen Maßnahmen.

Das Kriterium des ländlichen Siedlungsbegriffes war auf das ländliche Berufsbild und die dörfliche Struktur abgestellt³⁴⁾. Die normale Rechtsform der Siedlung war der Erwerb der Siedlerstelle oder der Landzulage zu Eigentum.

Nach dem zweiten Weltkrieg brachten zunächst die Bodenreformgesetze in den Ländern der ehemaligen amerikanischen und französischen Besatzungszone insofern eine Änderung, als sie bestimmten, daß die Siedleranwärter die Siedlerstellen vorerst drei Jahre zu Pacht mit Kaufanwartschaft erhalten sollten, und daß diese Rechtsform der Siedlung als Siedlungemaßnahme im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes anerkannt wurde. Um einen schnellen Erfolg bei der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zu erreichen, legte das im Jahre 1949 erlassene Flüchtlings-

34) Vgl. O. V.: Bereinigung der Begriffe, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 3, Seite 49.

Siedlungsgesetz und das älteste Abwässer- Bundesvertragsabkommengesetz von 1891 den Schwerpunkt der Siedlungsmaßnahmen auf den Land- und die Pachtung bestehender Wäse und wies auf den im Reichssiedlungsgesetz im Vordergrund stehenden Begriff der "Ansiedlung"³⁵⁾. Das Siedlungsförderungsgesetz von 1953 hat diese Form der Siedlung ebenfalls übernommen.

Damit ist der Begriff "ländliche Siedlung" gegenüber dem im Reichssiedlungsgesetz festgelegten Sinne wesentlich erweitert worden. Pacht mit Kaufanwartschaft und auch Pacht ohne verbindliche Kaufanwartschaft werden heute hinsichtlich der Finanzierung als Form ländlicher Siedlung anerkannt. Um die damit geschaffene Unklarheit über die Art der Durchrechnung zu beseitigen, haben einige Länder der Bundesrepublik besondere Bestimmungen darüber getroffen, welche Maßnahmen in ihrem Verwaltungsbereich als Siedlung im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes anzusehen sind. Zur Siedlung gehört danach neben der Vorstellung von der Wohnungsfürsorge und der Zahlung einer Rente die soziale betriebswirtschaftliche Note. In Baden-Württemberg wird auf Grund dieser Bestimmungen auch die Aussiedlung in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren als Siedlung im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes anerkannt³⁶⁾.

2. Die Beschaffung der Finanzierungsmittel

Die Finanzierung, d. h. Beschaffung und wirtschaftlicher Einsatz der bereitgestellten Geldmittel, ist ein Hauptglied in der Kette der siedlungspolitischen Maßnahmen. Schon die Tatsache, daß der Kapitalbedarf in diesem sich schlecht rentierenden Wirtschaftsbereich seit je durch Finanzmaßnahmen der öffentlichen Hand in Gestalt von Siedlungskrediten, verbunden mit einer sich aus agrar- und sozialpolitischen Gründen herausbildenden Subventionierung gedeckt wurde, läßt ihre entscheidende Bedeutung innerhalb der Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Siedlung erkennen.

Die seit der preussischen Rentengesetzgebung entwickelten Finanzierungsmethoden haben ein Siedlungsverfahren stets unter dem Aspekt eines wirtschaftlichen Vorganges gesehen und ihre

35) Vgl. O. V.: Bereinigung der Begriffe, a. a. O. Seite 49.

36) Vgl. O. V.: Was gilt als Siedlung, in: W.R.d.G. 3, 1955, Heft 4, Seite 74.

Grundbesitz in Anlehnung an die Kapitalmarktgesetze für den langfristigen Hypothekendarlehen entwickelt. Durch das Rentenbanksystem war die Grundlage für die Kommerzialisierung des mündelten zur öffentlichen Mitteln gezogenen Zwischenkredit durch Refinanzierung im Wege der Wertpapierbegebung geschaffen worden. Auf diese Weise konnten die öffentlichen Mittel nach Durchführung eines Umlaufungsverfahrens durch Mittel des privaten Kapitalmarktes ersetzt und somit ausbehalten verwandt werden³⁷⁾.

Die drei tragenden Pfeiler dieses Finanzierungs-systems waren:

- a) der echte Siedlungszwischenkredit als Sammelkredit aller der gestellten Aufgabe dienenden Mittel;
- b) der echte Dauerkredit, der in der Form der tragbaren Rente als der alleinigen Leistung der Siedler amortisiert wurde;
- c) die Zwangsgebundenheit aller in der Siedlung arbeitenden Mittel und ihre Bewegung als revolvernder Fonds³⁸⁾.

Die Funktionsfähigkeit des kurz aufgestellten, auf der Grundlage der Einsichtung des Kapitalmarktes entwickelten Finanzierungs-systems ist heute außerordentlich ersichtlich. Zwar wurden durch die Wiederaufnahme der Deutschen Siedlungsbank und der Deutschen Landesrentenbank die banktechnischen Voraussetzungen wiederhergestellt, doch die Gründe hierfür sind zunächst in der Komplexität und Verschiedenartigkeit der Finanzierungsbestimmungen zu erblicken. Jedes Verfahren setzt bis zur einzelnen Siedlerstelle hinunter eine komplementäre Kreditbeschaffung voraus, für die eine Vielzahl von Quellen in Anspruch genommen werden muß. Zum anderen werden die den Siedlungsträgern von den verschiedenen Stellen des Bundes und der Länder als Zwischenkredite bewilligten Mittel zu sehr unterschiedlichen und niedrigen Zins- und Tilgungssätzen vergeben, die Bundesmittel

37) Vgl. O. V.: Grundbesitzfragen zur Finanzierung der öffentlichen Siedlung, in: Z.f.d.g.B., 1954, Heft 4, S. 98.

38) Vgl. Boyens, W. F.: Forderungen der Siedlungspraxis an die Siedlungsfinanzierung, in: Z.f.d.g.B., 1954, Heft 5, S. 129.

stehen weitgehend alleine zur Verfügung. Dadurch gestaltet sich die Refinanzierung des gewährten Zwischenkredits durch Mobilisierung von Arbeitskapital auf dem Kapitalmarkt sehr schwierig oder ist überhaupt unmöglich.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Untersuchung, das Problem der Neugestaltung der Siedlungsfinanzierung zu erörtern. Es sei lediglich bemerkt, daß die ländliche Siedlung, wenn sie auch nicht "als Kategorie eines sich im freien Spiel der Kräfte vollziehenden wirtschaftlichen Vorgangs eingeordnet werden kann, weil hier im staatlichen Interesse einen volkswirtschaftlich schwachen, aber zu fördernden Personenkreis mit starker einzelner Hilfe des Staates eine Existenzchance aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erkenntnissen heraus geboten werden sollte³⁹⁾, dennoch gefördert werden sollte, soweit irgend möglich ihren wirtschaftlichen Charakter unter Beibehaltung ihrer wichtigen agrar- und sozialpolitischen Seite zu wahren. Zur technischen Vereinfachung empfiehlt sich die Zuleitung der eingesetzten Gelder in ein einziges Institut, Siedlungsträger und insbesondere der Wiedler sollten ihre finanziellen Verpflichtungen nur mit einem Finanzierungsinstitut abwickeln haben. Je nach der Art der Siedlerstelle steht heute eine Vielfalt öffentlicher und privater Mittel zur Verfügung, die, um die Finanzierung zu ermöglichen, in der Regel restlos ausgeschöpft werden müssen:

Öffentliche Mittel

1. Bundeshaushaltsmittel für das landwirtschaftliche Siedlungswesen;
2. Bundeshaushaltsmittel für die Neusiedlung und Eingliederung der Vertriebenen und für die Förderung einheimischer Siedlungsbewerber nach dem BVFG und BFG;
3. Landeshaushaltsmittel für das landwirtschaftliche Siedlungswesen und den sozialen Wohnungsbau;
4. Mittel aus dem Lastenausgleichsfonds;
5. Flüchtlings-Siedlungskredite aus dem ERP-Vermögen;
6. Mittel aus dem Zwischenvermögen bei der Deutschen Siedlungsbank.

³⁹⁾ D. V. : Grundbetrifragen zur Finanzierung der ländlichen Siedlung, a. a. O., S. 94.

B. Sonstige Mittel

7. Kredite von Banken und Versicherungsunternehmen⁴⁰⁾

Die Mittel zu 4. und 5. sind ausschließlich zu 1. und 2. vorwiegend für Siedlungsvorhaben Vertriebenen bestimmt; die übrigen dienen auch der Ansiedlung einheimischer Bewerber.

Die Finanzierung der Aussiedlung muß in jedem Falle mit einem Höchstmaß an Eigenleistung verbunden werden. Ein Teil der Bankkosten läßt sich ohne Schwierigkeiten durch Hand- und Spanndienste decken. Außerdem ist durch die Verwertung der Altgebäude die Möglichkeit gegeben, den Eigenkapitalanteil bei der Bereitstellung der Finanzierungsmittel zu erhöhen.

40) Vgl. O.V.: Die Finanzierungsgrundlagen der ländlichen Siedlung, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 4, S. 122

1. Die Finanzierung der Siedlung der Stadt Buchen

1.1. Die Erschließungskosten des Siedlungsgebietes

Bei den Vereinbarungen im früheren Jahrhundert, beispielsweise im Lempter Gebiet, stellte die Erschließung des Siedlungsgebietes kein besonderes Problem dar. Das notwendige Wasser konnte meist auf einfache Weise in der Nähe des Hofes beschafft werden. Heute dagegen sind die Mindestanforderungen für die Führung eines Bauernhofes ungleich höher. Die wachsende Motorisierung erfordert ein gutes Wegenetz, und für die Gestaltung der Hofarbeiten ist eine moderne Wasser- und Elektrizitätsversorgungsanlage unerlässlich. Die Siedlerhöfe müssen so ausgestattet sein, daß sie rationell geführt werden können und den Siedlerfamilien einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten. Nicht nur aus der sozialen-psychologischen Sicht, sondern auch im Hinblick auf die Kosten der Erschließung empfiehlt sich daher die Anlage der Siedlerhöfe in Weilerform.

Der Ausbau der Wege im Siedlungsgebiet der Stadt Buchen erfordert keine hohen Investitionen. Die beiden Weiler können vorteilhaft in das bestehende Wege- und Gewässernetz eingefügt werden und liegen nur wenige Meter von der Straße Buchen - Bödingheim entfernt, so daß ihr zunächst notwendiger Anschluß zur Stadt einfach ist. Die Zufahrt zu den Gebäuden wird von den Siedlern selbst als Eigenleistung hergestellt. Der erforderliche weitere Ausbau des Wege- und Gewässernetzes erfolgt im Rahmen des Flurereinigungsverfahrens. Die Ausführungskosten, die sich auf 200 - 300 M je Ha belaufen, werden von der Teilnehmergemeinschaft getragen.

Die Versorgung mit elektrischer Energie ist in sofern erleichtert, als sie durch direkten Anschluß an die Leitung Oberschaffenz - Höpfingen, welche das Siedlungsgebiet überquert, zu ermöglichen ist. Die Kosten der Elektrizitätsversorgung für die zwei Weiler betragen etwa 40 000 M. Weit schwieriger gestaltet sich die Wasserverschließung. Das Wasser muß aus einem Tiefbrunnen gewonnen werden, der zweckmäßigerweise am tiefsten Punkt des "Hieneggraben" niederzubringen ist.

Von einem im Gewann "Rienage" zu existierenden Hochbehälter können dann die Hufe durch Stöbleitungen mit Trink- und Löschwasser versorgt werden. Die Gestehungskosten hierfür belaufen sich nach einer vorläufigen Berechnung des Wasserversorgungsamtes Adelsheim auf 150 000 M., wobei mit Zerschließung aus verschiedenen Quellen gerechnet werden kann. Doch bereits jetzt schon erkennt man, daß dieser Kostenveranschlagung erheblich überschritten werden wird, und sich die Kosten auf ungefähr 260 000 M. erhöhen werden. Die Wasserverschließungsanlage wird nach Fertigstellung kostenlos in das Eigentum der Stadt Buchen übertragen.

Zusammenstellung der vorläufigen Verschließungskosten:

Wege	— DM
Elektrizitätsversorgung	40 000 M
<u>Wasserversorgung</u>	<u>260 000 DM</u>
Erschließungskosten	300 000 DM

Als Träger für die Durchführung der Erschließung wird zweckmäßigerweise die Stadt Buchen eingesetzt. Ein Träger ist insbesondere deshalb erforderlich, um die Zuschüsse und Beiträge der öffentlichen Hand zu erlangen, die in Buchen sehr hoch sind. Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt wurde seitens des Landesamtes für Flurbereinigung und Siedlung ein Erschließungskostenbeitrag von nur 25 000 M. gefordert. Die über diesen Betrag hinausgehenden Kosten werden, soweit sie nicht durch sonstige staatliche Zuschüsse (Grundförderung, verbriefte Grundförderung) gedeckt werden können, von der Oberen Flurbereinigungsbehörde übernommen. Dies will sich darüber hinaus für die Beschaffung eines Kredits zu günstigen Bedingungen für die Stadt Buchen verwenden.⁴¹⁾

2. Die Gestehungskosten der Siedlerstellen und ihre Finanzierungsquellen

Am Aussiedlungsverfahren der Stadt Buchen sind sowohl Einheimische als auch Vertriebene als Siedler beteiligt. Die verschiedenartigen Ausgangssituationen, die für die einzelnen Siedler einerseits und für die Flüchtlingssiedler

41) Vgl. Unterlagen des Flurbereinigungsamtes Buchen.
Akte der Aussiedlung 75/4

weitererweitert gegeben sind. Finden ihren Niederschlag auch in der Finanzierung der Siedlerstellen. Unterschiede in der Finanzierung ergeben sich daraus, daß einmal der einheimische Siedler sein Eigenkapital, d.h. seinen Grundbesitz, sein lebendes und totes Inventar und seine Betriebsmittel in das Siedlungsverfahren einzubringen vermag, während der Einheimischsiedler ausschließlich auf Fremdkapital angewiesen ist. Zum anderen liegen wie in den für einheimische und vertriebene Siedlungswillige unterschiedlichen Finanzierungsquellen. Eine Gegenüberstellung der Gestehungskosten und des vorläufigen Finanzierungsrahmens je Siedlerstelle für Einheimische und für Flüchtlinge läßt die Unterschiede erkennen⁴²⁾:

Einheimische Siedler

I. Gestehungskosten je Siedlerstelle

1. Landankauf 15 ha	20 000 DM	
2. Vermessungskosten 15 ha x 250 DM	3 750 DM	
3. Erschließungskosten	11 000 DM	
4. Baukosten	30 000 DM	
5. Zinsendienst	2 000 DM	
6. Besiedlungsgebühr	4 800 DM	
7. Unvorhergesehenes und Außenanlagen	<u>1 450 DM</u>	100 000 DM

II. Vorläufiger Finanzierungsrahmen

	DM	Verz. %	Tilg. %	Belastung DM
1. Anzahlung	7 500	-	-	-
2. Soziale Wohnbaumittel	8 000	1	+ 1	160
3. Darlehen Bund nach SFG	38 000	-	+ 2	760
4. Beihilfe Bund nach SFG	9 500	-	-	-
5. Darlehen Land	20 000	3,5	+ 0,5	800
6. Vorläuf.unverzinsl.u. untilgbares Darl.Land	8 500	-	-	-
7. Zuschuß Land	<u>8 500</u>	-	-	-
	100 000			1 720

42) Vgl. Unterlagen des Flurbereinigungsamtes Buchen, Akte 75/4.

2. Weitervertriebene Stadler

I. Gestehungskosten je Niederzelle

1. Landankauf 16 ha	20 000 DM	
2. Vermessungskosten 15 ha x 250 M	3 750 DM	
3. Erschließungskosten	11 000 DM	
4. Baukosten	56 000 DM	
5. Bevorratung	4 000 DM	
6. Zinsendienst	3 000 DM	
7. Besiedlungsgebühr	6 400 DM	
8. Unvorhergesehenes und Außenanlagen	1 350 DM	105 000
9. Inventarisierung	18 500 DM	123 500

II. Vorläufiger Finanzierungsrahmen

	DM	Verz. %	Tilg. %	Belastung I	II
1. Anzahlung § 46/2 BVFG	8 000	0	+ 2	-	160
2. Soziale Wohnbaumittel	8 000	1	+ 1	160	
3. Darl. Bund § 46/1 BVFG	16 000	0	+ 2	320	
4. Zuschuß Bund § 46/1 BVFG	4 000	-	-	-	
5. Darlehen Land	13 600	3,5	+ 0,5	544	
6. Vorläuf.unverzinsl.und untilgb. Darl. Land	10 900	-	-	-	
7. Zuschuß Land	10 000	-	-	-	
8. LAG-Aufbaudarlehen	35 000	0	+ 2	700	
9. Einrichtungsdarlehen Land § 42/2 BVFG	18 000	0	+ 2	-	360
	123 500			1 724	520

I innerhalb der tragbaren Belastung

II außerhalb der tragbaren Belastung (diese Amortisationsquote ist zusätzlich zur tragbaren Belastung vom Bieder aufzubringen).

Die Gestehungskosten der Vertriebenen-Niederzellen in Buchen liegen um knapp 25 % höher als die der Einheimischen, wobei insbesondere die Kosten für Inventarisierung und Bevorratung ins Gewicht fallen.

Die Mittelbereitstellung sowohl des Bundes als auch der Länder erfolgt in der Form des Amortisationskredits, der verlorenen Zuschüsse und der Beihilfen. Eine Verzinsung entfällt weitgehend. Die obligatorische Anzahlung im Finanzierungsrahmen für Einheimische wird in Gestalt des

Landesbauwesen beschäftigt. Die einheimischen Siedler haben ihr gesamtes landwirtschaftlich nutzbare Grundeigentum in das Verfahren einzubringen und dem Siedlungsträger zu übereignen. Die Verwertung der alten Hofstelle bleibt ihnen selbst überlassen. Die Bewertung der eingeworfenen Grundstücke erfolgt auf der Grundlage des Einheitswertes. Sie werden bei den Entstehungskosten der Siedlerstellen auch mit diesem Wert angerechnet. Der beim Verkauf des alten Hofes erzielte Erlös wird von den Siedlern meist zum weiteren Ausbau der Gebäude und zur zusätzlichen Inventarisierung verwendet. Wenn der Besatz an lebendem und totem Inventar nur auf die Größe des neuen Hofes abgestimmt werden.

Die Flüchtlingssiedler erhalten zur Ermöglichung der Anschaffung ein Darlehen gemäß § 46/2 BVFG, das unverzinslich und in 50 Jahren tilgbar ist. Die Amortisation fällt anstattdessen zur tragbaren Belastung an.

Die Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau, die einheimischen und vertriebenen Siedlern in gleicher Weise zur Verfügung stehen, sind mit 1 % p. a. zu tilgen.

Dem Darlehen des Bundes nach dem BVFG für Vertriebene entspricht bei einheimischen Siedlern das Bundesdarlehen nach dem SPG. Durch das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 15. Mai 1953 wurde der Bund verpflichtet, nun auch an der Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung zugunsten Einheimischer teilzunehmen, und zwar muß der Bundesfinanzminister aus Haushaltsmitteln jährlich 50 % desjenigen Ertrages zur Verfügung stellen, der nach § 46/1 BVFG für die landwirtschaftliche Siedlung zugunsten der Vertriebenen bereitgestellt wird⁴³⁾. Die Darlehen sind zinsfrei und mit 2 % p. a. zu tilgen. Der Zuschuß bzw. die Beihilfe des Bundes stammen aus der gleichen Quelle und sind zins- und tilgungsfrei.

43) Vgl. Palmer, H.: Die Siedlungsmittel für Einheimische, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 3, Seite 78.

Das Darlehen des Landes für Einheimische in Höhe von 20 Mio. M. für Heimatvertriebene in Höhe von 25 000 M. bringt für die Siedler eine Belastung von 4 % p. a. mit Verzinsung 3,5 %, Tilgung 0,5 %. Die Übrigen vom Land bereitgestellten Mittel sind vorläufig unverzinslich und untilgbar bzw. werden in Form eines verlorenen Zuschusses gegeben.

Der Finanzierungsplan für Flüchtlinge erwähnt auch noch über die den einheimischen Siedlern zur Verfügung stehenden Mittel hinaus ein Luftkreditdarlehen aus dem Lastenausgleichsfonds und ein Einrichtungsdarlehen des Landes nach § 42/2 BfW. Beide Darlehen sind unverzinslich und mit 2 % p. a. tilgbar. Das Einrichtungsdarlehen wird außerhalb des Finanzierungsrahmens gewährt. Zur Sicherung des Betrages schließt der Siedlersträger einen Einherungsbürgschaftsvertrag ab.

Insgesamt gestaltet sich somit die Finanzierung der Siedlerstellen für Einheimische durch Bereitstellung von zinslosen und untilgbaren Mitteln in Höhe von 26 500 M. oder 26,5 % der Gestehungskosten und durch Heranziehung von Mitteln aus verschiedenen Quellen in Höhe von 66 000 M., die im Höchstfall mit 3,5 % p. a. zu verzinsen und mit 2 % p. a. zu tilgen sind. Die entsprechenden Ziffern für Flüchtlings-Siedlerstellen belaufen sich auf 24 900 M. oder etwas über 20 % der Gestehungskosten für zins- und tilgungsfreie Mittel und auf 98 600 M. für im Höchstfall mit 3,5 % verzinsliche und 2 % tilgbare Darlehen.

Die Belastung der Heimatvertriebenen Siedler ist somit wesentlich höher als die der einheimischen. Damit kommen wir zur Frage der tragbaren Belastung überhaupt, d. h. zu dem Problem der Amortisation des investierten Kapitals.

Die tragbare Belastung

In dem beschriebenen ländlichen Siedlung, in dem preussischen Wertengutungsverfahren und in der Siedlungsverfahren nach dem Deichswiedlungsgezet, erfolgte die Amortisation der investierten Kapitale in der Form der tragbaren Rente. Man versteht darunter "die für den Betrieb tragbare (d. h. ein gewisses Höchstmaß erreichende aber nicht überschreitende), zu festen Termimen zahlbare Geldsumme, bezogen auf die Flächeneinheit, die sich aus der Mithütsquote der gewährten Siedlungskredite für Land und Gebäude ergibt"⁴⁴⁾. Die tragbare Rente bezog sich auf alle gewährten Kredite für den Anbau des Landes und die Errichtung der Gebäude; dagegen umschloß sie nicht gegebene Anzahlungs- und Einrichtungsdarlehen, wie sie heute für Flüchtlingsiedler notwendig sind. Früher kamen in der Regel nur solche Siedler zum Zuge, die aus eigenen Mitteln 10 % Anzahlung und die Bereitstellung des erforderlichen lebenden und toten Inventars zu ermöglichen vermochten. Die Notwendigkeit der Gewährung von Anzahlungs- und Einrichtungsdarlehen für Vertriebene erfordert deshalb heute eine Erweiterung der tragbaren Rente auf diese Kredite hinaus.

In den während der letzten Jahre entwickelten Definitionen des Begriffes "tragbare Rente" wurden die neu gegebenen Verhältnisse weitgehend berücksichtigt. Andererseits wird aber in den Richtlinien des Bundes vom 21. März 1954 für die Gewährung von Darlehen und Beihilfen aus Bundeshaushaltsmitteln für die ländliche Siedlung nach dem BVFG vom 19. Mai 1953 und ebenso in den entsprechenden Richtlinien nach dem SFG vom 15. Mai 1954⁴⁵⁾ bestimmt, daß Einrichtungsdarlehen außerhalb der tragbaren Rente zu tilgen sind. Im Finanzierungsplan der Ministerien stellt aber die Tilgungsquote für Einrichtungsdarlehen einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtbelastung der Betriebe dar. Daraus ergibt sich ein offensichtlicher Widerspruch; Denn wenn ex definitione die tragbare Rente von einem ordnungsgemäß und unter normalen Umständen

44) Hoerster, T.: Tragbare Rente oder zumutbare Belastung, in: Z.f.d.g.S., 1954, Heft 6, S. 168.

45) Veröffentlicht in: Z.f.d.g.S., 1954, Heft 2, S. 52.

bewirtschafteten Betrieb gerade noch aufgebracht werden kann, dann ist es für den Stiedler unmöglich, darüber hinaus noch die nicht unbeträchtliche Tilgungsquote für das Einrichtungsverlehen zu bewältigen, ohne in Schwierigkeiten zu geraten. Die Ursache für den Widerspruch ist mit darin zu suchen, daß vornehmlich bei den älteren Fachkräften mit klaren Vorstellungen verbundene Begriff "tragbare Rente" dem heutigen realen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird. Es scheint daher angebracht zu sein, um Begriffsverwirrungen zu vermeiden, das terminus technicus "tragbare Rente" durch den Begriff "tragbare Belastung" zu ersetzen, wie er von Fehleues zur Diskussion gestellt wird⁴⁶⁾.

Die tragbare Belastung einer Stiedlerstelle ist derjenige jährliche Betrag, der vom Betrieb bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung unter normalen Verhältnissen zur Verzinsung und Tilgung sämtlicher aus öffentlichen Mitteln gewährten Stiedlerkredite unter Berücksichtigung der notwendigen persönlichen Aufwendungen aufgebracht werden kann⁴⁷⁾. Die Belastung muß aus dem nachhaltig erzielbaren Reinertrag getragen werden. Die tragbare Belastung als "Grenzelastung" ist gleich diesem Reinertrag.

Damit ist die Frage der Feststellung der tragbaren Belastung identisch mit dem Problem der Berechnung des nachhaltig erzielbaren Reinertrages.

Auf Buchführungsergebnisse kann man bei der Neuerrichtung von Stiedlerstellen nicht zurückgreifen. Man muß deshalb versuchen, einen Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu finden und sich durch vergleichende Methoden an die Verhältnisse der Betriebe heranzustellen. Der Einheitswert wäre als Maßstab besonders geeignet: seine Ermittlung ist jedoch erst nach der Errichtung der Stiedlerstellen möglich.

46) Vgl. Thommes: "Zumutbare Belastung" oder "tragbare Belastung", in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 2, S. 40 und Rolentius: Abkehr von der "tragbaren Rente", in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 8, S. 171.

47) In Anlehnung an Hoerster, T.: Tragbare Rente oder zumutbare Belastung, in: Z.f.d.g.S., 1954, Heft 6, S. 169.

Es bleibt noch der Weg, sich über die von der Reichsbodenbeschätzung festgestellten Bodenklimaklassen der tragbaren Belastung zu nähern, d. h. zu ermitteln, welcher Reinertrag einer bestimmten Bodenklimazahl entspricht. Die Bodenklimazahl gibt an, in welchem Verhältnis der erzielbare Reinertrag des Betriebes zu dem gleich 100 gesetzten Reinertrag des ertragfähigsten Betriebes (Reichsspitzenbetrieb) steht⁴⁸⁾.

Auf Grund langfristiger Buchführungsergebnisse konnte festgestellt werden, daß der Reinertrag landwirtschaftlicher Betriebe je ha im Mittel etwa dem $2 \frac{1}{2}$ -fachen Wert der Bodenklimazahl entspricht⁴⁹⁾. Man kann damit einen Näherungswert für die tragbare Belastung ermitteln, basierend auf den Durchschnittswerten für Bodenklimazahl und Reinertrag, der gerechtfertigt erscheint. Neben dieser vornehmlich auf Grund objektiver Faktoren vorgenommenen Berechnung der tragbaren Belastung sucht sich der Siedlungsträger bei der Festlegung ihrer Höhe auch nach den durchschnittlichen Pachtpreisen, der Gutachten des Landwirtschaftsamt und nach der Meinung des Orts- und Kreiseinwohnerrates zu richten. Die festgelegte Höhe der tragbaren Belastung je ha schwankt dann in der Regel um den $2 \frac{1}{2}$ -fachen Betrag der Bodenklimazahl oder um die Pachtpreise.

Unterstellt man nun eine gewisse Stetigkeit in den naturbedingten Verhältnissen und in der landwirtschaftlichen Produktion, so ist die tragbare Belastung lediglich den Schwankungen der agrarischen und industriellen Preisverhältnisse ausgesetzt, denn sie reguliert je aus dem Verhältnis der Einnahmen und der Ausgaben des Betriebes. Ein gewisser Spielraum dürfte jedoch in der Tatsache gegeben sein, daß die Erträge der Siedlerhöfe entsprechend der günstigeren inneren Verkehrslage und den besseren Gebäudeverhältnissen höher liegen würden als beim Durchschnitt der alten Betriebe. Natürlich trifft diese Feststellung erst nach einer gewissen Anlaufzeit zu. Den Siedlern werden deshalb, um ihnen

48) Vgl. Rothkegel, W.: Landwirtschaftliche Schätzungslehre, Stuttgart 1947, S. 99.

49) Vgl. Rohreiner, O.: Beitrag zur Bestimmung der tragbaren Rente, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 6, S. 180.

die Anfangsjahre zu erleichtern, in der Regel ein Freijahr und zwei Schonjahre gewährt, so daß die volle Last der Amortisation erst ab dem vierten Jahre der Inbetriebnahme der Höfe zu tragen ist. Während des Freijahres entfallen jegliche Tilgungs- und Zinsenleistungen, in den beiden Schonjahren, die dem Freijahr folgen, sind Amortisationsquote und Zinsenlast um die Hälfte ermäßigt. Die während des Freijahres und der Schonjahre nicht abzuführenden Zinsen werden den Gestehungskosten zugeschlagen, ihre Berechnung erfolgt auf Grund der für die einzelnen Kredite geltenden Bestimmungen.

Die Badische Landsiedlung konnte mit der in der dargelegten Weise festgestellten Höhe der tragbaren Belastung für die Siedlerhöfe weitgehende praktische Erfahrungen sammeln. Sie gehen dahin, daß die Siedler bisher keine besonderen Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Beträge hatten. Man neigt sogar zu der Auffassung, daß die Ertragsfähigkeit der neugeschaffenen Höfe zu gering eingeschätzt wurde, und daß ihre günstige Entwicklung eine Erhöhung der bisherigen Rückzahlungsleistungen um 10 - 20 % ermöglichen würde.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob durch die tragbare Belastung, d. h. durch die möglichen jährlichen Rentenleistungen der Siedler, die Gestehungskosten der Höfe rentierlich werden bzw. auf welche Höhe sich ihr rentierlicher Teil beläuft. Nach den im Siedlungswesen gebräuchlichen Finanzierungsbegriffen errechnet sich der rentierliche Raum auf der Grundlage der tragbaren Belastung, wobei eine 4 %ige Annuität zu Grunde gelegt wird. Durch die Kapitalisierung des Rückzahlungsbetrages ergibt sich gleichzeitig der Beleihungshöchstsatz oder die Beleihungsgrenze. Als Kapitalisierungsfaktor wird der Jahresleistungssatz gewählt, der für das investierte Kapital vertragsgemäß zu entrichten ist. Innerhalb des Beleihungsraumes kann eine Hypothek als gesichert angesehen werden. Die über den Beleihungsraum hinausgehenden Inventarkredite werden durch Sicherungsübereignung des Inventars gesichert.

Im Finanzierungsplan für einheimische Siedler ergibt sich eine Belastung von 1 723 M jährlich, auf das Unstar umgerechnet 115 M. Bei 4%iger Kapitalleistung erreicht der rentierliche Teil der Gestenungskosten die Höhe von 43 000 M. Unrentierlich bleibt der Rest abzüglich der Ansahlung von 7 500 M; das sind 43 500 M oder 53,5 % des in Anspruch genommenen Fremdkapitals.

Der rentierliche Teil der Flüchtlingsiedlerhöfe beläuft sich bei einer jährlichen Belastung von 2 244 M auf 55 100 M. Unrentierlich bleiben 57 400 M oder 54,6 % des aufgewendeten Fremdkapitals. Die Belastung der Vertriebenenriedler ist allerdings wesentlich höher als die der Einheimischen und beträgt fast 130 M je ha. Die Frage, ob diese Belastung für die Siedler tragbar ist, läßt sich nur dann bejahen, wenn die Kostenlast der einheimischen Siedler einen entsprechenden Spielraum bietet, und wenn die Vertriebenenriedler ihre Lebenshaltungskosten einschränken vermögen. Im Übrigen aber ist die Tüchtigkeit der Siedlerfamilie entscheidend für die Tragbarkeit der Belastung.

Z u s a m m e n f a s s u n g

Die Notwendigkeit der Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe ergab sich für die Stadt Buchen aus ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Diese führte zu einer zunehmenden Einengung der Landwirtschaft. Die große Zahl von Erwerbsuchenden, bedingt durch die sprunghaft angestiegene Bevölkerungszahl nach dem Kriege, erforderte die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von Industriebetrieben. Neben der Entlastung des Arbeitsmarktes wirkte die fortschreitende industrielle Durchsetzung aber in der Art einer Initialzündung und löste eine Bodenbewegung von den nicht lebensfähigen Kleinbetrieben zu den bäuerlichen Mittelbetrieben aus. Die bäuerlichen Familienbetriebe bilden den Kern der Landwirtschaft der Stadt, müssen aber unter ungünstigen betrieblichen Verhältnissen wirtschaften. Der wachsende Verkehr und die sich weiter vollziehende soziale Umschichtung vergrößern die Schwierigkeiten und drängen nach einer Lösung. Diese liegt in der Aussiedlung der eingeengten Betriebe in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren. Dabei geht es um die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die veränderte wirtschaftliche Situation der Stadt und um die Erhaltung leistungsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe. Durch die Aussiedlung von 15 Bauernhöfen wird dieser Anpassungsvorgang nicht abgeschlossen, sondern lediglich eingeleitet. Die strukturelle Neugestaltung der Landwirtschaft ist kein Problem, das durch eine einmalige Maßnahme gelöst werden kann, sondern ein dynamischer Anpassungsprozeß. Die Unterwerfung unter diesen Prozeß erfordert eine hohe Entschlußkraft und ein hohes Maß von Eigeninitiative der Siedlerfamilien. Sie werden aus der ihnen vertrauten Umwelt herausgerissen und sehen sich harten Aufbaujahren gegenüber. Die mit der Aussiedlung verbundenen Vorteile, die in der Auflockerung des beengten Stadtkernes, der Entlastung des öffentlichen Verkehrs und insbesondere in der Bildung leistungsfähiger, von betrieblichen und psychologischen Hemm-

lassen freier Bauernhilfe bestehen, rechtfertigen eine weitgehende Unterstützung des Staates.

Es kommt darauf an, in der schwierigen Anpassungsaufgabe den Faktor nicht zu schwächen, der der bedeutsamste bleibt: das bäuerliche Vertrauen auf die eigene Kraft und die Gewissheit, die Unterstützung der Allgemeinheit zu finden.

Literaturverzeichnis

- Abel, W.: Agrarpolitik, Salzgitter 1949.
- Ado v., F.: Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Flurbereinigung, Stuttgart 1952.
- Bangerter, W.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Wuterrussamenlegung, Fraubrunnen 1952.
- Bloch, G.: Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre, 2. Auflage, Stuttgart 1952.
- Boyens, W. F.: Forderungen der Siedlungspraxis an die Siedlungsfinanzierung, in: Z.f.d.g.S., 1954, H. 5.
- Brennig, A.: Kurze Geschichte der Stadt und Pfarrei Buchen, Freiburg 1880.
- Brinkmann, G.: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Baden nach dem Kriege, in: Sering und Dietze v., Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, I. Teil, Leipzig 1930.
- Brinkmann, Th.: Die Ökonomie des landwirtschaftlichen Betriebes, Grundriss der Sozialökonomik, Abt. VII, Tübingen 1922.
- Busch, H.: Die Landbaubeziehungen im deutschen Raum, Stuttgart 1936.
- Dietze v., C.: Flurbereinigung in internationaler Sicht, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 2.
- Dietze v., Rolles, Weippert: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, in: Berichte über Ldw., Sonderheft 158, Hamburg 1955.
- Englram: Geschichte der Kreisstadt Buchen, Manuskript des Heimatbücherei Buchen.
- Ertl, F.: Die Flurbereinigung im deutschen Raum, München 1953.
- Front, J.: Innerbauweise und Realteilung, in: H. H. L., Berlin 1931, Heft 2.
- Gasperl, H.: Die Flurbereinigung im westlichen Europa, München 1955.
- Gasperl, H.: Die Flurbereinigung in der Schweiz, München 1952.
- Geuting, H.: Grundlagen und Methodik des ldw. Betriebsvergleichs in: Schriftenreihe des AID, Göttingen 1954, H. 81.
- Government of Switzerland: Consolidation of Land in Switzerland, in: FAO Agricultural Studies, No. 12, Washington 1950.
- Gradmann, R.: Süddeutschland, Stuttgart 1931.
- Heckenbach, A.: Maßnahmen zur Verbesserung der ldw. Betriebsstruktur und Flurverfassung in Schweden, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 9.
- Heckenbach, A.: Zur Geschichte der siedlungsrechtlichen Eigentumsbindungen, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 6.

- Vorrich, L.: Die Vorplanung für die Flurbereinigung, Stuttgart 1954.
- Wass, P.: Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949.
- Wasser, O.: Entwicklungsmöglichkeiten der ldw. Betriebsorganisation, in B. u. L., 1951, Heft 1.
- Wierster, Th.: Tragbare Rente oder zumutbare Belastung, in: Z.f.d.g.S., 1954, Heft 6.
- Rowald, D.: Die sozialen Probleme der bäuerlichen Wirtschaft und ihre Bedeutung für die westliche Zivilisation, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, 1951, H. 16.
- Wupp, E.: Der Siedlungsträger: Schöbn, Anstalt des öffentlichen Rechts oder GmbH., in: Z.f.d.g.S., 1954, H. 4.
- Klauder, G.: Landwirtschaftliche Faustzahlen, Berlin 1948.
- Wets, F.: Die ländlichen Siedlungen Badens, I. Teil, Das Unterland, Karlsruhe 1926.
- Watz, F.: Das badische Mauland, Breslau 1921.
- Weyer, H.: Erfahrungen im Alterszusammenlegungswesen, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 1951, Nr. 2/3.
- Weller, Max: Die Vereinödung im ehemaligen Kreis Waldsee, Diss. Freiburg 1954.
- Wolffenter, R.: Das Flurbereinigungsgesetz, 1953.
- Wülsinger, A.: Die Ausgliederung als letztes Mittel der Erhaltung des Bauerntums, in: B. u. L., 1938, H. 2.
- Wülsinger, A.: Der Arbeitsvortrag der bäuerlichen Familienwirtschaft, Berlin 1929.
- Wundörfer, L.: Um die Zukunft der Bauern, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 2.
- Wichaus, H.: Lage und Aussichten der Kleinbauern in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in: B. u. L., Sonderheft 160, Hamburg 1954.
- Palmer, S.: Die Siedlungsmittel für Einheimische, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 3.
- Wriebe, H.: Gedanken zur Größenbestimmung landwirtschaftlicher Familienbetriebe, in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 11.
- Wriebe, H.: Zur Frage der zweckmäßigen Größe ldw. Familienbetriebe, in: Z.f.d.g.S., 1952, Heft 9.
- Wedloff, A.: Betriebswirtschaftliche Probleme der Flurbereinigung, Gießen 1951.
- Wesach, E.: Organisation und Wirtschaftserfolg obereschwäbischer Bauernbetriebe, Diss. Rohenheim 1952.
- Wies, L.: Betriebslehre der bäuerlichen Familienwirtschaft, Stuttgart 1947.

- Röber, D.: Die Arbeit in der Landwirtschaft, 2. Auflage, Stuttgart 1950.
- Rittmeyer, O.: Die Bildungs- und Wirtschaftsgeographischen Verhältnisse des Oberrheins, Karlsruhe 1929.
- Röhrer, F.: Von der Geologie und Oberflächengestaltung des badischen Frankenlandes, in: "Badische Heimat", Zeitschrift für Volkskunde, 20. Jahrgang, Freiburg 1930.
- Rolfes, M.: Die Organisationsformen der Bodennutzung, in: Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band, Hamburg 1954.
- Rothkegel, W.: Landwirtschaftliche Schätzungslehre, Stuttgart 1941.
- Schiller, O.: Mittel und Wege einer beschleunigten Flurbereinigung und Reform der Flurverfassung, Stuttgart 1942.
- Schwerbeek, D.: Agrarverfassung und Landwirtschaft im bayerischen Oberrhein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Freiburg 1954.
- Schnitt, F.: Die Bevölkerungsbewegung in den badischen Amtsbereichen Adelsheim und Buchen in den Jahren 1895 - 1905 und ihre Ursache, Diss. Heidelberg 1911.
- Sehringer, U.: Beitrag zur Bestimmung der tragbaren Rente, in: Z.f.d.g.S., 1953, Heft 6.
- Seilerich, O.: Bäuerliche Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verflechtung und der Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes in sieben Gemeinden Südbadens, Dorfuntersuchung, Bonn 1953.
- Sering, M.: Die deutsche Landwirtschaft, Berlin 1932.
- Sering, M.: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher Grundlage, Leipzig 1934.
- Sering und v. Dietze: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, I. Teil, Deutsches Reich, Leipzig 1930.
- Skovgaard, K.: Consolidation of agricultural land in Denmark, in: The Consolidation of fragmented agricultural Holdings, FAO Studies, No. 11, Washington 1950.
- Stammer, J.: Die Entwicklung der Feldbereinigung in Baden, Karlsruhe 1930.
- Stegmüller, W.: Die Betriebsstruktur und die ländliche Arbeitswirtschaft im Landkreis Buchen, Diplomarbeit, Hohenheim 1952.
- Tanner, E.: Güterverkehrsplanung und Durchgangstraßen, in: "Wirtschaft und Verkehr", Zürich 1949, Heft 4.
- Thommes: "Zumutbare Belastung" oder "Tragbare Belastung", in: Z.f.d.g.S., 1955, Heft 2.

Wachtschky v., O.: Arbeitsproduktivität und Flurbereinigung.
In: Neue Mitteilungen für die Landwirtschaft, 1950, Nr. 36.

Walter, M.: Odenwälder Handwerk um 1800, in: Heimatblätter
des Bezirksmuseums Buchen "Zwischen Neckar und
Main", 1929, Heft 6.

Weber - Reinhold: Agrarpolitik, Berlin 1951.

Welling, F.: Flursprengung und Flurbereinigung im nörd-
lichen und westlichen Europa, Stuttgart 1955.

Wormann, E.: Organisationsformen der Mutterviehhaltung, in:
Handbuch der Landwirtschaft, 5. Band,
Hamburg 1954.

Sonstige Quellen:

Statistisches Landesamt: Die land- und forstwirtschaftliche
Betriebszählung und die Gewerbezählung vom 14. 6. 1895, in:
Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden, Neue Folge,
10. und 11. Heft.

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Betriebsverhältnisse und Betriebsergebnisse, Wirtschafts-
jahr 1953/54, Stuttgart 1955.

Mitteilungen des deutschen Wetterdienstes in der US-Zone,
Nr. 4, Bad Kissingen 1950.

Reichsamt für Wetterdienst: Klimakunde des deutschen Reiches,
Band II, Berlin 1939.

Schriften der GFK: Das Verfahren der ländlichen Siedlung
in der Bundesrepublik, 1955, Heft 1.

Unterlagen des Flurbereinigungsamtes und des Landwirtschafts-
amtes in Buchen.

Lebenslauf

Am 3. Januar 1930 wurde ich als Sohn des Gastwirts Albert Berberich und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Nobis, in Gerolzahn geboren.

Nach Besuch der Volksschule trat ich 1943 in das Realgymnasium Buchen ein und legte dort 1950 die Reifeprüfung ab.

Im Sommersemester 1951 begann ich an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg das betriebswirtschaftliche Studium, nachdem ich zuvor sieben Monate als kaufmännischer Praktikant tätig war.

Ab Sommersemester 1952 studierte ich an der Wirtschaftshochschule in Mannheim und bestand dort im April 1954 die Diplomprüfung für Kaufleute.

Im Sommersemester 1954 nahm ich an der Universität Innsbruck das Studium der Volkswirtschaft auf und setzte es als Wintersemester 1954/55 an der Universität Freiburg fort. Seit Juli 1955 arbeitete ich an meiner Dissertation und promovierte im Februar 1957 zum Dr. rer. pol.

